

Zur Spionageabwehr (HA II im MfS/ Abt.II der BV)

Von Günter Möller und Wolfgang Stuchly

Rolle und Stellung der Spionageabwehr im MfS

Die Abwehr der Spionageangriffe gegen die DDR war nicht nur legitim, sondern existentielle Notwendigkeit. Die DDR nahm diese Aufgabe im eigenen wie auch im Interesse des Warschauer Vertrages wahr. Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer ließ schon kurz nach Gründung der DDR in seinem »Hausblatt«, dem »Rheinischen Merkur« erklären: »Es gibt nur ein Deutschland, das Deutsche Bundesrepublik heißt, und was östlich von Elbe und Werra liegt, sind unerlöste Provinzen. [...] Die Aufgabe (heißt) nicht Wiedervereinigung [...], sondern Befreiung des Verlorenen. Damit ist auch das Geschwätz derjenigen widerlegt, die meinen, man habe es mit der Aufrüstung nicht eilig. Erstens muß die Bundesrepublik ihre Freiheit verteidigen und zweitens muß sie kräftig werden. Das sind die beiden obersten Voraussetzungen der Befreiung der verlorenen Provinzen.«¹

Das war Programm und Drohung zugleich.

Die westlichen Geheimdienste erwiesen sich als die Hauptakteure im Kalten Krieg gegen die DDR. Sie und andere Stellen und Kräfte waren mit dem Ziel angetreten, die DDR durch Spionage und andere subversive Aktivitäten auszuforschen, zu destabilisieren und letztlich zu beseitigen. Vorbeugung, Verhinderung und Bekämpfung der Spionageangriffe bildeten somit eine wesentliche Seite der Gewährleistung der staatlichen Sicherheit der DDR. Das war eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Verantwortung im Rahmen der vorbeugenden Spionageabwehr trugen die staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe sowie gesellschaftliche Einrichtungen. Ihnen oblag vor allem die Durchsetzung eines wirksamen Geheimnisschutzes. Es galt, begünstigende Bedingungen und Umstände

431

für Spionage einzuschränken und zu beseitigen. Zugleich waren auch alle Bürger gemäß § 225 StGB/DDR gesetzlich verpflichtet, Anzeige zu erstatten, wenn sie vom Vorhaben, von der Vorbereitung oder der Ausführung eines Spionageverbrechens glaubwürdig Kenntnis erhielten.

Spezifische Aufgaben der Spionageabwehr hatten in der DDR das MfS, die Staatsanwaltschaft und die Gerichte zu erfüllen. War dem MfS als eine seiner Hauptaufgaben die Aufdeckung und Bekämpfung von Plänen, Absichten und Maßnahmen gegnerischer Geheimdienste, Stellen und Kräfte zur Erkundung politischer, ökonomischer, wissenschaftlich-technischer und militärischer Geheimnisse zugeordnet, hatten die Justizorgane über die strafrechtliche Relevanz aufgeklärter Sachverhalte zu entscheiden und zu urteilen.

Innerhalb des MfS nahmen im Rahmen ihrer Verantwortung alle für den Schutz staatlicher und gesellschaftlicher Bereiche, Objekte und Einrichtungen zuständigen Abwehreinheiten Aufgaben der Spionageabwehr wahr. Die Spionageabwehr durchdrang faktisch das Tätigkeitsprofil aller Mitarbeiter des MfS, wenn auch in unterschiedlich starker Ausprägung. Darüber hinaus waren wesentliche Aufgaben der Spionageabwehr – wie aus der Übersicht im vorangegangenen Beitrag ersichtlich – speziellen Dienststeinheiten der Abwehr des MfS zugeordnet. So der HA III im MfS und den Abt. III der BV (Funkabwehr, Funkaufklärung), der HA VIII im MfS und den Abt. VIII der BV (Ermittlung und Beobachtung), der HA IX im MfS und der Abt. IX der BV (Untersuchungsorgane), den Abteilungen M (Postkontrolle), den Abteilungen 26 (Telefonkontrolle), dem Operativ-Technischen Sektor (OTS, operativ-technische Untersuchung) und der Abteilung XI (Dechiffrierung).

Einen hohen Stellenwert für die Effizienz der gesamten Spionageabwehr des MfS nahm die der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) übertragene Verantwortung zur Beschaffung von Informationen aus dem Operationsgebiet

zu Plänen, Absichten, Aktionen und Operationen westlicher Geheimdienste und anderer subversiv gegen die DDR tätiger Stellen und Kräfte ein.

Als wesentlich für die Spionageabwehr des MfS erwies sich das Zusammenwirken mit anderen staatlichen Organen und Einrichtungen der DDR sowie auf internationaler Ebene die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen anderer Staaten des Warschauer Vertrages.

Die Spionageabwehr war fester Bestandteil der Gesamtaufgaben aller operativen Dienstseinheiten des MfS. Die spezifische Verantwortung und die Aufgaben der HA II im MfS und der Abt. II in den BV waren darin eingeordnet. Die HA II im MfS und die Abt. II in den BV nahmen im System

432

der Spionageabwehr des MfS aber eine herausgehobene Stellung ein. Schon bald nach der Bildung des MfS wurden der HA/Abt. II – über eigenverantwortlich wahrzunehmende Aufgaben hinaus – koordinierende und orientierende Funktionen bei der Abwehr von Angriffen westlicher Geheimdienste übertragen. Im Ergebnis erzielter Abwehrerfolge prägte sich diese Rolle in den Folgejahren weiter aus. Im Jahre 1987 wurde die Federführung der HA II/Abt. II bei der Koordinierung, Orientierung und Anleitung der gesamten Spionageabwehr im MfS durch die Dienstanweisung Nr. 1/87 zur Gewährleistung des komplexen Vorgehens bei der Abwehr geheimdienstlicher Angriffe für alle Dienstseinheiten des MfS verbindlich angewiesen.²

Die Organisation und Durchführung der Spionage beschränkte sich aber nicht allein auf die westlichen Geheimdienste. An Spionageaktionen gegen die DDR waren auch andere Institutionen, Organisationen, Einrichtungen und deren Mitarbeiter beteiligt, die zwar häufig von den Geheimdiensten zur Tarnung genutzt und »unterwandert« waren, z. T. aber auch nur indirekte oder keine erkennbaren Kontakte zu ihnen unterhielten. Das betraf u. a. Einrichtungen der Ost- und DDR-Forschung, Bereiche bei den Sendern RIAS, Radio Free Europe (RFE), Radio Liberty, BBC, zahlreiche Botschaften, Korrespondentenbüros u. a. Auslandsvertretungen in der DDR, aber auch solche kriminellen Organisationen wie die »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU), der »Untersuchungsausschuß freier Journalisten« (UfJ) sowie verschiedene Emigrantenorganisationen.

Die Spionage lieferte einerseits Grundlagen für Einschätzungen der Situation in der DDR, andererseits wurden Spionageergebnisse für subversive und politische Aktionen und Operationen gegen die DDR verwendet.

Die Spionageabwehr des MfS stand in ihrer Geschichte unterschiedlichen Situationen gegenüber, die Veränderungen in der Aufgabenstellung, manchmal auch in der Struktur, häufig im konkreten Einsatz der Kräfte, Mittel und Methoden mit sich brachten, um der aktuellen Lage gerecht zu werden. Erinnert sei an die veränderten Bedingungen nach den Grenzsicherungsmaßnahmen vom 13. August 1961 oder auch nach der Errichtung diplomatischer Missionen, Korrespondentenbüros sowie Handels- und Firmenvertretungen in der DDR in der ersten Hälfte der 70er Jahre.

Im Kampf gegen die Aktivitäten der Geheimdienste hat das MfS bemerkenswerte Ergebnisse erzielt. Im Rahmen der vorbeugenden Sicherung von Schwerpunkten der gegnerischen Spionage durch alle beteiligten Abwehrdienstseinheiten, Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen wurden zahlreiche Spionageoperationen, rechtzeitig erkannt und wirksam unterbunden.

433

Diese Feststellung schließt auch schmerzhaftes Niederlagen ein, manchmal durch zu spät erkannte Spionagestützpunkte der Geheimdienste in sensiblen Bereichen der DDR.

Informationen der Aufklärung des MfS aus den Zentralen der Geheimdienste bewiesen allerdings auch, daß sich die Schaffung ergiebiger Spionagequellen in der DDR in Grenzen hielt.

Grundlagen für die hohe Wirksamkeit der Spionageabwehr waren vor allem die Durchsetzung von Ordnung und Sicherheit in den Objekten und Bereichen, die vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Verantwortlichen innerhalb und außerhalb des MfS, der gezielte Einsatz von IM, sowie spezifischer Mittel und Methoden des MfS (Beobachtung, Post- und Telefonkontrolle, Raumüberwachung u. a.) zur zielgerichteten Bearbeitung und beweiskräftigen Verdachtsbestätigung oder auch zur Entlastung spionageverdächtiger Personen.

Durch zahlreiche Inoffizielle Mitarbeiter mit Verbindung zu den Geheimdiensten

(IMB) war es möglich, die aktuelle Auftragsstruktur der Spionage gegen die DDR zu erkennen, Mittel und Methoden der Spionagedurchführung und für die Verbindungskanäle festzustellen, die dann einfließen in die wirksamere Sicherung spionagegefährdeter Objekte und Einrichtungen und für die Qualifizierung der gezielten Fahndung nach noch unbekannten Spionen genutzt werden konnten. Solche Informationen – von den IMB mit hoher Einsatzbereitschaft und oft auch mit hohem persönlichen Risiko beschafft – waren eine wesentliche Voraussetzung für eine effektive Spionageabwehr und für offensive Maßnahmen zur Bearbeitung von Dienststellen und Mitarbeitern der Geheimdienste in ihrem eigenen unmittelbaren Umfeld, in der BRD und in Westberlin. Konkrete Kenntnisse über Mittel und Methoden zu den wechselseitigen Verbindungswegen zwischen den Geheimdiensten und ihren Spionen/Agenten in der DDR versetzten das MfS schon lange vor dem 13. August 1961 in die Lage, durch gezielte Fahndungsmaßnahmen (Postkontrolle, Funkabwehr, Beobachtung) gegnerische Stützpunkte zu identifizieren. In entscheidenden Bereichen der BRD-Geheimdienste, so in der Gegenspionage und der Auswertung der BND-Zentrale in Pullach, in der Spionageabwehr der Zentrale des Verfassungsschutzes (BfV) in Köln und einigen Landesämtern (LfV), in der Führung des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) in Köln, waren Quellen der Aufklärung und IMB platziert. Die Auswertung ihrer Informationen und übergebenen Dokumente hat zur weiteren Qualifizierung der Spionageabwehr wesentlich beigetragen. Die vorrangig für die konkrete Organisation der Spionage gegen die DDR verantwortlichen Außendienststellen der Geheimdienste – speziell

434

die des BND in München, Bremen, Hamburg, Köln, Stuttgart und Westberlin sowie deren Mitarbeiter und die »innerbetriebliche Kommunikation« – waren durch inoffizielle Kräfte und technische Kontrollmethoden vor Ort fast permanent im Visier des MfS, speziell der HA II. Die Ergebnisse dieser Arbeit führten unmittelbar zur Identifizierung von Spionen/Agenten dieser Dienststellen und waren insofern eine sehr effektive Methode der Spionageabwehr.

Die Analyse der Informationen aus den genannten Quellen führte zu Verdachtshinweisen einer möglichen Spionagetätigkeit einzelner Personen, deren Klärung in der zielgerichteten, manchmal aufwendigen und langwierigen Bearbeitung in *Operativen Vorgängen* (OV) erfolgte. Nicht wenige OV wurden wegen Nichtbestätigung eingestellt. Bei vielen OV handelte es sich aber um tatsächlich erkannte Spionagehandlungen namentlich noch unbekannter Spione, die es im Prozeß der Bearbeitung zu identifizieren galt.

Die Spionageabwehr des MfS hat im Verlaufe ihrer 40jährigen Tätigkeit über 5.000 Spione und Agenten der Geheimdienste identifiziert und – nach gründlicher Untersuchungsarbeit und eindeutiger Beweisführung durch die dafür zuständigen HA IX bzw. der Abteilungen IX der Bezirksverwaltungen – den Justizorganen der DDR überstellt.

Bei Einstellung der Tätigkeit der Spionageabwehr des MfS/AfNS Anfang 1990 wurden noch 258 spionageverdächtige Personen in OV bearbeitet, die ohne weitere Prüfung in die »Obhut« der BStU-Behörde übergingen. Die Mehrzahl der identifizierten Spione war vorrangig zur Sammlung von Informationen aus militärischen Bereichen der DDR durch die Geheimdienste beauftragt worden, woraus weder direkte Schlußfolgerungen für deren Spionageintensität, die Wertigkeit für die Geheimdienste, noch zur Höhe des Schadens für die Sicherheit der DDR abgeleitet werden können. Etwa 80 Prozent aller vom MfS erkannten Spione waren für Geheimdienste der BRD tätig.

Viele Aufgaben wären ohne Kontakte zu den Sicherheitsorganen der anderen sozialistischen Länder bzw. jungen Nationalstaaten mit sozialistischer Orientierung kaum zu lösen gewesen. Die Vermittlung solcher Kontakte erfolgte generell über die Abteilung X (Internationale Verbindungen) im MfS. Die Dienstseinheiten der Spionageabwehr unterhielten aber auch direkte Verbindungen. Das galt vor allem für das Ministerium für Staatssicherheit (MGB bis 1954) und das Komitee für Staatssicherheit (KGB/KfS) der Sowjetunion. Das MGB hatte wesentlich beim Aufbau und der Profilierung des

435

MfS durch zahlreiche Berater geholfen, später waren Verbindungsoffiziere des KfS Kontaktpartner einzelner Abwehrrdienststeinheiten.

Die HA II im MfS und die Abteilungen II in den BV, in vielen Fällen auch die Kreisdienststellen, unterhielten enge Kontakte zur Militärabwehr des KfS in Potsdam (Zentrale) bzw. in den jeweiligen Garnisonsstandorten und Militärstäben.

Operativgruppen der HA II befanden sich in Moskau und Warschau. Verbindungsoffiziere unterhielt die HA II in der CSSR, in Ungarn und Bulgarien.

Bei Bedarf wurden in der DDR-Hauptstadt Arbeitskontakte zu Vertretern der Sicherheitsorgane Kubas, Vietnams, und einer Reihe junger Nationalstaaten aufgenommen. In einigen dieser Länder war das MfS beim Aufbau der dortigen Sicherheitsorgane behilflich.

Wie bereits an anderer Stelle ausführlich dargestellt, fanden in größeren Abständen Arbeitsberatungen sozialistischer Sicherheitsorgane auf der Ebene der stellvertretenden Minister der Abwehr zu ausgewählten Problemen statt. Die langfristige Zusammenarbeit der Sicherheitsorgane sozialistischer Staaten wurde auf der Grundlage bi- und multilateraler Vereinbarungen festgelegt. Solche Arbeitsberatungen und Vereinbarungen betrafen vor allem auch die Spionageabwehr.

Mit der Installation des *Systems der vereinigten Erfassung von Informationen über den Gegner* (SOUND) im Jahre 1979 wurden zudem die Erkenntnisse aller sozialistischen Sicherheitsorgane z. B. auch über die Geheimdienste, zentral in Moskau gespeichert.

In den folgenden Darlegungen sollen die Aufgaben der Spionageabwehr vornehmlich aus der Sicht der HA II und der Abteilungen II der BV geschildert werden. Das hat objektive Gründe.

Bei einem größeren Teil der in Operativen Vorgängen bearbeiteten spionageverdächtigen Personen aus den Bereichen des Staatsapparates, der Volkswirtschaft, des Verkehrswesens, der anderen bewaffneten Organe der DDR (MdI, DVP, NVA), des Außenhandels, aus der Wissenschaft und Forschung u. a., stammten die Ausgangsinformationen dazu von der HA II bzw. den Abteilungen II der BV.

Sie waren Ergebnis gezielter Fahndungsmaßnahmen in den Verbindungswegen der Spione zu ihren Auftraggebern, vornehmlich der nachrichtendienstlichen Postverbindung durch die Abteilungen M (Postkontrolle) zusammen mit der HA II/Abt. II der BV oder in anderen Verbindungswegen (Funk, TBK, Kurier, u. a.). Andere Ausgangsinformationen für die Bear-

436

beitung operativer Vorgänge stammten aus Ergebnissen der gezielten Bearbeitung von agenturführenden Außenstellen der Geheimdienste in der BRD und Westberlin.

Das Ziel der Bearbeitung der OV war die eindeutige Identifizierung der oft namentlich noch nicht bekannten Spione durch die HA II/Abt. II gemeinsam mit den für die Objekte, Bereiche oder Territorien verantwortlichen Dienststeinheiten des MfS.

Dieser Kooperationsprozeß war nicht immer widerspruchsfrei, aber Grundlage wirklicher Effizienz in der Bearbeitung. (*Die Ergebnisse der Bearbeitung solcher OV in den genannten Bereichen werden in den jeweiligen Beiträgen der vorliegenden beiden Bände behandelt.*)

In zahlreichen Publikationen (Bücher, Presseberichte, Dokumentationen, Fernseh- und Radiosendungen) sowie öffentlichen Veranstaltungen, sowohl vor als auch nach dem Anschluß der DDR an die BRD, wurde z. T. sehr umfangreich über das MfS, seine Arbeitsmethoden, über »Operationen« und »Aktionen« geschrieben, gesprochen, gefilmt und viel spekuliert. Dabei spielten und spielen die beim BStU, vormals Gauck-, jetzt Birthler-Behörde, deponierten MfS-Akten, darunter die der Spionageabwehr, eine besondere Rolle.

Viele Juristen, Historiker, Politologen, Publizisten des In- und Auslandes versuchen sich dabei, mit unterschiedlichen politischen, ideologischen und psychologischen Absichten und Zielsetzungen in der Interpretation des »Phänomens« Staatssicherheit. Nicht wenige verfolgten und verfolgen damit die Delegitimierung der DDR.

Es gibt aber auch Autoren, darunter ehemalige Mitarbeiter des MfS, deren Veröffentlichungen große Resonanz finden, weil sie objektiv und

sachlich berichten, wie zum Beispiel Klaus Eichner/Andreas Dobbert (vormals HVA IX) mit »Headquarters Germany« (über die USA-Dienste) und Helmut Wagner (einst HA II) mit »Schöne Grüße aus Pullach« über Praktiken des BND und Abwehrmaßnahmen des MfS. (Beide Bücher aus der edition ost erschienen bereits in der 2. Auflage.)

Die Hauptgegner der Spionageabwehr des MfS

Dazu zwei Vorbemerkungen. Erstens werden bei den Erläuterungen zu den Hauptgegnern des MfS unter den westlichen Geheimdiensten, speziell zu ihrer Struktur und Arbeitsweise, vor allem die für die DDR relevanten Zusammenhänge deutlich gemacht. Zweitens reflektieren die Schilderungen den Erkenntnisstand des MfS/AfNS bis zu seiner Auflösung.

437

Bezüge zur aktuellen Situation und Entwicklungstendenzen bei den Geheimdiensten bleiben weitgehend unberücksichtigt bzw. reduzieren sich auf diesbezügliche offizielle Publikationen.

Nach dem Sieg der alliierten Streitkräfte über den Hitlerfaschismus und der bedingungslosen Kapitulation am 8. Mai 1945 in Berlin-Karlshorst vereinbarten die Siegermächte im Potsdamer Abkommen die Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen und Berlins in vier Sektoren. Der faschistische deutsche Staat war zerschlagen. Fortan übten die Hauptträger der Antihitlerkoalition, Sowjetunion, USA, Großbritannien und Frankreich in ihren Besatzungszonen bzw. Sektoren Regierungsgewalt aus. Der Alliierte Kontrollrat mit Sitz in Berlin sollte die Zusammenarbeit der vier Besatzungsmächte gewährleisten. Die Hauptaufgaben bestanden vor allem im Kampf gegen Reste faschistischen Widerstandes, der Suche nach faschistischen Verbrechen, der Untersuchung von Völkermord und Menschenrechtsverletzungen sowie der Organisierung eines demokratischen Wiederaufbaus in Deutschland unter Einbeziehung antifaschistisch-demokratischer Kräfte unter der deutschen Bevölkerung.

Die Besatzungsmächte und mit ihnen die jeweils fest integrierten Geheimdienste realisierten diese Aufgaben entsprechend ihrer jeweiligen Interessenlage recht unterschiedlich. Eines wurde aber sehr schnell deutlich: Die Nachkriegsentwicklung lief auf eine Konfrontation zwischen den USA und der UdSSR und deren Einflusssphären hinaus. Alle Verbündeten auf dieser oder jener Seite wurden in diesen Konflikt einbezogen, in besonders ausgeprägter Weise die beiden deutschen Staaten.

In diesen Richtungen wurden auch die stets mit an maßgeblicher Stelle agierenden Geheimdienste aller Seiten tätig. Insofern wurde das MfS der DDR zu einem nicht unbedeutenden Faktor im weltweiten Konflikt der Supermächte und der sich herausbildenden Paktsysteme.

Die Partnerschaft der DDR im Warschauer Vertrag bzw. der BRD in der NATO und die außergewöhnliche Lage von Westberlin waren für das Wirken der Geheimdienste von außerordentlicher Bedeutung.

Zu den Geheimdiensten der USA

Ausgangspunkt für die Beurteilung der Geschichte und Tätigkeit ihrer Geheimdienste ist die weltweite Rolle der USA am Ende des 2. Weltkrieges. Die Vereinigten Staaten gingen als die eigentlichen Sieger aus dem Krieg hervor. Ihre Verluste hielten sich, verglichen mit denen anderer Kriegsteilnehmer, in Grenzen.

438

Unmittelbar nach dem Tod des Präsidenten der USA, Franklin D. Roosevelt, im April 1945 und noch vor der bedingungslosen Kapitulation Nazideutschlands gab es mit dem Amtsantritt von Harry S. Truman einen radikalen Politikwechsel gegenüber der Sowjetunion.

Truman veranlaßte die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki. Wenig später verkündete er die Doktrin der Eindämmung (*Containment*) des Kommunismus. Das war der Beginn der globalen Herrschaftsansprüche der USA nach dem furchtbaren Weltkrieg. In diesem Sinne wurden die Geheimdienste der USA, die sich in einer sehr dynamischen Aufbauphase befanden, überall in der Welt zunehmend aktiv. Ob in Osteuropa, ob im Nahen oder Fernen Osten, im Mittelmeerraum oder Westeuropa, selbst in der neutralen Schweiz und in Schweden – die USA-Geheimdienste waren da. Natürlich auch und besonders in Westdeutschland und in Westberlin.

Bis zum 2. Weltkrieg hatte es in den USA keine selbständigen Aufklärungsdienste

Abwehrorgane im Sinne von Geheimdiensten gegeben. Für die Spionageabwehr in den USA war und ist – im Prinzip bis heute – der Bereich »Intelligence Division« innerhalb der Bundespolizei FBI (*Federal Bureau of Investigation*) zuständig..

1941 wurde das CIC (*Counter Intelligence Corps*) als Abwehrorgan in den USA-Streitkräften gebildet, das während des Krieges und der Besatzungszeit vielfältige offensive Spionageaufgaben wahrnahm.

Im Juni 1942 wurde der OSS (*Office of Strategic Service*) als strategischer Aufklärungsdienst der USA gebildet. Der OSS hatte die Aufgabe, weltweit Informationen zu sammeln und zu analysieren, in deren Ergebnis Entscheidungen zur Durchsetzung der Interessen der USA getroffen werden sollten. Von besonderer Bedeutung für die USA war natürlich die Entwicklung Nachkriegsdeutschlands. Die erste *OSS-Mission for Germany* befand sich in der Herrengasse in Bern (Schweiz). Ihr erster Chef hieß Allan W. Dulles, der später Chef der CIA wurde. Von Bern aus wurden die Treffen Allan Dulles mit Emissären der Naziführung, etwa mit SS-Obergruppenführer Karl Wolff im Rahmen der Aktion »Sunrise« durchgeführt.

Es war ein letzter Versuch der Naziclique, die USA-Führung für ein gemeinsames militärisches Vorgehen gegen die Sowjetunion zu gewinnen.

Von Bern aus wurden deutsche bürgerliche Politiker, Finanzbosse, Gewerkschaftler, Emigranten und Angehörige des antifaschistischen Widerstandes etc. kontaktiert.

Viele Mitarbeiter von CIC und OSS waren auch in der kämpfenden Truppe eingesetzt. Sie hatten den Auftrag, Operationen im feindlichen Hinterland

439

durchzuführen und dazu geeignete Widerstandsgruppen zu bilden. Sie sollten belastete Personen und Spezialisten erkennen und festsetzen – Angehörige der SS, des Sicherheitsdienstes (SD), des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), der Geheimen Staatspolizei (Gestapo), der NSDAP, Spezialisten aus der Rüstungsindustrie und aus der Wehrmachtsführung. Ferner sollten sie Dokumente, wissenschaftliche Unterlagen, Karteien, Registraturen sowie Kulturgüter aufspüren und sichern. Damit wurden zugleich wesentliche Voraussetzungen für eine »stille Entnazifizierung« geschaffen. Langfristig sollten »Spezialisten« des Dritten Reiches in die künftige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus eingebunden werden.⁴

Im September 1947 steuerten die Beziehungen der USA zur Sowjetunion auf eine erste gefährliche Krise zu. In jener Zeit konstituierte sich der »Nationale Sicherheitsrat«, der *National Security Council* (NSC), als oberste Sicherheitsbehörde. Damit entstand auch der Zentrale Aufklärungsdienst der USA, die *Central Intelligence Agency* (CIA).

In jene Zeit fällt auch die Herausbildung der Geheimdienstzweige in den Streitkräften sowie im Außen-, Finanz-, Handels- und Energieministerium. Die einzelnen Geheimdienstzweige änderten in der Folgezeit gelegentlich ihre Bezeichnung, z. T. auch ihre Struktur, Unterstellung und konkrete Aufgabenstellung. Allen eigen jedoch war eine antikommunistische Grundhaltung, die sich gegen alles Linke in der Welt richtete.⁵

Aus der Sicht der Spionageabwehr des MfS ergab sich hinsichtlich der Ausgangsbasen der Geheimdienste der USA, die vorrangig und zunehmend gegen die DDR und ihre Bündnispartner arbeiteten, folgendes Bild:

1. CIA-Dienststellen in der BRD und Westberlin; ab 1973 mit der Einrichtung der USA-Botschaft die CIA-Residentur in der Hauptstadt der DDR.
2. Dienststellen des zentralen Aufklärungs- und Abwehrdienstes des Verteidigungsministeriums, der *Defense Intelligence Agency* (DIA) und der ihr unterstehenden Dienststellen der Geheimdienste der Teilstreitkräfte:
 - INSCOM (*Intelligence and Security Command*): Geheimdienst der Landstreitkräfte,
 - AFIA (*Air Force Intelligence Agency*): Geheimdienst der Luftstreitkräfte,
 - NIC (*Naval Intelligence Command*): Geheimdienst der Seestreitkräfte.
3. NSA (*National Security Agency*) zentraler Geheimdienst der Fernmelde- und elektronischen Aufklärung.

Die in der BRD und Westberlin dislozierten Dienststellen der USA-Geheimdienste kooperierten eng mit den Diensten der BRD (BND, BfV/LfV, MAD) und den Diensten Großbritanniens (SIS, SS, DIS, und GCHQ).

440

Zur CIA (*Central Intelligence Agency*)

Die Gründungsurkunde der CIA ist der National Security Act vom 18. September 1947. Das Hauptquartier der CIA befindet sich in Langley (US-Staat Virginia).

Die CIA besteht nach vorliegenden Publikationen aus vier sogenannten Direktoraten für

a) Operationen

Als Grundaufgaben erhielt dieses Direktorat zugewiesen:

1. Die allumfassende globale geheimdienstliche Informationsbeschaffung
2. Die Planung und Realisierung so genannter verdeckter Operationen mit dem Ziel der Einflußnahme der USA auf die innere Entwicklung anderer Staaten. Es dürfte wohl keinen Straftatbestand geben, der im Rahmen solcher »verdeckter Operationen« von der CIA nicht verletzt wurde.

In diesem Zusammenhang ist an »verdeckte Operationen« gegen unliebsame Regimes in Kuba, im Iran, in Chile, in Guatemala, in Vietnam und generell in Mittel- und Südamerika zu erinnern. Die Palette reichte vom politischen Mord über Spionage, Sabotage und Terror bis zum umfassenden psychologischen Krieg. Die CIA ist auch im Hinblick auf die DDR diesen generellen Aufgaben in bemerkenswerter Tradition bis zu deren Ende treu geblieben.

b) Forschung und Entwicklung. Hierzu zählen fernmeldeelektronische Aufklärung, Spionagetechnik und Agentenausrüstung usw.

c) Auswertung und Analyse

d) Verwaltung.

Auf deutschem Boden befanden sich Außenstellen der CIA u. a. in der Botschaft der USA in Bonn unter der Bezeichnung *Office of Coordinator and Advisor* (OCA). Diese Residentur umfaßte etwa 120 Mitarbeiter. Sie unterhielt Außenstellen in den Generalkonsulaten in Hamburg, Frankfurt am Main und München sowie eine starke Truppe in der USA-Mission in Westberlin in der Clay-Allee 170/172.

Die CIA-Gruppen im Generalkonsulat Hamburg und in der USA-Mission in Westberlin waren besonders aktiv gegen die DDR tätig.

Andere CIA-Gruppen arbeiteten unter militärischer Abdeckung z. B. im ehemaligen IG-Farben-Hochhaus (»Abrams Building«) und dem Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt am Main sowie in Militärstäben in Stuttgart, München, Köln und Westberlin.

1973, mit der Installation einer USA-Botschaft in der Hauptstadt Berlin etablierte sich dort auch eine CIA-Residentur, die zunehmend Geheimdienstaufgaben vor Ort wahrnahm. Ihre Tätigkeit erfolgte in Kooperation

441

mit der wenige Kilometer entfernten USA-Mission in Westberlin und dortiger Dienststellen der USA-Geheimdienste.

Zum zentralen militärischen Aufklärungsdienst DIA und den Geheimdiensten der Teilstreitkräfte

Die DIA wurde 1961 gebildet. Sie sollte die Spionageergebnisse der Geheimdienste der Teilstreitkräfte zusammenfassen, zentral auswerten und entsprechende Analysen und Konzeptionen für die Vorbereitung von zentralen politischen und militärischen Entscheidungen erarbeiten. Sitz dieser Zentrale ist das Pentagon in Washington D.C.

Die USA schufen an den verschiedenen Brennpunkten der Welt »Vereinigte Oberkommandos« (z. B. Pazifik, Atlantik und andere). Das Vereinigte Oberkommando für Europa (*US European Command*, USEUCOM) befand sich in den *Parch Barracks* in Stuttgart-Vaihingen.

Folgerichtig befanden sich dort auch die zentralen Dienststellen aller Geheimdienste der USA-Streitkräfte in Europa.

Zum Geheimdienst der Landstreitkräfte INSCOM (Intelligence and Security Command)

Dieser Geheimdienstszweig war der Spionageabwehr des MfS bis in die 70er Jahre unter der Bezeichnung MI (*Military Intelligence*) bekannt geworden.

Dienststellen des MI waren insbesondere in den 50er und 60er Jahren sehr aktiv und warben vor allem in Westberlin massenweise Militärspione mit Einsatzrichtung DDR, Polen, CSSR und Sowjetunion an. Mitte der 70er Jahre gab es innerhalb der Geheimdienststruktur von INSCOM zahlreiche Veränderungen. Der Sitz der Zentrale für Deutschland befand sich in Heidelberg, weitere operative, agentenführende Dienststellen waren in München, Augsburg und Berlin (West) mit zahlreichen untergeordneten

Dienststellen. Spezielle Dienststellen für das geheimdienstliche »Befragungswesen« arbeiteten in München, Oberursel und Westberlin mit Außenstellen in den sogenannten Notaufnahmelagern in Berlin-Marienfelde, Gießen, Friedland, Nürnberg-Zirndorf u. a. In Augsburg befand sich die zentrale Dienststelle von INSCOM für Spionageabwehr und Gegenspionage in der BRD und in Westberlin. Dort wurden vermutete »Ostspione« oder »Doppelagenten« bearbeitet und mit speziellen Untersuchungsmethoden überprüft. Dazu zählten der *Polygraf*, der sogenannte Lügendetektor, und der Stimmenanalysator (*Dektor*). Solche Überprüfungsmethoden führten nach Kenntnis der Spionageabwehr des MfS nur die USA-Dienste durch.

442

Die zuständigen Geheimdienstmitarbeiter maßen diesen Überprüfungsmethoden einen hohen Stellenwert bei. Beide Methoden beruhen auf Erkenntnissen der Medizin, der Psychologie und der Vernehmungstaktik (Streßsituationen, Schweißabsonderungen, Blutdruck, Herzkreislauf, Stimmenvibrationen und anderes). Diese Überprüfungsmethoden haben bei betroffenen IMB des MfS durchaus zur Verunsicherung geführt. In einigen Fällen haben sie sich offenbart und vom Gegner überwerben lassen. Bei Treffs mit dem Führungsoffizier des MfS haben sie dann meist offen darüber berichtet. Dadurch waren die Spezialisten im MfS in der Lage, IMB auf solche Situationen gezielt vorzubereiten, so daß diese Tests bei ihnen weitgehend wirkungslos blieben.

Das MfS hat dennoch solche Überprüfungen nie unterschätzt. Spezielle Geheimdienst-Gruppen für Post- und Telefonkontrolle unterhielt INSCOM für alle USA-Geheimdienstbereiche in München und in den Westberliner Postämtern in Tempelhof (Flughafengebäude) und in Schöneberg. Bezeichnend war, daß die »umfassende« Kontrolle der Post- und Telefonverbindungen aus und nach der DDR und anderen sozialistischen Staaten bis 1990 in Westberlin unter der Regie des USA-Geheimdienstes stand und auch offizielle Instanzen, zum Beispiel Verfassungsschutz, Staatsschutz oder Kriminalpolizei, entsprechende Anträge stellen mußten. In diesen Kontrollstellen wurden überwiegend deutsche Mitarbeiter, aber auch andere »Muttersprachler«, häufig aus dem Postdienst selbst, eingesetzt und besonders verpflichtet.

Es kann davon ausgegangen werden, daß alle aus und nach der DDR und den »Ostblockstaaten« in Westberlin eingehende Postsendungen und Telefonate von den USA-Geheimdiensten kontrolliert und unter nachrichtendienstlichen Gesichtspunkten ausgewertet wurden.

Weitere Dienststellen von INSCOM befanden sich in den Stäben der jeweiligen Militär-Standorte der USA., in der BRD und Westberlin.

Der Geheimdienst der Luftstreitkräfte Air Force Intelligence Agency (AFIA)
Der Sitz der Zentrale der AFIA in Deutschland befand sich in Wiesbaden. Operative Dienststellen waren in München (Befragung), Nierrod/Niederlande (Agentenführung) und Bitburg (Funkzentrale) disloziert, eine Außenstelle befand sich in Westberlin.

Der Geheimdienst der Seestreitkräfte Naval Intelligence Command (NIC)
Der zentrale Sitz des NIC für ganz Europa war in London. Außenstellen arbeiteten in München und Westberlin.

443

In diesem Zusammenhang ist auf eine Besonderheit für »Deutschland und Berlin« aufmerksam zu machen: Im Ergebnis der Zerschlagung des Hitlerfaschismus und auf der Grundlage des »Londoner Abkommens« von 1944 wurden 1946/47 von den vier Siegermächten *Militärverbindungsmissionen* (MVM) und *Militärinspektionen* (MI) gebildet. Mitarbeiter und Fahrzeuge genossen diplomatische Immunitäten und Privilegien. Sie waren bei den jeweiligen Militärverwaltungen gegenseitig akkreditiert und besaßen weitgehende Bewegungsfreiheit in ganz »Deutschland und Berlin«. Die MVM der USA mit Sitz in Potsdam-Neufahrland und der anderen westlichen MVM mit Sitz in Potsdam führten regelmäßig »Kontrollfahrten« in den Bezirken der DDR, die MI innerhalb der Hauptstadt der DDR durch. Das Personal dieser MVM und MI bestand aus erfahrenen Mitarbeitern der Militäraufklärungsdienste. Sie waren offensichtlich voll in das System der Militärspionage gegen die DDR und die hier stationierten sowjetischen Armeekontingente integriert.

Die Fahrzeuge der MVM und MI verfügten über optische, akustische, fototechnische und elektronische Aufklärungsmittel.

Die von ihnen aufgesuchten Orte und befahrenen Strecken entsprachen weitgehend den militärischen Schwerpunktobjekten der GSSD und der NVA sowie den Magistralen des Militärverkehrs (Straße, Schiene, Verladebahnhöfe, Grenzübergänge an der DDR-Staatsgrenze Ost, Ostseehäfen).

Die täglichen, offensichtlich auch arbeitsteiligen »Kontrollfahrten« der MVM, vor allem der MI auf dem Gebiet der DDR-Hauptstadt berührten auch Bereiche und Objekte der Sowjetarmee, des Komitees für Staatssicherheit (KfS) in Berlin-Karlshorst, der Militäraufklärung (GUR) und -abwehr in Potsdam und der Militärstäbe der GSSD in Wünsdorf, Eberswalde und Weimar-Nohra sowie zahlreiche zentrale staatliche und gesellschaftliche Objekte und Einrichtungen der DDR (ZK der SED, Ministerrat, MfS, Mdl, MfAA, MfNV, Stadtkommandatur u. a.). Aus der »Kontrolle« der aktuellen Situation an solchen Objekten sollten vermeintliche Anzeichen auf Mobilisierungsmaßnahmen abgeleitet werden.

Trotz entsprechender Auflagen sowie der Einrichtung ständiger und zeitweiliger Sperrgebiete auf dem Territorium der DDR kam es oft zu Verletzungen, besonders durch die USA-MVM und MI. Es gab verschiedentlich Verdachtshinweise, daß die MVM und MI auch in das nachrichtendienstliche Verbindungssystem zu Spionen in der DDR einbezogen waren.

Die unmittelbare Kontrolle der Fahrzeuge und Mitarbeiter der MVM und MI erfolgte – nach einer kurzzeitigen Verantwortung der HA II – durch die HA VIII (*wie bereits dargestellt*). Darüber hinaus waren alle Mitarbei-

444

ter des MfS, der BV und KD, z. T. auch geeignete IM angehalten, persönliche Feststellungen über Aufenthaltsorte der MVM und MI an den jeweils Diensthabenden umgehend zu melden.

Die MVM und MI der vier Siegermächte existierten formell bis zum Ende der DDR.

*Der zentrale Geheimdienst für Fernmelde- und elektronische Aufklärung
National Security Agency (NSA)*

Die NSA (die Zentrale befindet sich in der Nähe von Washington D. C.) wurde jahrelang besonders streng geheimgehalten, vor allem auch deshalb, weil sich hinter der »Aufklärung« auch der Begriff »Elektronischer Kampf« (ELOKA) als offensiver Bestandteil dieses Geheimdienstzweiges verbarg. Der elektronische Kampf (ELOKA) – bei allen NATO-Streitkräften eine feststehende Einsatzrichtung – entstand im Zweiten Weltkrieg in Kooperation der USA mit Großbritannien. Hauptgegenstand waren Funkkontroll- und Dechiffrieraktionen gegen Nazideutschland. Heute stehen die Standortaufklärung und die Störung elektronischer Anlagen in gegnerischen Waffensystemen im Mittelpunkt.

Die NSA ist das Führungsorgan aller Technischen Aufklärungs- und Abwehrdienste der USA-Streitkräfte und hatte für Europa folgerichtig seinen Sitz beim »Vereinigten Oberkommando« in Stuttgart-Vaihingen (USEUCOM). Die Geheimdienste der USA-Teilstreitkräfte in Deutschland unterhielten im Rahmen der Fernmelde- und elektronischen Aufklärung eine Reihe spezieller Dienststellen, Abhörstationen, Schiffe, U-Boote, Flugzeuge, Satelliten u. a. – »wie mit gigantischen elektronischen Staubsaugern wird alles aufgesogen, was der Äther hergibt«.³ (*siehe dazu auch den nachfolgenden Beitrag zur funkelektronischen Abwehr und Aufklärung des MfS*)

*Dienststellen der elektronischen und
Fernmeldeaufklärung: der Landstreitkräfte (INSCOM)*

Fieldstation in Augsburg mit zahlreichen angeschlossenen Nebenstellen auf den Bergen entlang der Staatsgrenze zur DDR und CSSR (Wurmberg, Hoher Bogen, Bad Aiblingen und andere).

Fieldstation im Westberliner Grunewald auf dem Teufelsberg (britischer Sektor) und der dazugehörige Stab in Berlin-Lichterfelde (Andrews-Barracks). Heidelberg (Dienststelle für das Chiffrierwesen) mit zahlreichen Dienststellen und Unterabteilungen in den verschiedenen Stabsebenen der Landstreitkräfte.

445

Von besonderer Bedeutung war für die NSA/INSCOM zweifellos die Fieldstation auf dem Berliner Teufelsberg, die z. T. kooperativ mit den britischen Diensten betrieben wurde.

Leider ergab sich aus der mangelhaften Einhaltung bis hin zur Ignoranz

der Festlegungen für den Geheimnisschutz durch nahezu alle zentralen SED und Staatsorgane und vor allem in Berlin, daß diese USA-Stützpunkte (wie auch die der anderen Geheimdienste) besonders »effektiv« arbeiteten.

Dienststellen der elektronischen und

Fernmeldeaufklärung: Luftstreitkräfte (AFIA)

In Ramstein (Flugplatz) und zahlreichen Unterabteilungen der Luftstreitkräfte in der BRD, darunter in München, Bad Hersfeld, Bad Aibling und in Westberlin (Tempelhof und Marienfelde).

Dienststellen der elektronischen und

Fernmeldeaufklärung: Seestreitkräfte (NCI)

Eine Außenstelle der Zentrale der »Naval Security Group« (NSG) in London befand sich in Augsburg.

Die USA-Geheimdienste CIA, DIA und NSA arbeiteten bei der Beschaffung von Informationen, wenn auch anteilmäßig unterschiedlich, in zwei Grundrichtungen:

1. mit menschlichen Quellen des sogenannten *Human Intelligence* (HUMINT). Darunter verstehen die USA-Geheimdienste alle Menschen, die an der Informationsbeschaffung beteiligt sind: Führungsoffiziere, Agenten, Spione, Diplomaten, Militärattachés, Journalisten und sonstige offizielle und inoffizielle Personen;
2. mit technischen Quellen des sogenannten *Signal Intelligence* (SIGINT). Darunter werden alle technischen Systeme zur Informationsbeschaffung, übergreifend aber auch zur offensiven elektronischen Kampfführung (ELOKA) zusammengefaßt. Diese Terminologie ist offenkundig NATO-Sprachgebrauch und findet sich auch bei den anderen Diensten wieder.

Es wurde immer deutlicher, daß mit fortschreitender Entwicklung der Wissenschaft und Technik der Anteil der »Signal Intelligence«, d. h. der mit technischen Mitteln und Methoden erlangten Informationen am Gesamtinformationsaufkommen enorm zugenommen hatte. Damit verbunden entwickelte sich das Problem, aus der Informationsflut die wirklich relevanten Informationen herauszufiltern und nutzbar aufzubereiten.

446

Die Entwicklung zeigte aber auch, daß kein Geheimdienst auf menschliche Quellen und nur ihnen zugängliche, häufig besonders geheimzuhaltende Informationen und damit verbunden auf deren subjektives Einschätzungsvermögen verzichten kann und will.

Der Spionageabwehr des MfS waren Ende der 80er Jahre über 200 Dienststellen der USA-Geheimdienste in 75 Orten der BRD und in Westberlin bekannt. Diese arbeiteten in der Mehrzahl auch gegen die DDR.

Dieser »Frontabschnitt« war für die USA-Geheimdienste ein Brennpunkt im globalen Kalten Krieg. Sie setzten für die Spionageoperationen gegen die DDR aus naheliegenden Gründen von Anfang an auch ihren »nachrichtendienstlichen Zögling«, die »Organisation Gehlen« und deren staatlichen Nachfolger, den Bundesnachrichtendienst (BND) sowie den Verfassungsschutz und den MAD ein.⁴

Zu den Geheimdiensten der Bundesrepublik

In Westdeutschland gab es anfänglich nur in der amerikanischen Besatzungszone die von Faschisten durchgesetzte und von USA-Geheimdiensten geschaffene und unterhaltene »Organisation Gehlen«. In direkter funktioneller und zum Teil auch personeller Fortsetzung der »Organisation Gehlen« operierte ab 1. April 1956 der staatliche Aufklärungsdienst, der Bundesnachrichtendienst (BND).

Nach der Gründung der BRD 1949 konstituierten sich das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und – entsprechend der föderalistischen Struktur der BRD – die »Landesämter für Verfassungsschutz« (LfV).

Im Vorfeld der Bildung der Bundeswehr entstand die Sicherungsgruppe im »Amt Blank«, ab 1955 nannte sie sich »Militärischer Abschirmdienst« (MAD).

Zur »Organisation Gehlen«

Als Generalmajor Reinhard Gehlen als Chef der 12. Abteilung (Fremde Heere Ost) im Generalstab des faschistischen Heeres am 9. Januar 1945 letztmalig persönlich bei Hitler seinen Bericht über die Lage an der Ostfront vortrug, traf er bereits Vorbereitungen, Dokumente seiner Geheimdienstarbeit vor der anrückenden Sowjetarmee zu sichern und mit einem

kleinen Mitarbeiterstab zu verbringen. Hitler beförderte kurz vor seinem Selbstmord Gehlen zum Generalleutnant. Wenig später flüchtete dieser mit einer kleinen Schar engster Mitarbeiter aus dem bombensicheren Stab des OKH bei Zossen in Richtung »Alpenfestung«. Alle wichtigen Unterlagen

447

(Agentenkarteien, Aufklärungsergebnisse, Mitarbeiterlisten der Abteilung »Fremde Heere Ost«, dazu die Materialien der Abteilung II des Amtes Abwehr/Ausland von Canaris einschließlich des sogenannten »Sabotagekatalogs der 5. Kolonne«) befanden sich in 50 Stahlkisten. »Überflüssige« Unterlagen, darunter solche über Kriegsverbrechen und Straffaktionen, wurden vorsorglich vernichtet. Seinen Mitarbeitern hatte Gehlen befohlen, sich in USAGefangenschaft zu begeben. Er selber stellte sich Ende Mai 1945 den Amerikanern, die ihn nach eigenen Bekundungen aber zunächst nicht zu würdigen wußten und als »normalen Kriegsgefangenen« behandelten.

Zur Erinnerung: Im Potsdamer Abkommen hieß es:

»Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, ... damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann ... Zu diesem Zweck werden alle militärischen und halb-militärischen Organisationen ... völlig und endgültig aufgelöst, um damit für immer der Wiedergeburt oder Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus und Nazismus vorzubeugen.«

Und weiter war beschlossen worden:

»Kriegsverbrecher und alle diejenigen, die an der Planung und der Verwirklichung nazistischer Maßnahmen, die Greuel oder Kriegsverbrechen nach sich zogen oder als Ergebnis hatten, teilgenommen haben, sind zu verhaften und dem Gericht zu übergeben.«⁵

Der »Kriegsverbrecher« Gehlen hatte inzwischen aber die richtigen Gesprächspartner gefunden. Mit den Dokumentenkisten wurde er im Juni 1945 zunächst nach Wiesbaden und von dort mit der Air Force ins Pentagon nach Washington D. C. gebracht. Dort unterbreitete er den Plan für den Aufbau eines deutschen Geheimdienstes unter Führung der USA. Gehlen hatte völlig richtig spekuliert, das »Angebot« wurde angenommen. Nach dem Amtsantritt Trumans und dem Beginn des Kalten Krieges wurden Gehlens »Geheimunterlagen« über die Sowjetunion und Osteuropa höchst bedeutsam, zumal die Amerikaner nach eigenen Bekundungen über nichts Vergleichbares verfügten. In Deutschland sammelten zwischenzeitlich die USA-Geheimdienste OSS und CIC gemeinsam mit Briten und Franzosen Verwertbares aus der faschistischen Hinterlassenschaft.⁶ Gehlen vereinbarte in den USA mit seinen »Berufskollegen« den Aufbau einer deutschen Geheimdienstorganisation mit deutschem Knowhow und Personal sowie US-Dollars. In der Vereinbarung hieß es:

1. Es wird eine deutsche nachrichtendienstliche Organisation geschaffen, die nach Osten aufklärt bzw. die alte Arbeit im gleichen Sinne fortsetzt.

448

2. Die deutsche Organisation arbeitet nicht »für« oder »unter« den Amerikanern, sondern »mit« ihnen.

3. Die Organisation arbeitet unter ausschließlich deutscher Führung, die ihre Aufgaben von amerikanischer Seite gestellt bekommt, solange in Deutschland noch keine neue deutsche Regierung besteht.

4. Die Organisation wird von den USA finanziert.

Der »Teufelspakt« war geschlossen, die Engländer und noch mehr die Franzosen beäugten das Projekt mißtrauisch. Rechtfertigend sagte später ein leitender Mitarbeiter der CIA: »Es mußte so sein. Sie haben das Fachwissen und das Personal gestellt, und wir haben die Forderungen gestellt, für die Logistik gesorgt und das Produkt erhalten.«⁷

Gehlen kehrte im Juli 1946 aus Fort Hunt/Virginia nach Deutschland zurück und fand Unterkunft im Geheimdienst-Vernehmungszentrum *Camp King* (»Königslager«) in Oberursel im Taunus. Dort wurden ihm weitere Nazigeheimdienstler zur »Nutzung« übergeben.

Gehlen bezog bald ein ständiges Quartier in München-Pullach. Sehr schnell entstand eine vertikale Struktur mit der Zentrale in Pullach, der Generaldirektion (GD), regionalen Generalvertretungen (GV), Bezirksvertretungen (BV), Unterververtretungen (UV) und Filialen. Die Bezirks- bzw. Unterververtretungen der »Organisation Gehlen« und vor allem die Filialen – zunächst ausschließlich in der amerikanischen Besatzungszone und im amerikanischen

Sektor von Berlin angesiedelt – wurden die eigentlichen Ausgangsbasen der Spionage gegen den »Osten«.

In Pullach wurde ein Verbindungsstab der inzwischen gegründeten CIA etabliert. Die »Organisation Gehlen« unterstand der CIA und arbeitete streng nach deren Vorgaben, konnte dabei aber relativ selbständig operieren. Die Zentrale teilte die Mitarbeiter oder Agenten, die unmittelbar in die Spionagetätigkeit einbezogen waren, in verschiedene Kategorien ein, so u. a. in *Tipper*, *Heranholer*, *Forscher* und verschiedene Arten von *Quellen* unter den geworbenen Spionen. Entsprechend ihrer Einsatzrichtung und ihren Informationsmöglichkeiten gab es z. B. Penetrierungsquellen (Eindringen in Positionen), Überprüfungsquellen (Kontrolle militärischer Objekte) und Reisequellen (überörtlich einsetzbar). Sehr bald entwickelten sich auch solche Agentenfunktionen wie Kuriere und Funker. Diese Entwicklung vollzog sich zunächst weitgehend geheim, wurde aber sehr bald durch öffentliche Gerichtsprozesse oder internationale Pressekonferenzen in der DDR bekannt. Gehlen schrieb in seinen Memoiren über diese Zeit: »In den ersten Aufbaujahren war es der Organisation gelungen, durch sorgfältige Tarnung und vorsichtiges Verhalten in der Öffentlichkeit jede Publizität zu vermeiden.«⁸

449

Es entstand ein voll funktionsfähiger Geheimdienst, der vor allem in und von Westberlin aus Spionageoperationen gegen die SBZ/DDR und in Richtung Polen, CSSR und Sowjetunion über die »grüne Grenze« durchführte. Die Mitarbeiter der Dezernate K5 in den Landeskriminalämtern der SBZ – den Vorläufern der Dienststellen des MfS – bekamen von diesen Aktivitäten schnell Kenntnis und reagierten entsprechend. Bürger berichteten über die Anwerbung zur Spionage durch eine »Organisation«, die sich meist als »deutsche Dienststelle für Demokratie, Freiheit und Einheit« oder ähnlich vorstellte. Sie wurden gebeten, die Verbindung zur »Organisation Gehlen« aufrechtzuerhalten.

Das waren die ersten IM des MfS mit Feindverbindung, damals Geheime Mitarbeiter (GM) genannt.

So gelang es 1951 der Kreisdienststelle Riesa der Landesverwaltung Sachsen des MfS einen GM als stellvertretenden Leiter der Filiale X 9592 der »Organisation Gehlen« in Westberlin zu plazieren. Der GM berichtete umfangreich über Arbeitsweise, geworbene Agenten, Auftragserteilung und Verbindungswege der »Organisation Gehlen«. Dadurch konnten ihr gleich in den Anfangsjahren empfindliche Schläge versetzt werden.

Am 9. November 1953 machte der GM auf einer internationalen Pressekonferenz in Berlin sein Wissen öffentlich.

Eine größere Anzahl von Gehlen-Spionen wurde bekannt und konnte ausgeschaltet werden. Darunter befand sich auch der ehemalige Major und Regimentskommandeur der Wehrmacht Werner Haase, der inzwischen die Filiale

120 A der »Organisation Gehlen« in Berlin (West) leitete. Die Filiale 120 A war schwerpunktmäßig für die Werbung von Spionen in Thüringen verantwortlich.

Haase machte nach seiner Verhaftung vor dem Untersuchungsorgan des MfS (HA IX) umfassende Aussagen zur Arbeitsweise und Struktur der »Organisation Gehlen«. Er schilderte auch ausführlich ihre Funktion für die Vorbereitung auf den sogenannten E-Fall, den Ernstfall, d. h. eines Krieges.

Ausgangspunkt dazu war die »Abhandlung Nr. 66.00« der Führung der »Organisation Gehlen« von 1952/53 und das sogenannte »Juno-Programm«.

Darin hieß es u. a.: »Die Verschärfung der Lage macht es erforderlich, ernsthaft an die Vorbereitung für den E-Fall heranzutreten. Nach den vorliegenden Erkenntnissen sind die psychologischen Voraussetzungen dafür günstig ... Grundsätzlich ist zu sagen, daß neben der Plazierung am richtigen Objekt das selbständige Denken und Handeln der V-Leute im Kriegsfall erheblich an Bedeutung gewinnt ... Volle Gültigkeit muß der Grundsatz behalten, daß für jede Quelle, insbesondere in der SBZD, alle

450

Maßnahmen getroffen sind, die eine schnelle Meldungsübermittlung gewährleisten, wenn der Krieg ausbricht oder der »Eiserne Vorhang« noch dichter wird.«⁹

Das bedeutete konkret den Aufbau eines sogenannten Funkmeldesystems, die Werbung von Agenten aus dem Kreis von Rentnern, Behinderten und Frauen, die nicht zum Wehrdienst einberufen werden würden, die Einrichtung sogenannter Toter Briefkästen (TBK) für Nachrichten, Hilfsmittel

und Waffen, die Aufklärung von Landeplätzen für Fallschirmspringer und Abwurfelder für Material. »Schläfer« sollten im E-Fall aktiviert werden. Die enormen Werbeaktivitäten der »Organisation Gehlen«, die Auswahl der Werbekandidaten und vor allem die Auftragserteilung an die Agenten ließen eindeutig erkennen, daß die »Organisation Gehlen« Anfang bis Mitte der 50er Jahre mit militärischen Auseinandersetzungen im Zentrum Europas rechnete und dazu aktive Vorbereitungen traf.

Ausdruck dafür war der *Generelle Auftrag für Alle*, der bei der Untersuchung gegen den Agenten Bandelow bekannt wurde. Bandelow, ein gelernter Bauingenieur, arbeitete bis zu seiner Verhaftung als Hauptreferent im Staatssekretariat für Kraftverkehr und Straßenwesen der DDR.¹⁰

Dieser *Generelle Auftrag für Alle* hatte folgenden Wortlaut:

- »1. Erfassung der *großen* Marsch- und Transportbewegungen des Feindes und dies besonders in den Zeiten und an den Orten beschränkter alliierter Luftbeobachtungsmöglichkeit. Wichtig sind dabei Truppengattung, besondere Kennzeichen und die Nationalität. Nicht interessieren dagegen Kraftfahrzeug- und Transportnummern.
2. Feststellung der Auswirkung alliierter Luftangriffe auf Bahnlinien, Straßen, Brücken, große Telegrafenanlagen und ähnliches und Beobachtung der entsprechenden Wiederherstellungsarbeiten. Wo entstehen neue Brücken bzw. Großfähren, wo neue Gleisanlagen, neue Straßen?
3. Erkennen der Unterkunftsräume der operativen Feindreserven und der Art ihrer B(e)legung (Truppengattung, Kennzeichen, Nationalität).
4. Erkennen der Zusammenziehung von Eisenbahnleermaterial bzw. von starken motorisierten Transportgruppen.
5. Beobachtung der Brennstoff- und Reparaturlager bei der Eisenbahn.
6. Feststellung feindlicher Vorbereitungen zum Stellungsbau.
7. Erkennen großer feindlicher Neuaufstellungs- und Ausbildungsvorhaben besonders auf Truppenübungsplätzen.
8. Überwachung der Dislozierung der feindlichen Luftwaffe und Beobachtung ihrer Verluste sowie Erkennen der an feindlichen Flugplätzen durch Bombenschäden oder Ausbau eingetretenen Veränderungen.

451

9. Feststellung der Befehlsstellen hoher feindlicher Kommandobehörden.
 10. Erkennen feindlicher Versorgungs- und Instandsetzungs-Stützpunkte und Erkennen großer feindlicher Nachschubbewegungen mit Bahn oder Kraftwagen. Wie ist insbesondere auch die Belegung der Lazarette? Wo treten Seuchen auf (Zivilbevölkerung eingeschlossen)?
 11. Beobachtung von Stimmung, Disziplin und Gesundheitszustand der im rückwärtigen Feindgebiet befindlichen Truppen. Welche Ansatzpunkte bieten sich hier der alliierten Propaganda usw. bei den verschiedenen Nationalitäten, besonders auch bei den deutschen Truppen?
- Feststellung aller kriegswirtschaftlichen Maßnahmen in der DDR, gleichgültig ob diese von Seiten der Besatzungsmacht oder von Seiten der DDR-Regierung durchgeführt werden. Dabei interessieren einmal der jeweilige Leistungsstand der Wehrwirtschaftsindustrie (Rüstungsbetriebe, energieerzeugende Betriebe, Betriebe der chemischen Grundstoffindustrie und Hydrier-Werke), die Auswirkung alliierter Luftangriffe auf Betriebe sowie die Versuche, ihre Produktion in Gang zu halten. Weiter interessieren rüstungstechnische Neuerungen, besonders die Vorbereitung zur Herstellung neuartiger Waffen und neuartiger Kriegsgeräte.
13. Erfassung der Aufteilung des Menschenpotentials der DDR auf die verschiedenen Sparten der Wirtschaft einerseits und auf Wehrmacht und Wehrmachtshilfsdienst andererseits.
 14. Feststellung der polizeilichen und der innen- wie außenp(o)litischen Maßnahmen der DDR wie der Besatzungsmacht und Bedeutung der sich daraus bei der Bevölkerung ergebenden tatsächlichen wie psychologischen Auswirkungen. Wie ist die Ernährungslage der Bevölkerung?
 15. Feststellung der durch alliierte Luftangriffe bei der deutschen Bevölkerung eingetretenen Verluste und Beobachtung der inneren Einstellung der Bevölkerung gegenüber DDR-Machthabern wie gegenüber den sowj. Besatzungsbehörden einerseits und gegenüber den Alliierten andererseits. Welcher, die deutsche Bevölkerung interessierenden Fragen hat sich die westliche Propaganda in diesem Zusammenhang anzunehmen?
 16. Sonderaufträge individuell für die einzelnen Mitarbeiter!!«

Im Falle des Agenten Bandelow lautete der »Sonderauftrag« gemäß Punkt 16: »Funkmeldungen über Brücken. Funkmeldungswürdig sind:

- a) Zerstörung,
- b) Wiederaufbau,
- c) Ausbau,
- d) Neubau,

452

e) Termin der Fertigstellung,

f) evtl. Einsatz von Fähren von Brücken über 30 m Länge.«¹¹

Dieser *Generelle Auftrag für Alle*, der »zuverlässigen« Agenten auf mikrokopierten Folien überreicht wurde, war sowohl hinsichtlich seiner inhaltlichen Ausgestaltung als auch in seiner faschistischen Wehrmachtsterminologie eindeutig auf den sogenannten E-Fall ausgerichtet – auf den Krieg. Er machte nicht nur das Spionageprogramm der »Organisation Gehlen« im Kriegsfall deutlich, sondern er offenbarte Bemerkenwertes zur militärischen Planung der NATO und der BRD und zu der den Agenten in der DDR dabei zugedachten Rolle.

Die Spione wurden während der persönlichen Treffs von den Gehlen-Mitarbeitern ausführlich instruiert sowie ideologisch und finanziell motiviert.

Sie wurden zur Bedienung von Funkgeräten und im Anlegen von TBK ausgebildet, erhielten Anweisungen für die Spionagetätigkeit und zum Verbindungssystem unter Kriegsbedingungen.

Aufgrund der vom MfS sichergestellten Beweise sah sich der Hohe Kommissar der UdSSR am 23. September 1954 veranlaßt, in einem Schreiben an den Hohen Kommissar der USA für Deutschland »wirksame Maßnahmen zur Auflösung der Spionage- und Diversionsorganisationen in Westdeutschland und Berlin (West)« und die »Einstellung ihrer verbrecherischen Tätigkeit « zu fordern.¹²

Ähnliche Aufträge wurden später vom Bundesnachrichtendienst – als *Spannungstafeln mit Spannungsmerkmalen* – und von der CIA bzw. vom MI/INSCOM als *besondere Ereignisse* an Militärspione in der DDR übergeben.

Zum Bundesnachrichtendienst (BND)

Die Organisation Gehlen wurde am 1. April 1956 von der Bundesregierung als offizieller Auslandsnachrichtendienst der BRD mit der Bezeichnung Bundesnachrichtendienst (BND) übernommen. Es war wohl mehr ein formeller Akt, die »Organisation Gehlen« in eine staatliche Institution zu überführen und diese mit dem Namen Bundesnachrichtendienst dem Bundeskanzleramt direkt zu unterstellen. Dabei ist bemerkenswert, daß sozusagen der »Patenonkel« des BND der Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Adenauer-Intimus Dr. Hans Globke war.

Globke wurde am 23. Juli 1963 vom 1. Strafsenat des Obersten Gerichts der DDR »wegen Verbrechen im Sinne der allgemein anerkannten und von den Vereinten Nationen bestätigten Nürnberger Prinzipien, Artikel 6. des Londoner Statuts über das internationale Militärtribunal vom 8. August

453

1945« in Abwesenheit zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. In diesem Urteil wurde für Recht erkannt: »Der Angeklagte wird wegen in Mittäterschaft begangenen fortgesetzten Kriegsverbrechens und Verbrechens gegen die Menschlichkeit in teilweiser Tateinheit mit Mord gem. Artikel 6 des Statuts über den Internationalen Militärgerichtshof« verurteilt.

In der 65seitigen Begründung des Urteils wird auf »die Teilnahme des Angeklagten an der Kennzeichnung, Verfolgung und Ausrottung der jüdischen Bürger in Deutschland und in den von den Faschisten zeitweilig besetzten Gebieten«, auf »die Mitwirkung des Angeklagten bei der Schaffung und Durchsetzung der faschistischen Rassengesetzgebung« sowie auf »die Mitwirkung des Angeklagten an der Endlösung der Judenfrage« besonders hingewiesen.¹³

Und dieser Mann war nunmehr oberster Dienstherr über den neu gegründeten BND.

Er befand sich dabei allerdings in »vertrauter alter Gesellschaft«, denn »neuer« Chef des BND wurde der »alte Chef« der Organisation Gehlen, Generalleutnant a. D. Reinhard Gehlen (Deckname Dr. Schneider).

Auch die Mitarbeiter im BND waren alte Bekannte aus den faschistischen Geheimdiensten. Gehlen hatte sie von seiner US-hörigen Organisation in den staatlichen BRD-Aufklärungsdienst BND übernommen. Darunter

befanden sich z. B. der spätere BND-Präsident Wessel, ehemals Oberstleutnant in »Fremde Heere Ost«, der Vizepräsident des BND, Wendland, Oberst im Generalstab OKH, der Abteilungsleiter im BND, Zuber, SS-Obersturmführer, der Leiter der Abteilung Gegenspionage im BND, von Rothkirch und Panthen, ehemals Leiter der Funkabwehr bei Canaris, Amt Ausland/Abwehr, der Abteilungsleiter Personal (!) im BND, Kirchbaum, SS Standartenführer, der Abteilungsleiter Auswertung, Herre, Oberst in »Fremde Heere Ost«.

Allein ein Blick auf die Namenslisten des Führungspersonals der »Organisation Gehlen« und des BND (wie auch des BfV/LfV und des MAD) gibt Aufschluß über die faschistischen Wurzeln des Geheimdienstsystems der Bundesrepublik. Etwa 98 Prozent der Führungskader kamen aus entsprechenden NS-Einrichtungen. Kriminaldirektor Dieter Schenk, der zehn Jahre im Bundeskriminalamt gearbeitet hatte, erklärte Ende 2001 vor Fernsehkameras: »Von 57 Führungskräften des BKA haben nur zwei keine braune Weste. Paul Dickkopf, bis 1971 Chef des Amtes, war während der NS-Zeit SS-Offizier im Spionageeinsatz. BKA-Vizepräsident Bernhard Niggemeier ließ als Chef geheimer Feldpolizeikommandos Hunderte von Erschießungen anordnen.«

454

Einige der neu-alten Aktivisten in den Diensten hatten bereits gegen antifaschistische Widerstandskämpfer, gegen die Männer des 20. Juli 1944 und die »Rote Kapelle« gearbeitet.¹⁴

Die enorme Zunahme der Aufgaben des BND führte in der Folgezeit natürlich zum Bedarf an neuen, gut ausgebildeten und motivierten Mitarbeitern, vor allem solchen, die nicht von vornherein derartig belastet waren, nicht selten aber aus entsprechenden Familien stammten.

Struktur und Personallage der BND-Zentrale im Siedlungskomplex München-Pullach (intern: Camp Nikolaus) und in den 109 enttarnten Außenstellen des BND in der BRD und Westberlin sowie den erkannten 58 Auslandsresidenturen waren dem MfS durch jahrelange gezielte Aufklärungsarbeit im Detail bekannt.

Obwohl die BND-Mitarbeiter auch im Dienst nur unter Decknamen operierten, waren mehr als 2.000 mit ihrem bürgerlichen Namen identifiziert und z. T. recht umfassend aufgeklärt.

Der BND hatte bis 1990 für seine Tätigkeit keine gesetzliche Grundlage. Er verdankt seine Existenz lediglich einem Kabinettsbeschluß. Erst mit dem »Gesetz zur Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes vom 20. Dezember 1990«, hinter dem kein Mensch eine Gründungsurkunde für Geheimdienste vermutet, wird – wie bereits beschrieben – im Artikel 2 das Bundesverfassungsschutzgesetz, im Artikel 3 das MAD-Gesetz und im Artikel 4 erstmals die gesetzliche »Existenzberechtigung« des BND bestätigt. In diesem im Artikel 4 normierten BNDGesetz (BNDG) wird in § 1 Absatz 2 erstmalig der Auftrag an den BND definiert: »Der Bundesnachrichtendienst sammelt zur Gewinnung von Erkenntnissen über das Ausland, die von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschlands sind, die erforderlichen Informationen und wertet sie aus.«

Der BND wurde auch im Inneren gegen BRD-Bürger wirksam, realisierte strafprozessuale Aktivitäten (Telefon-, Postkontrolle, Lauschangriffe, Durchsuchungen usw.) und agierte völkerrechtswidrig in Westberlin.

Nach Erkenntnissen des MfS hatte der BND Ende der 80er Jahre folgende *Struktur*: An der Spitze ein Präsident mit seinem Stellvertreter und seinen Stabsorganen. Zu Letzteren gehörten: die Verbindungsstelle in Bonn (Regierung, Diplomaten u. a.), der Personalrat, die Schule des BND, Sozialer und Medizinischer Dienst.

Gegliedert war der BND in sechs Abteilungen.

Abteilung 1 – Operative Aufklärung: Die eigentliche Spionageabteilung, wo mit den klassischen Methoden, besonders dem Einsatz von Agen-

455

ten/Spionen, Informationen aus den jeweiligen Zielgebieten/Zielobjekten beschafft wurden.

Die Abteilung 1 umfaßte 6 Unterabteilungen und 29 Referate. Sie war nach sachlichen (z. B. Teilstreitkräfte, überregionale Probleme, Agentenausrüstung) und nach territorialen Gesichtspunkten gegliedert. Für die

Gegenspionage und die Spionageabwehr des MfS waren vor allem die Unterabteilungen 12 und 14 der Abteilung 1 von Interesse.

Die Unterabteilung 12 – »Sowjetblock« – war unterteilt in die Bereiche:

12 A Warschauer Vertrag;

12 B DDR – Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Technik;

12 C DDR – Süd Streitkräfte. Zur 12 C gehörte eine größere agentenführende Dienststelle in München (BND-Bezeichnung DDR-MIL SÜD), die von der Spionageabwehr des MfS den Decknamen »Isarsalon« erhielt.

12 D DDR – Nord Streitkräfte. Hierzu gehörte eine größere agentenführende Dienststelle in Bremen (BND-Bezeichnung DDR-MIL

NORD), die von der Spionageabwehr des MfS den Decknamen »Ring« erhielt. Diese Dienststelle unterhielt in Westberlin eine sehr aktive agentenführende Außenstelle (MfS-Deckname »Tempel«). Weitere agentenführende Außenstellen des BND befanden sich in Hamburg, Stuttgart,

Düsseldorf, Bonn, Köln und vor allem in München und Umgebung.

12 L Gegenspionage: Diese Unterabteilung in der Abteilung 1 war zuständig für Aktionen zum Eindringen in den Mitarbeiterbestand des MfS. Dazu existierte eine operative, agentenführende Außenstelle in Köln, die eng mit dem BfV kooperierte.

Das operative Interesse des MfS am frühzeitigen Erkennen entsprechender BND-Aktivitäten war verständlicherweise sehr groß. Die spezielle Dienst Einheit der Aufklärung des MfS – HVA IX/Gegenspionage – erzielte hier bemerkenswerte Ergebnisse.

Zur Abteilung 1 »Operative Aufklärung« gehörte auch die Unterabteilung 14 »Rezeptive Aufklärung« (entgegennehmende Aufklärung) mit den Bereichen/Referaten:

14 A Grenzmeldenetz (GMN)

14 B Post- und Fernmeldekontrolle

14 C Befragungswesen

Die Bedeutung dieser rezeptiven Aufklärungsbereiche des Bundesnachrichtendienstes für das MfS lag vor allem darin, daß hier durch den BND in großem Umfang Ausgangsinformationen für DDR-Werbekandidaten gewonnen wurden.

456

Zum *Grenzmeldenetz* GMN (Unterabteilung 14 A):

Das von den BRD Geheimdiensten BND und BfV initiierte und unterhaltene GMN umfaßte 68 Grenzübergangsstellen. Die Grenzen zur DDR und CSSR, einschließlich eines 30 km Vorfeldes wurden durch den Bundesgrenzschutz (BGS), konkret durch die Bundesgrenzschutztruppe bzw. durch die Bayerische Grenzpolizei (BGP) kontrolliert. Die eigentlichen Kontrollhandlungen an den Grenzübergangsstellen erfolgten durch den Grenzschutz einzeldienst (GSE) als Teil des BGS und den Grenzzolldienst (GZD).

Die geheimdienstlich ausgerichteten Kontrollen erfuhren mit der 104seitigen »Sonderanweisung über die Erfassung bestimmter Erkenntnisse bei der grenzpolizeilichen Kontrolle (so-gk)« vom 6. Mai 1976 eine Präzisierung.¹⁵

Unter den zu erfassenden »bestimmten Erkenntnissen« waren vor allem zu verstehen: das Kopieren der Personaldokumente von in beiden Richtungen reisenden Bürgern der DDR, der BRD, aus Westberlin und dem Ausland. Kriterien waren hierbei u. a. der Wohnort bzw. das Reiseziel (militärische Schwerpunktgebiete in der DDR) und die berufliche Tätigkeit oder Stellung des Reisenden; das Kopieren mitgeführter schriftlicher Unterlagen, die für die BRD-Geheimdienste von Interesse sein konnten (Verträge, Protokolle, wissenschaftliche Dokumentationen, Schriftverkehr), gezielte Informationsgespräche mit Reisenden in beiden Richtungen zu ihrer Person, ihren Reisezielen, beruflichen Tätigkeiten, Aufenthaltsdauer, Charakter der Verbindung zum Reiseziel etc.

Zu DDR-Bürgern interessierte vor allem auch die politische Einstellung, eventuelle Übersiedlungsabsichten in die BRD und das Wohnumfeld (militärische Objekte und Bewegungen).

Im Ergebnis solcher Dokumentationen und Informationen entstanden Personendossiers, die den Geheimdiensten zur Verfügung gestellt wurden und später oft Grundlage für Kontaktabbahnungen und Werbungen waren. Die kontrollierenden Mitarbeiter von GSE und GZD waren nicht selten geworbene Agenten des BND mit konkreter Auftragserteilung. Die Fotokopiereinrichtungen wurden vielfach auch vom BND geliefert. Der damalige

stellvertretende Regierungssprecher Grünewald erklärte in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (FAZ) am 11. April 1979: »Die Amtshilfe wird vom Bundesnachrichtendienst im Rahmen von dessen Auslandsauftrag angefordert«.

Post- und Fernmeldekontrolle – (Unterabteilung 14 B):

Die sogenannte strategische Post- und Fernmeldekontrolle des BND, abgedeckt als »Hauptstelle für spezielle Datenverarbeitung« hatte 12 Außen-

457

stellen, u. a. in Bonn, München, Hof, Bad Hersfeld, Frankfurt am Main, Köln, Helmstedt und Hamburg. Begründet wurde die Beschränkung der verfassungsmäßigen Grundrechte des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 Grundgesetz) durch das sogenannte G 10-Gesetz mit der »Notwendigkeit einer strategischen Überwachung, um so die Gefahr eines bewaffneten Angriffs auf das Bundesgebiet rechtzeitig zu erkennen.«¹⁶

So absurd die Begründung, so nützlich waren die umfangreichen Kontrollen für die gezielte Suche nach geeigneten Werbekandidaten und die Gewinnung anderweitig verwertbarer Informationen.

Die Kriterien für die Erfassung von Informationen und die Speicherung von Personendaten entsprachen denen der Grenzkontrollen. Es kamen allerdings einige weitere wesentliche Aspekte hinzu: Erstens war die Anzahl der wechselseitigen Post- und Telefonverbindungen vor allem zwischen der DDR, der BRD und Westberlin weit umfangreicher.

Zweitens konnten auch solche DDR-Bürger nach den genannten Kriterien erfaßt werden, die im Prinzip keine Reisemöglichkeiten nach der BRD, nach Westberlin oder dem anderen westlichen Ausland besaßen, und drittens wurden solche Bürger der BRD, Westberlins und Ausländer bekannt, die im Rahmen dieser Verbindungen als Werber, später vielleicht auch als Kuriere dieser Kontaktpersonen in der DDR fungieren oder die eigenständig (eventuell auch parallel dazu) Spionage unter »Abdeckung« solcher »Verwandtenbesuche« durchführen konnten.

Das MfS erkannte zahlreiche solcher Beispiele, wo nicht selten ein arbeitsteiliges Zusammenwirken als Spionagegruppe entstanden war.

Das enge verwandtschaftliche Verhältnis (für den BND aus den Ergebnissen der Post- und Telefonüberwachung meist erkennbar) schränkte die Risiken einer Offenbarung gegenüber dem MfS weitgehend ein.

Erkenntnisse des MfS, vor allem hinsichtlich gegnerischer Kontaktaufnahmen, ließen den Schluß zu, daß durch den BND – zumindest zu Schwerpunktbereichen in der DDR – eine weitgehend »flächendeckende Post- und Telefonkontrolle« erfolgte. Allein in der BND-Kontrollstelle Hamburg sollen täglich ca. 10.000 Postsendungen unter nachrichtendienstlichen Gesichtspunkten kontrolliert worden sein.

Das Bundesverfassungsgericht konstatierte 1987 im Zusammenhang mit einer entsprechenden Klage, daß im Jahre 1978 insgesamt ca. 61,6 Millionen Postsendungen von und nach den Staaten des Warschauer Vertrages, einschließlich der DDR, vom BND kontrolliert wurden.

Laut Auskunft des Vorsitzenden der Deutschen Postgewerkschaft Kurt van Haaren waren noch im Januar 1990 ca. 2.000 BND-Mitarbeiter »täg-

458

lich mit der Überwachung des innerdeutschen Brief- und Telefonverkehrs beschäftigt«.¹⁷

In Westberlin wurde dem BND diese Arbeit aus Statusgründen vom USA-Geheimdienst »abgenommen«. Der BND war darüber nicht sonderlich begeistert.

Befragungswesen – (Unterabteilung 14 C):

Das Anfang 1958 zunächst von den Geheimdiensten der BRD, USA und Großbritanniens gemeinsam initiierte Befragungswesen entwickelte sich später zur BND-geführten »Hauptstelle für Befragungswesen« in München mit Nebenstellen in Gießen, Berlin-Marienfelde (Notaufnahmelager), Hannover, Friedland, Nürnberg-Zirndorf (Osteuropäer), Mainz, Stuttgart, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Lübeck, Kassel, Herrsching (Überläufer).

Einzelheiten zur Arbeitsweise der Dienststellen des Befragungswesens werden später näher beschrieben. Hier nur so viel: Neben Mitarbeitern des BND und des BfV/der LfV waren überall auch Befragungsmitarbeiter der USA-Geheimdienste und in vielen auch Mitarbeiter der Geheimdienste Großbritanniens und Frankreichs präsent.

Es war die Fortsetzung der Befragungspraxis der USA-Geheimdienste gleich nach Ende des Zweiten Weltkrieges zur umfassenden nachrichtendienstlichen Nutzung der millionenfachen »Flüchtlingsbewegung von Ost nach West«. Diese Situation hat dem MfS große Sorgen und viel Arbeit bereitet. Sie bot aber auch zahlreiche Möglichkeiten, geeignete IM abzusetzen und als künftige Quellen des MfS langfristig in günstige Positionen zu platzieren.

Alles in allem waren die Aktivitäten der genannten drei Bereiche der »rezeptiven Aufklärung des BND« der Spionageabwehr des MfS durch zahlreiche erkannte Werbeaktivitäten deutlich sichtbar geworden.

Im Folgenden zu weiteren Abteilungen der BND-Zentrale:

Abteilung 2 – Technische Aufklärung:

Die technische Aufklärung des BND nutzte die durch die Entwicklung von Wissenschaft und Technik möglich gewordenen umfangreichen fernmeldetechnischen und elektronischen Spionagebedingungen für die Geheimdienste. Dazu gehörten die zahlreichen Abhörstationen entlang der Staatsgrenze zur DDR und CSSR, die Spionageschiffe in der Ostsee, die Ergebnisse der Luftaufklärung u. a.

Der Bereich der Technischen Aufklärung hatte ab Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre eine enorme personelle, strukturelle, organisatorisch-logi-

459

stische und wissenschaftlich-technische Entwicklung genommen. Neben den über 2.000 Mitarbeitern standen dem BND das Personal und die Einrichtungen der fernmeldetechnischen Aufklärung der Bundeswehr zur Verfügung.

Die Abteilung 2 hatte 4 Unterabteilungen, die nach fachlichen Bereichen, wie Militär, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und anderes sowie nach territorialen Einsatzrichtungen in 12 Referate unterteilt waren.

Die generelle Aufgabenstellung entsprach den bereits erläuterten geheimdienstlichen Aufgaben der Funkaufklärung bzw. Fernmelde- und elektronischen Aufklärung. Beim BND wurde aber ein spezifischer, z. T. zusätzlicher »DDR-Informationsbedarf« erkennbar, der der generellen Aufgabenstellung der BRD-Geheimdienste entsprach, nämlich vorrangig Informationen zur inneren Lage in der DDR, zu den Beziehungen DDR-BRD sowie Ansatzpunkte zur Störung der Entwicklung und zur Destabilisierung der DDR zu gewinnen.

Der Abteilung 2 unterstanden 17 feste funkelektronische Aufklärungsstationen, die vorrangig entlang der Grenze zur DDR und CSSR stationiert waren.

In Westberlin kooperierte der BND mit dem französischen Dienst in der Aufklärungsstation in Berlin-Tegel, wie auch bei entsprechenden Projekten der Satellitenaufklärung in Französisch-Guyana.

Eine Unterabteilung der Abt. 2 entwickelte und produzierte technische Ausrüstungen für Mitarbeiter und Agenten, wie Container zum Transport von Spionagemitteln durch Kuriere zu Spionen in die DDR, verdeckte Fotound Tonaufzeichnungsgeräte, und viele andere technische Spionagehilfsmittel.

Abteilung 3 – Auswertung:

Diese Abteilung »Auswertung« war eine verhältnismäßig große Abteilung mit 5 Unterabteilungen und 28 Referaten, in der die Informationen aller Quellen des BND, z. B. der Spione, aus »legalen Basen« und der technischen Aufklärung, aber auch die Informationen aus offiziellen Quellen sowie der Partnerdienste u. a. zusammengeführt wurden.

Die Bereiche waren zunächst in Sachbereiche unterteilt, wie zentrale Aufgaben der Auswertung und Stabsaufgaben (z. B. Gesamtlageeinschätzungen) sowie die Bereiche: Politik, Militär, Wirtschaft, Technik und Wissenschaft und andere. Die weitere Untergliederung dieser Sachbereiche erfolgte dann vor allem nach territorialen Gesichtspunkten oder entsprechenden Teilsachgebieten, wie z. B. Transport und Verkehr, Energiewirtschaft und anderes.

460

Die DDR spielte in allen Auswertungsbereichen eine dominierende Rolle. Dieser Stellenwert wurde schon aus der »innerbetrieblichen Werteskala über die Schwerpunkte« der BND-Auswertung für die Informationsbeschaffung deutlich. Danach erfolgte die Bewertung von Informationen nach den Positionen 1 bis 6.

Der Warschauer Pakt als Ganzes sowie die UdSSR und die DDR bezogen in der Prioritätenliste des BND in allen Bereichen die Position 1. Das

hieß »höchstes Interesse, absolut vorrangiger Ansatz von Kapazität und Mitteln«.¹⁸

Die BND-Auswertung fertigte Vorlagen für Regierungsentscheidungen, Analysen zur Lageeinschätzung auf den verschiedenen Gebieten und zur Orientierung der Arbeit des BND vor allem auch gegen die DDR. Nicht wenige solcher Dokumente wurden dem MfS bekannt.

Weitere Abteilungen in der BND-Zentrale waren die:

Abteilung 4 – Verwaltung, dazu gehörten Haushalt, Personal, Schulung, Mobilmachung,

Abteilung 5 – Sicherheit und Abwehrlage. Dazu Sicherheitsüberprüfungen, personelle und technische Sicherheit und anderes.

Abteilung 6 – Zentrale Aufgaben. Dazu gehörten Datenverarbeitung, Dokumentation, Programmierung und anderes. Zur Letzteren gehörten auch die Zentralstelle für das Chiffrierwesen in Bonn/Bad Godesberg sowie die Bereiche für Nachrichtendienstliche Hilfsmittel und Agentenausrüstung, z. B. Geheimschreibmittel, Chiffrierunterlagen, Container usw.

Die Dienststellen des BND, vor allem die operativen Außenstellen, hatten in alter Tradition zur »Organisation Gehlen« die exotischsten Tarnungen.

Insider erzählten davon, daß unter Gehlen ein von ihm offensichtlich gewolltes strukturelles und organisatorisches Chaos geherrscht habe, was erst sein Nachfolger und ehemaliger Fremde Heere Ost-Kamerad, Gerhard Wessel, als Präsident grundsätzlich verändert habe.

Der BND hatte – auch in Fortsetzung der diesbezüglichen Traditionen des Vorgängers – im Laufe seiner Geschichte von 1956 bis 1990 einige gravierende Identitätskrisen: 1961, als feststand, daß ein Chef der Gegenspionage im BND, Heinz Felfe, jahrelang Kundschafter der Sowjetunion war. Krise auch unter BND-Präsident Klaus Kinkel, wo dem BND viele Pannen unterliefen und er erhebliche Verluste zu verzeichnen hatte, darunter die zur Chefsache stilisierte »Operation Roter Admiral«. So auch durch die MfS-Spionageabwehroperationen »Angriff« (1973-1978) gegen den Mißbrauch der Transitstrecken durch Militärspione, »Perspektive« (1980-1986) gegen die Wer-

461

beaktionen des BND zur Schaffung von Militärspionen unter DDR-Kraftfhrem, »Universum« (1984) gegen die Werbeversuche des BND bei Mitarbeitern des MfS und anderer Sicherheitsorgane der DDR, die insgesamt mit zahlreichen Festnahmen erkannter Spione verbunden waren.¹⁹

Und vor allem nach dem Anschluß der DDR an die BRD, als die Führung des BND zur Kenntnis nahm, daß wesentliche Positionen innerhalb ihres Dienstes in der Zentrale und rund um die operativen Außenstellen von Kundschaftern der HVA besetzt bzw. durch inoffizielle Kräfte, Mittel und Methoden der Spionageabwehr des MfS unter Kontrolle gehalten wurden.²⁰

Zum Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV)

und zu den Landesämtern für Verfassungsschutz (LfV)

Mit dem »Polizeibrief« der drei westlichen Militrgouverneure an den damaligen Präsidenten des westdeutschen Parlamentarischen Rates, Konrad Adenauer, und dem »Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes« vom 27. September 1950 sowie einer entsprechenden Anordnung der Bundesregierung wurde das Bundesamt für Verfassungsschutz geschaffen.²¹

Der spätere Bundesinnenminister Gerhard Schröder (CDU) soll sinngemäß geäußert haben, daß es doch eigentlich um die *Staatssicherheit* der Bundesrepublik gehe, weniger um den Verfassungsschutz. Da dieser Begriff aber spätestens seit dem 8. Februar 1950 mit der Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit in der DDR besetzt war, blieb es aus Reputationsgrnden beim »Verfassungsschutz«.

Neben dem BfV und den LfV gab es in der BRD noch andere Behörden, die sich mit Schutz-, Abwehr- und Repressionsaufgaben beschäftigten. Dazu gehörten das Bundeskriminalamt (BKA) und die Landeskriminalämter (LKA) mit ihren Bereichen Staatsschutz, Kriminaltechnik, Terrorismusbekämpfung, Sicherungsgruppe (Personenschutz). Ferner gehörten dazu das Zollkriminalamt (ZKA), die Grenzschutzgruppe 9 (GSG 9), die Kommissariate der »Politischen Polizei« und natürlich der Militärische Abschirmdienst (MAD), auf den im folgenden Abschnitt noch ausführlicher eingegangen wird. Sie arbeiteten auf der Grundlage von Vereinbarungen und Richtlinien relativ eng zusammen.

Das BfV unterstand dem Bundesministerium des Inneren und hinsichtlich der Koordinierung mit den anderen Geheimdiensten dem Bundeskanzleramt. Die Landesämter für Verfassungsschutz (LfV) unterstanden entweder als selbständige Behörde dem jeweiligen Landesinnenministerium (z. B. Hes-

462

sen und Bayern), oder sie waren ein Bereich des jeweiligen Innenministeriums.

Für die Koordinierung der Arbeit der LfV war das BfV verantwortlich.

In der gesetzlichen »Gründungsurkunde« des BfV war ihm und den LfV-Behörden die allgemein formulierte Aufgabe der »Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über Bestrebungen, die eine Aufhebung, Änderung oder Störung der verfassungsmäßigen Ordnung im Bund und in einem Land oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben.«

übertragen worden. Die konkreten Befugnisse wurden nicht definiert. Es wurde lediglich festgelegt, daß der Verfassungsschutz keine Polizeibefugnisse hatte.²²

Die föderalistische Struktur des Verfassungsschutzes wurde bei der Bildung begründet: »Weil man insbesondere extremistische, kommunistische wie nationalistische Sammlungsbewegungen und Parteien, die sich üblicherweise in Landesverbänden organisieren, auf diese Weise glaubt, unmittelbarer bekämpfen zu können«,

Es ist bezeichnend, daß erhebliche Kräfte und Mittel des BfV, der LfV und der anderen genannten »Schutz- und Sicherheitsorgane« der BRD vornehmlich auf die Kontrolle linker und oppositioneller Parteien und Organisationen wie der KPD, DKP, FDJ, der Friedens- und Ökologiebewegung und antifaschistischer Bündnisse gerichtet waren. Die Unterwanderung mit V-Leuten, die Anwendung der geheimen Ton- und Bildaufzeichnungen (»Wanzen«), der Post- und Telefonkontrolle (G 10-Gesetz), Datenerfassung in zentralen Dateien, wie im System »NADIS« (Nachrichtendienstliches Informationssystem) und der Einsatz von »verdeckten Ermittlern« des Staatsschutzes waren vor allem gegen »Linke« tagtägliche Praxis. (»V-Leute« durften nur das BfV/die LfV führen. »Verdeckte Ermittler« waren Polizeibeamte) Das besondere Interesse des Verfassungsschutzes galt vor allem auch den Kontakten solcher politischen Parteien, Organisationen und Gruppen sowie Einzelpersonen zur SED, zum FDGB, zur FDJ in der DDR im Rahmen der »gesamtdeutschen Arbeit«.

Mit den *Unkeler Richtlinien* von 1954 und besonders dem Verfassungsschutz-Änderungsgesetz vom 7. August 1972 wurde auch die Aufgabenstellung und die Zusammenarbeit zwischen BfV und LfV eindeutiger geregelt, darunter auch zur »Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über ... sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich dieses Gesetzes für eine fremde Macht«. Die Spionageabwehr und die anderen dem Verfassungsschutz über-

463

tragenen Aufgaben zum Schutz der »freiheitlich demokratischen Grundordnung« konnten danach »unter Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel« realisiert werden. Das Verfassungsschutzänderungsgesetz von 1972 beinhaltete auch Mitwirkungspflichten und Befugnisse des Verfassungsschutzes bei Sicherheitsüberprüfungen und der Gewährleistung des Geheimnisschutzes in der BRD.²³

Es ist aber bezeichnend, daß erst im Gesetz zur Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes vom 20. Dezember 1990 Arbeitsweise und Befugnisse von BfV/LfV ausführlicher definiert wurden.

Im § 8 des in Artikel 2 mit Anhang geregelten Bundesverfassungsschutzgesetzes heißt es dazu: »Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf Methoden, Gegenstände und Instrumente zur heimlichen Informationsbeschaffung, wie den Einsatz von Vertrauensleuten und Gewährspersonen, Observationen, Bild- und Tonaufzeichnungen, Tarnpapiere und Tarnkennzeichen anwenden.« Und im § 10 wurde dem BfV die Befugnis übertragen, »personenbezogene Daten in Dateien (zu) speichern, (zu) verändern und (zu) nutzen«.

»Spiegel«-Leser erfuhren im November 1993 eine Einschätzung zur Tätigkeit des BfV. »In einer quantitativen Betrachtungs- und Bearbeitungsweise der inneren Sicherheit war der Verfassungsschutzbereich seit den 70er Jahren

aufgebläht worden und konnte sich unter dem Eindruck von Extremistenbeschlüssen im Innern bzw. in- und ausländischem Terrorismus ständig weiter entfalten, ohne von einer Erfolgskontrolle abhängig zu sein. Beseelt von der Idee des präventiven Staatsschutzes, werden Terroristen und Extremisten, Atomkraftkritiker wie Frankfurter Startbahngegner, Volkszählungsboykotteure und Demonstranten, Gewerkschaftler und ausländische Botschaften, wie die des Iran, mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachtet – als hinge davon das Schicksal der Republik ab. Die Horcher, Späher und Lauscher sind nicht nur Parteien auf den Fersen, die sie für verfassungsfeindlich halten – potentielle Sicherheitsrisiken sind für sie auch Bürgerinitiativen und sogenannte Kampagnenbündnisse, wie jenes, das im vorigen Jahr gegen den Münchener Weltwirtschaftsgipfel organisiert wurde. Der bloße Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit reicht aus, um heimlich Telefone abzuhören, mit versteckten Videokameras zu filmen und zu fotografieren, Briefe und Telefaxe zu lesen, bezahlte Spitzel anzusetzen und Millionen von bisher höchst intimen Erkenntnissen in streng geheimen Computeranlagen zu speichern.«²⁴ Für die Gründergeneration des BfV/LfV war noch deutlicher als bei der »Organisation Gehlen« die Herkunft aus Gestapo, RSHA, SD und SS sowie aus dem faschistischen Justizapparat erkennbar. Eine »rühmliche Ausnahme« bildete

464

der erste Präsident des BfV, Dr. Otto John, ein Beteiligter der für das Hitlerattentat vom 20. Juli 1944 verantwortlichen Gruppe, dem nach Rückkehr aus britischem Exil exzellente Kontakte zu den dortigen Geheimdiensten bescheinigt wurden. Welche Motive den integren Antifaschisten John wirklich bewegt haben, im Juli 1954 von Westberlin zur sowjetischen KGB-Zentrale nach Berlin-Karlshorst zu kommen, dort umfassend zu informieren, auf einer internationalen Pressekonferenz in der DDR-Hauptstadt aufzutreten, um kurze Zeit später wieder gen Westen zu verschwinden, wird wohl nie ganz geklärt werden. Spekulationen dazu gibt es genug.

Johns Nachfolger im Amt (1955-1972) Hubert Schrübbers, war Nazi-Staatsanwalt, Albert Radke, Vizepräsident, kam aus der faschistischen Militärabwehr, Dr. Ernst Brückner, Vizepräsident, war ebenfalls Nazi-Staatsanwalt, Richard Gerken, BfV-Abteilungsleiter, hatte sich als SS-Hauptsturmführer im RSHA »verdient« gemacht, Dr. Wilhelm Ludwig, BfV-Abteilungsleiter, war SS-Sturmbannführer.

Leitende Mitarbeiter in verschiedenen LfV waren auch Kurt Lischka, SD und Gestapochef von Paris (dort in Abwesenheit verurteilt), Erich Wenger, SS-Hauptsturmführer, Alfred Wurbs, leitender Mitarbeiter der Gestapo, Adolf Buchta, SS-Obersturmführer, Walter Odewald, SS-Sturmbannführer ... (Diese und weitere 1.800 Biographien der sogenannten Elite des Dritten Reiches, die in der Bundesrepublik Karriere machten, fanden sich im 1968 in der DDR erschienenen »Braunbuch«, das aber mit Rücksicht auf die Entwicklung einer Entspannungspolitik nicht wieder aufgelegt wurde. Im Frühjahr 2002 brachte die edition ost einen Reprint.)

Das BfV unterhielt nach offiziellen Unterlagen und Aussagen ehemaliger BfV-Mitarbeiter zumindest bis zum Ende des MfS/AfNS neben der Abteilung Z, verantwortlich für Personalangelegenheiten, Haushalt, Organisation, Technik und Observation noch weitere sieben Fachabteilungen, die sich mit »Grundsatzfragen« und »Berichtswesen«, mit »NADIS« und »G 10-Maßnahmen« (Post- und Telefonkontrolle), »Linksterrorismus«, »Linksextremismus«, »Rechtsextremismus«, »extremistische Ausländer«, »Geheimnisschutz« und »Spionageabwehr« beschäftigten.

Operative, agentenführende Außendienststellen des BfV, vor allem zur Kontrolle vermuteter Mitarbeiter und Agenten »gegnerischer Dienste« in diplomatischen und sonstigen Vertretungen, befanden sich in Köln/Bonn (»Bundesnachrichtenstelle« BUNAST) und in Hamburg (»Küstennachrichtenstelle« KÜNAST).

Aus der Sicht des MfS, vor allem auch unter dem Aspekt des Schutzes der IM im Operationsgebiet, waren die Abteilung IV – Spionageabwehr –

465

und in der Abteilung I – Grundsatzfragen, Berichtswesen –, die Bereiche »NADIS« und »G 10-Maßnahmen« des BfV von besonderem operativen Interesse. Waren doch in dem 1970 gebildeten *Nachrichtendienstlichen Informationssystem* (NADIS), der elektronischen Datenverarbeitung des Verfassungsschutzes, die Personenzentraldatei (PZD) und das Zentrale Objektverzeichnis

(ZOV) vereinigt. Dort Einblicke zu haben oder von dort Ausdrücke zu bekommen, war für die Aufklärung und für fast alle Bereiche des MfS von grundsätzlicher Bedeutung, zumal auch der BND neben seinem eigenen Personenregister von etwa 6 Millionen Personen das ebenfalls mehrere Millionen Eintragungen umfassende System »NADIS« des BfV für seine Suche nach Werbekandidaten nutzen durfte. Analog verhielt es sich mit der Abteilung IV »Spionageabwehr« – mit ca. 400 Mitarbeitern die größte Fachabteilung im BfV. Sie war gegliedert in 4 Referatsgruppen mit insgesamt 18 Referaten. Die Referatsgruppe IV/A befaßte sich mit Grundsatzfragen, IV/B mit den Nachrichtendiensten der DDR, IV/C mit gegnerischen Nachrichtendiensten (außer der Sowjetunion und der DDR) und IV/D mit den sowjetischen Nachrichtendiensten sowie mit Funk. Das MfS hatte ab 1982 im Prinzip über alle Abwehraktionen der Referatsgruppe IV/B »Nachrichtendienste der DDR« Kenntnis und sich auch Zugriffsmöglichkeiten zum System »NADIS« verschafft. Im August 1985 trat zudem noch der Leiter der Referatsgruppe IV/B (Nachrichtendienste der DDR), Regierungskommissar Hansjoachim Tiedge, aus persönlichen Gründen in die DDR über und offenbarte sein Wissen über die Abwehrarbeit der Ämter für Verfassungsschutz in der BRD. Die Referatsgruppe IV/B bestand aus 4 Referaten:
 IV B1 – Politische Spionage der DDR
 IV B2 – Militärische, wissenschaftliche und wirtschaftliche Spionage der DDR
 IV B3 – Zuwanderer aus der DDR (diesem Ressort unterstanden auch die Außenstellen in den Notaufnahmелagern in Berlin (West) und Gießen)
 IV B4 – Besondere Fälle. Die Kräfte, Mittel und Methoden der Referatsgruppe IV/B der Spionageabwehr und der entsprechenden Fachreferate (sogenannte G-Referate) in den Landesämtern wurden auf die Enttarnung von Kundschaftern und IMB des MfS sowie der Verwaltung Aufklärung des Ministeriums für Nationale Verteidigung der DDR (MfNV), auf die Anschleusung geeigneter Agenten zur Schaffung von »Doppelagenten« (»Countertermen«), auf das Eindringen in die konspirativen Verbindungskanäle sowie auf die Aufklärung und auf Kontaktversuche zu Führungsoffizieren des MfS konzentriert.

466

Diesen Zielsetzungen dienten vor allem folgende Haupteinsatzrichtungen des BfV/der LfV:

Die Suchoperationen (auch Reisewegsuchmaßnahmen genannt). Das war der Versuch, durch gezielte Fahndungsmaßnahmen in den Verbindungswegen potenzieller Spione/Agenten »fremder Dienste« nach und von Westberlin wie Flugplätze, Bahnhöfe, Grenzübergangsstellen etc., deren Konspiration zu erkennen und in sie einzudringen. Darüber hinaus wurde versucht, über Dritt-Länder in die BRD oder Westberlin mit veränderter Identität einreisende IM des MfS zu erkennen. Dem diente ein aus den Erfahrungen des BfV zusammengestelltes Personenraster (Rasterfahndung).

Die Verdachtsfallbearbeitung.

Hierbei handelte es sich um die konkrete Bearbeitung von Ausgangsinformationen über eine mögliche Verbindung zu den Sicherheitsorganen der DDR. Dabei wurde die ganze Breite geheimdienstlicher Mittel und Methoden, vor allem die Anschleusung geeigneter Agenten, zum Einsatz gebracht. Das Ergebnis konnte sein, die Nichtbestätigung des Verdachts, die Festnahme und Einleitung eines Ermittlungsverfahrens (EV gemäß der StPO/BRD), die Über- oder Anwerbung oder die »öffentliche Auswertung« (auch »positiver Verfassungsschutz« genannt).

Die Gegenoperationen.

Im Durchschnitt wurden nach Angaben von Hansjoachim Tiedge etwa 30 bis 40 Gegenoperationen gleichzeitig geführt. Das waren gezielte operative Maßnahmen mit sogenannten »Countertermen« (CM), nach BfV-Lesart »lebende Verbindungen zum Gegner«. Der CM war aus Sicht des BfV ein vom MfS angeworbener IM, der aber vom BfV/LfV überwoben und für den Verfassungsschutz der BRD tätig war und seine Tätigkeit für das MfS vortäuschte. Solche »Doppelagenten« (CM) wurden vom BfV geschaffen unter »Selbststellern« bzw. »Überläufern«, aber auch unter Druck nach einer erfolgreichen Identifizierung.²⁵

Nicht wenige der inoffiziell für das MfS tätigen Personen, die vom BfV

überworfen wurden, offenbarten sich danach gegenüber dem MfS. Das BfV verfolgte mit Gegenoperationen vor allem das Ziel, die Auftragsstruktur, die Zielrichtungen und die nachrichtendienstliche Infrastruktur des MfS kennenzulernen, das MfS zum Einsatz zusätzlicher Kräfte und Mittel zu provozieren (Kuriere, Instruktoren, TBK, Funk und anderes)

467

oder Voraussetzungen für eine Kontaktaufnahme oder Werbung des MfSFührungsoffiziers zu schaffen. Im letzten Fall hätte allerdings dieser Vorgang zumindest weisungsgemäß an die Abteilung 1 des BND (Gegenspionage) übergeben werden müssen.

Das MfS wurde auch mit intensiven Gegenoperationen anderer Abteilungen des BfV konfrontiert. Ziel war hier das Eindringen in die »gesamtdeutsche Arbeit« der SED, des FDGB, der FDJ und anderer Organisationen. Solche Angriffsziele sowie CM, Agenten, Verbindungswege und anderes konnten vielfach rechtzeitig erkannt und damit unwirksam gemacht werden. Dieser Abwehrbereich erforderte einen besonders sensiblen Umgang mit den dabei gewonnenen Informationen und Erkenntnissen. Das BfV und die LfV versuchten darüber hinaus in zunehmendem Maße – wie übrigens auch der BND – durch gezielte Gegenoperationen in das MfS einzudringen und die konkrete Arbeitsweise des MfS aufzuklären. Durch die Qualifizierung der Abwehrarbeit gegen das BfV und das Westberliner LfV – an der vor allem die Abt. II der Bezirksverwaltung Berlin aktiv mitwirkte – waren diese Pläne aber weitgehend unwirksam. Alles in allem war die Kenntnis der Mittel und Methoden der Tätigkeit des BfV/der LfV gegen das MfS von großer Bedeutung. Sie gaben Aufschlüsse über die Gefährdung von Kundschaftern und IM »vor Ort«, sie dienten ihrer besseren Instruierung, um gezielte Kontrollen und Fahndungsraster zu umgehen oder zu unterlaufen, sie vermittelten Hinweise, wer als »Doppelagent« des BfV oder der LfV gegen das MfS arbeitete oder in dieser Richtung angesetzt wurde u. a. m.

Auf das umfangreiche System von Spitzeln, Abhöraktionen, Observationen, Versuchen der Zersetzung, Telefon- und Postüberwachungen, Provokationen, Berufsverboten, Erpressungen, Gewaltanwendungen und anderes, das vor allem durch die Bereiche der Abteilungen III und VII – Beobachtung des Linksterrorismus und Linksextremismus – im BfV und den LfV gegen linke Parteien, Bewegungen, Organisationen usw. unterhalten wurde, soll hier nicht näher eingegangen werden. Auf diesem Gebiet gab es ein breites Bündnis gegen Links innerhalb des BfV und der LfV aber auch mit dem Bundeskriminalamt (BKA), den Landeskriminalämtern (LKA) und den Kommissariaten der politischen Polizei in den Kreisen. Am Ende der Tätigkeit des MfS waren nach offiziellen Angaben im BfV in Köln 2.360 Mitarbeiter tätig.

468

Zum Militärischen Abschirmdienst (MAD)

Im Mai 1950 installierte Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) mit dem ehemaligen General der faschistischen Panzertruppe, Gerhard Graf von Schwerin, einen »Berater für Sicherheitsfragen«, der einer »Zentrale für Heimatdienst« vorstand, beides Tarnbezeichnungen unter Regie des Bundeskanzleramtes. Innerhalb dieser »Zentrale« war bereits eine Gruppe von Mitarbeitern aus dem OKW-Amt Ausland/Abwehr, also dem ehemaligen faschistischen Geheimdienst der Wehrmacht, tätig, die sich mit der Vorbereitung eines dritten Geheimdienstes der BRD beschäftigte. Ende 1950 wurde aus dieser »Zentrale« das »Amt Blank« unter Leitung des CDUPolitikers Theodor Blank, der Adenauers Beauftragter für Truppenfragen mit den Westalliierten, speziell mit den USA, war.

Innerhalb dieses Amtes Blank bildete sich eine Sicherungsgruppe, die bereits in starkem Maße geheimdienstlich aktiv wurde und unter Leitung von Major a. D. Joachim Oster, ehemaliger Mitarbeiter im OKW Amt Ausland/Abwehr, stand. Im Mai 1955 wurde die BRD in die NATO aufgenommen, im Juni 1955 aus dem »Amt Blank« das Bundesverteidigungsministerium und im November die Bundeswehr offiziell ins Leben gerufen.

Gehlens ehemaliger Stellvertreter in der Abteilung Fremde Heere Ost, Gerhard Wessel, wurde erster Chef des *Militärischen Abschirmdienstes* (MAD). Die Gründergeneration des MAD kam ausschließlich aus der

hinlänglich bekannten »Organisation Gehlen«.

Die Zentrale des MAD befand sich in Köln, in Nachbarschaft zum BfV, und man nannte den MAD auch den Verfassungsschutz der Bundeswehr – offiziell aber *Amt für Sicherheit der Bundeswehr* (ASBw).

Bezeichnenderweise hatte auch der MAD, wie schon der BND, bis zum bereits zitierten »Datenschutzgesetz« vom 20.12.1990 keine gesetzliche Grundlage für seine Tätigkeit und Aufgabenstellungen. Sie wurden bis dahin durch Erlasse des Bundesverteidigungsministeriums geregelt.

Mit dem Organisationsbefehl 3/1984 wurden Struktur und Aufgaben des MAD neu geregelt. Die Zentrale des MAD nannte sich nunmehr »Amt für den Militärischen Abschirmdienst« (MAD-Amt), mit Sitz in Köln.

Das MAD-Amt gliederte sich in 5 Abteilungen.

Dazu gehörte die Abteilung III – »Spionageabwehr, Abwehr gegnerischer Dienste«. Sie entsprach der Abteilung IV im BfV mit Gegenoperationen, Fallbearbeitung, Observationen, Funk-, Telefon-, Postkontrolle, Agenteneinsatz, Lauschoperationen usw. Verständlicherweise war das Interesse des MfS vorrangig auf diese Abteilung gerichtet. Wie zwi-

469

schenzeitlich offiziell bekannt, verfügte die HA II seit 1969 über einen sehr erfolgreichen Kundschafter im MAD, der zuletzt als stellvertretender Leiter und Chef des Stabes des ASBw/MAD-Amtes tätig war, 1985 pensioniert wurde und kurze Zeit später verstarb. In diesen 16 Jahren wurden zahlreiche Gegenoperationen und die dabei beteiligten Doppelagenten, weitere V-Leute und Informationen zu den Partnerbeziehungen bekannt, womit die Wirksamkeit des MAD erheblich eingeschränkt werden konnte.

Es bestand ein relativ kompletter Überblick, wer ehrlich mit dem MfS bzw. dem MfNV zusammenarbeitete bzw. wer als »Doppelagent« tätig war. Es wurden Mitarbeiter des MAD sowie Mittel und Methoden bekannt und nutzbar gemacht. Es konnte aber auch festgestellt werden, daß der MAD selbst keine aktiven Spionagehandlungen gegen die DDR durchführte, abgesehen von den Gegenoperationen mit »DDR-Agenten«.

Über die genannte Führungsposition der HA II konnten auch zahlreiche Informationen für die Aufklärung der Kriegsvorbereitung gegen den Warschauer Vertrag gewonnen werden, so. z. B. über die Dislozierung der USA-Raketenstellungen in ganz Westeuropa.

Der MAD hatte am Ende der Tätigkeit des MfS nach offiziellen Mitteilungen ca. 2.100 Mitarbeiter, davon etwa 500 in der Zentrale. Der MAD kooperierte eng mit dem BND und dem BfV und war dabei durchaus effektiv.

Fahndungen in den Reiseverbindungswegen erfolgten z. T. gemeinsam.

Alle drei Dienste nutzten das Nachrichtendienstliche Informationssystem

(NADIS). Unbeschadet dessen passierten im MAD sowohl in der Zentrale als auch in regionalen Stellen zahlreiche Pannen. 1985 beispielsweise ging im MAD-Amt eine anonyme Postsendung mit rund 100

Seiten Computerausdrucken mit den Klarnamen aller Mitarbeiter, den persönlichen Daten, Gehaltsstufen, Dienstorten, letzten Verwendungen, Beförderungsperspektiven etc. ein. Die Sendung löste eine hektische Fahndung

nach dem Absender aus. Sie blieb unseres Wissens erfolglos.

Zum System der dem Bundesverteidigungsministerium unterstehenden Geheimdienstbereiche gehörte auch das *Amt für Nachrichtenwesen der Bundeswehr* (ANBw). Das ANBw war seinem Wesen nach der militärische Aufklärungsdienst der BRD. Es hatte aus der Verdichtung der Informationen besonders aus der Fernmelde- und elektronischen Aufklärung

der Bundeswehr ein umfassendes und aktuelles militärisches Gesamtlagebild zu erarbeiten. Da aber damit zunehmend in Bearbeitungsfelder und

Aufgabenbereiche des BND »hineingearbeitet« wurde, entstand ein widerspruchsvolles Kooperations-Konkurrenz-Verhältnis zwischen BND und ANBw, was selbstverständlich vom MfS registriert wurde.

470

Die Bundeswehr unterhielt zahlreiche stationäre Anlagen und mobile Peilbasen entlang der Grenze zur DDR und CSSR. Einige Stationen wurden gemeinsam mit den Diensten der USA und Großbritanniens genutzt.

Das ANBw hatte keine Befugnisse, selbst mit Quellen/Spionen im »Feindesland« zu arbeiten, womit es für die Spionageabwehr des MfS nur indirekt eine Rolle spielte, für die Aufklärung aber bedeutungsvoll war. Wesentliche Erkenntnisse zur Dislozierung, zum Mitarbeiterbestand und zur Arbeitsweise

konnten von der Funkaufklärung des MfS (HA III) erarbeitet werden.

Das Militärattachéwesen

Es diente nicht selten zur Abdeckung von Residenturmitarbeitern des BND in den Auslandsvertretungen. Militärattachés unterhielt die BRD in 70 Staaten, wo sie in der Regel aktiv aufklärungsmäßig tätig waren und dazu vom BND nachrichtendienstlich geschult wurden.

Zu den Geheimdiensten Großbritanniens

Großbritannien unterhielt nach offiziellen Informationen im wesentlichen vier Geheimdienste, die auch für das MfS relevant waren:

Den *Secret Intelligence Service* (SIS), früher als MI 6 bekannt, der

»Geheime Nachrichten-Dienst«, die zentrale britische Aufklärung.

Den *Defence Intelligence Staff* (DIS), den Militärischen Aufklärungs- und Abwehrdienst, den *Government Communication Headquarters*

(GCHQ), den zentralen Fernmeldeaufklärungsdienst, sowie den *Security Service* (SS), früher auch MI 5 genannt, den Sicherheitsdienst und die Spionageabwehr.

Den britischen Geheimdiensten wird im allgemeinen Tradition, Sachkenntnis,

Solidität und starke Zurückhaltung gegenüber der Öffentlichkeit

attestiert. Das ist aus der Sicht der Abwehr und der Aufklärung des MfS

insofern zu bestätigen, als zu den britischen Geheimdiensten relativ wenig

durchgängig aktuelle Erkenntnisse, besonders zur agenturischen Arbeit

gegen die DDR, gewonnen wurden. Die Abwehr des MfS war in bezug auf

die Spionageaktivitäten der britischen Geheimdienste insbesondere in folgenden

Richtungen konfrontiert:

Die zentrale Aufklärung – SIS

Kontaktaufnahmen und Werbungen von DDR-Bürgern erfolgten nur in

Einzelfällen, und dann vor allem gegenüber Reise- oder Auslandskadern

im nichtsozialistischen Ausland.

471

Angriffsziele des SIS waren vor allem Bereiche der Wissenschaft, der

Forschung, des Außenhandels und der Außenpolitik der DDR.

Mit der Einrichtung einer britischen Botschaft in der DDR 1973 existierte

dort auch eine SIS-Residentur, die im Rahmen der Kontakttätigkeit und

Informationsabschöpfung wirksam wurde. Konkrete Geheimdienstoperationen

im Zusammenhang mit DDR-Bürgern oder hier vorhandenen Spionen

wurden aber nicht bekannt. Durch Informationen befreundeter Sicherheitsorgane

an das MfS wurden Werbeaktivitäten der an der britischen Botschaft

etablierten SIS-Mitarbeiter gegenüber Bürgern aus anderen sozialistischen

Staaten bekannt, die sich kurzzeitig in der DDR aufhielten sowie gegenüber

offiziellen Persönlichkeiten aus Nationalstaaten in der DDR.

Der militärische Aufklärungs- und Abwehrdienst – DIS

Operative Dienststellen der britischen Militäraufklärung in der Bundesrepublik

Deutschland befanden sich in Mönchen-Gladbach, Hannover, Westberlin

und bei den Stäben der jeweiligen Truppenteile in der britischen Besatzungszone.

Anfang der 50er Jahre bis zu den Grenzsicherungsmaßnahmen

am 13. August 1961 hatte auch der DIS – vor allem in Westberlin – eine

größere Anzahl Militärspione gewonnen, die zur systematischen Aufklärung

militärischer Objekte, Anlagen und Verkehrswege auf dem Territorium

der DDR eingesetzt wurden. Dem MfS gelang es damals beispielsweise,

eine größere Gruppe britischer Militärspione zu identifizieren und festzunehmen.

Ein ehemaliger Fluglehrer der faschistischen NSFK-Schule (NSFK Nationalsozialistisches

Fliegerkorps) in Laucha/Thüringen, hatte alle ihm

noch bekannten Flugschüler dem Geheimdienst in Westberlin zugeführt.

Nach ihrer Anwerbung wurden sie vor allem in den oben genannten Richtungen

eingesetzt. Nach dem 13. August 1961 wurden diese Spione – in

der Regel jetzt ohne Verbindungsmöglichkeiten zur Geheimdienstzentrale

– nicht reaktiviert oder »abgeschaltet«. Werbungen neuer Militärspione durch

den DIS wurden seit dieser Zeit nicht bekannt.

Die in Potsdam bzw. in Westberlin stationierten Angehörigen der britischen

Militärverbindungsmission (MVM) bzw. der Militärinspektion (MI)

führten auf dem Territorium der DDR bis 1990 »Kontrollfahrten« durch,

die offenbar mit den beiden anderen Westmächten, vor allem mit den USA,

abgestimmt waren.

Die Zentrale Fernmeldeaufklärung – GCHQ

Die britische Fernmeldeaufklärung spielte schon traditionell immer eine

bedeutende Vorreiterrolle in der elektronischen Spionage. Auch im Hin-

blick auf die DDR wurden zahlreiche »Horchposten« entlang der Staatsgrenze zur DDR (Niedersachsen/Harz) und auf Schiffen auf der Ostsee bekannt. Von besonderer Bedeutung war aber wohl die gemeinsam mit dem USA-Geheimdienst NSA betriebene Spionagestation auf dem Westberliner Teufelsberg, auf deren Tätigkeit bereits eingegangen wurde.

Wie durch Veröffentlichungen mittlerweile hinreichend bekannt, hatte die 1. Hauptverwaltung (Aufklärung) des Komitees für Staatssicherheit der UdSSR einige wichtige Quellen vor allem in der britischen Aufklärung (MI 6 – später SIS) geschaffen, darunter die legendären Kundschafter George Blake und Kim Philby.

Eine der brilliantesten Abwehr- und Desinformationsaktionen war in diesem Zusammenhang die »Entdeckung« des Spionagetunnels in Alt-Gliencke im Süden Berlins. Der Mitautor des vorliegenden Bandes, Prof. Willi Opitz, beschreibt diese Aktion: »1945 hatten die sowjetischen Truppen das faschistische Hauptquartier in Wünsdorf sowie die Objekte im Raum des Flughafens Schönefeld besetzt. Ihre Kommandozentralen waren durch eine geheime Haupttelefon- und Telegrafeneleitung mit der sowjetischen Kommandantur in Berlin-Karlshorst und der sowjetischen Botschaft in Berlin, Unter den Linden, verbunden. Sämtliche Telefongespräche dieser Objekte untereinander und mit der Zentrale in Moskau wurden über diese Kabel geführt.

Unter dem Code »Operation Gold« begannen Spezialisten des amerikanischen und britischen Geheimdienstes an der Schönefelder Chaussee, nur wenige Meter vom Berliner Stadtteil Rudow entfernt, einen Spionagetunnel zu bauen. Er war auf einer Länge von 583 Meter vorgesehen und unterquerte etwa 6 Meter die Erdoberfläche der Staatsgrenze der DDR. Die Metallröhre, die den Stollen armierte, hatte einen Durchmesser von 2 Metern.

Um den Erdauswurf zu tarnen, begannen die Amis mit dem Bau einer Radarstation unmittelbar an der Staatsgrenze. In den großen Lagerhallen der Station wurden die Stahlsegmente montiert und die Erdmassen in Säcken gelagert. Der 18 Monate betriebene Bau des Spionagetunnels wurde vom amerikanischen Geheimdienst CIA finanziert. Er zählt zu den aufwendigsten Bauten, die damals zur Führung des Kalten Krieges errichtet wurden.

Am 10. April 1955 wurden die Haupttelefonleitungen und Telegrafenhauptleitungen mit hunderten Adern angezapft. Die amerikanische CIA und der englische SIS konnten nicht ahnen, daß der sowjetische Geheimdienst KGB bereits seit Ende 1953 laufend und im Detail über die Planung und den Bau des Spionagetunnels informiert wurde. Dafür sorgte der sowjetische Kundschafter Georg Blake, der im SIS als stellvertretender Leiter der

473

Abteilung für technische Operationen tätig war. Die Frage, warum der sowjetische Geheimdienst die Existenz des Spionagetunnels fast 1 Jahre duldete, beantwortete der SIS-Experte Ley wie folgt: »Solange die alliierten Geheimdienste mit großem Engagement am Berliner Tunnel tätig waren, konnten sie nicht anderswo eingesetzt werden.« Der KGB hatte Zeit, sich auf eine zielgerichtete Desinformation der Amis und der Engländer vorzubereiten. Er brachte die alliierten Geheimdienste unter seine Kontrolle. Als in den Hauptquartieren von CIA und SIS große Feiern zu Ehren der beförderten Geheimdienstspezialisten stattfanden, legte man in Moskau den Termin für Tunnelbesichtigungen auf den 22. April 1956 fest.«²⁶

Zu den Geheimdiensten Frankreichs

Die französischen Geheimdienste waren – wie die der anderen Besatzungsmächte – in ihrer Besatzungszone in Deutschland (Saarland, Baden Württemberg und Rheinland-Pfalz) sowie in ihrem Sektor in Berlin, in Reinickendorf, tätig. Der Sitz der Zentralen befand sich in Baden-Baden (Baden-Oos) und im Quartier »Napoleon« in Westberlin.

Die Zusammenarbeit der französischen Dienste mit denen der anderen Westmächte war widerspruchsvoll. Vor allem zu den Geheimdiensten der USA entwickelten sich zunehmend Konflikte, die zu Geheimdienstoperationen gegeneinander führten.

Zu den aus der Sicht des MfS wichtigsten Geheimdiensten Frankreichs zählten: die *Direction General de la Securite Exterieur* (DGSE), der Auslandsnachrichtendienst. Bis 1981 war die französische Auslandsaufklärung/ Gegenspionage bekannt als *Service de Documentation Exterieur*

et de Contre-Espionage (SDECE). Es gab ferner die *Direction du Renseignement Militaire* (DRM), der Militärische Nachrichtendienst, und die *Direction de la Surveillance du Territoire* (DST), den zentralen Abwehrdienst als Bestandteil des französischen Innenministeriums
Zum Auslandsnachrichtendienst (DGSE)

Nachdem einzelne Verbindungen von IMB des MfS zum DGSE (damals noch SDECE) nach dem 13. August 1961 unterbrochen waren, vergingen fast 25 Jahre, bis der französische Auslandsnachrichtendienst einzelne Werbeoperationen gegenüber DDR-Reisekadern, die sich zeitweilig in Frankreich aufhielten, durchführte. Die Auftragserteilung entsprach dem aktuellen Informationsinteresse Frankreichs entsprechend der politischen Lageentwicklung, so u. a.: die Beziehungen der beiden deutschen Staaten

474

zueinander sowie zur Sowjetunion und den USA; die Entwicklung der Lage in der DDR; die Situation innerhalb des RGW und anderes.

Die Aktivitäten der Mitarbeiter dieses Geheimdienstes in der seit 1973 in der DDR eingerichteten Botschaft Frankreichs bewegten sich im Rahmen der Informationsgewinnung durch Abschöpf- und Einflußkontakte.

Dabei wurden auch die Möglichkeiten des Kulturzentrums Frankreichs in der DDR-Hauptstadt genutzt.

Zum Militärischen Nachrichtendienst (DRM)

Die DRM war dem MfS – im Prinzip bis zum Ende der Tätigkeit des MfS/AfNS – als *Deuxieme Bureau* (als »2. Büro«) des französischen Verteidigungsministeriums bekannt. Es war das zentrale Aufklärungs- und Abwehrorgan der französischen Streitkräfte.

Das »2. Büro« arbeitete mit geworbenen Spionen und Agenten zusammen, wurde aber offenbar zunehmend mit eigenständigen Projekten im Rahmen der Fernmelde- und Satellitenaufklärung tätig.

Das MfS wurde vor dem 13. August 1961 mit einer größeren Anzahl von Militärspionen konfrontiert, die allesamt in Westberlin, z. T. durch deutsche Agenten des »2. Büros«, geworben worden waren. Die Auftragsstruktur dieser Spione entsprach der anderer westlicher Geheimdienste in dieser Zeit. Im Beitrag zur gegnerischen Militärspionage und zur Außensicherung militärischer Objekte durch das MfS wird darauf ausführlicher eingegangen. Hier nur soviel:

Dem MfS war es gelungen in größerem Umfang in die Verbindungswege französischer Militärspione in der DDR einzudringen und durch gezielte Fahndungsmaßnahmen (nachrichtendienstliche Funkverbindung, Postverbindung, Kurierverbindung) einen erheblichen Teil auszuschalten. Die letzten Operativen Vorgänge wurden bis Ende der 60er Jahre mit Festnahmen abgeschlossen. Seit dieser Zeit wurden dem MfS keine französischen Militärspione bekannt.

Wie die anderen Westmächte betrieben auch die Militärverbindungsmission (MVM) und die Militärinspektion (MI) Frankreichs regelmäßig »Kontrollfahrten« durch die DDR, mit den bereits beschriebenen Zielsetzungen. Stützpunkte der Fernmelde- und elektronischen Aufklärung des »2.

Büros«/DRM befanden sich nach Kenntnis des MfS in Landau/Pfalz, im Westharz an der Grenze zur DDR, in der Nähe von Furth im Wald/Bayern an der Grenze zur CSSR und in Westberlin auf dem Gelände des Flugplatzes Tegel (französischer Sektor) mit eindeutiger Ausrichtung auf die DDR. Dieser Fern-

475

meldeaufklärungsstützpunkt wurde – wie bereits erwähnt – auch vom BND (bei bewußtem Unterlaufen des besonderen Status von Berlin) genutzt.

Der französische Militärgeheimdienst war auch verantwortlich für die Auswertung der Satelliten-Aufklärung, die vom »Weltraumbahnhof« Kourau/Guyana gestartet wurde, an der übrigens auch der BND beteiligt war.

Zu den Hauptrichtungen und -methoden der Spionage westlicher Geheimdienste gegen die DDR

Die Hauptakteure in der weltweiten Systemauseinandersetzung waren und blieben die USA und die Sowjetunion. Der aktuelle Stand ihrer bilateralen Beziehungen bestimmte unmittelbar und in der Regel sofort die politische und militärische Gesamtsituation in der Welt. Die Geheimdienste beider »Supermächte« verfolgten gegenseitig mißtrauisch und argwöhnisch die Entwicklung beim jeweiligen Kontrahenten und dessen Partnern.

Die beiden deutschen Staaten, einschließlich Westberlin, waren für die

Geheimdienste der Hauptmächte nur ein Kampfabschnitt in diesem Kalten Krieg, wenn auch aus vielen Gründen, wie bereits dargestellt, ein außerordentlich bedeutsamer. Für beide Seiten boten der »Standort Deutschland« und die »Frontstadt Berlin« zahlreiche geheimdienstliche Möglichkeiten, schufen aber auch viele Probleme. Der über 40jährige Kampf des MfS, darunter vor allem auch der Spionageabwehr und der Aufklärung, gegen die subversiven Angriffe westlicher Geheimdienste bekam dadurch vor allem auch eine internationale Dimension.

Die Beschaffung besonders wichtiger Informationen aus den Führungsetagen der NATO, der Regierung der BRD und der Geheimdienste (Aufklärung) war für die Lageeinschätzung des gesamten Bündnisses im Warschauer Vertrag von außerordentlicher Bedeutung. Gleichzeitig gewann der Schutz und die Sicherung bedeutsamer, möglicherweise sogar kriegsentscheidender Informationen vor einer gegnerischen Ausspähung sowie das Erkennen bedeutender Spionagequellen des Gegners (Abwehr) gleichsam einen hohen sicherheitspolitischen Stellenwert.

Die Hauptgegner waren und blieben bis zum Ende des MfS/AfNS der BND sowie die Geheimdienste der USA. Deren Hauptziele bestanden in der umfassenden Spionage gegen die DDR und ihre Partner im Warschauer Vertrag und im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Das war verbunden mit einem Komplex von Aktivitäten zur systematischen Destabilisierung der DDR (wirtschaftliche Störtätigkeit, Abwerbung von Fachkräften, psychologischer Krieg, Verunsicherung der Bevölkerung u. a.).

476

Die konkreten Bedingungen und Möglichkeiten in den beiden deutschen Staaten und vor allem in Westberlin wurden für die Spionage gegen die DDR und auch gegen andere sozialistische Länder von diesen Geheimdiensten konsequent genutzt.

Das MfS hatte sich von vornherein auf einen gefährlichen Gegner einzustellen, der erhebliche nachrichtendienstliche Potenzen in den subversiven Kampf gegen die DDR investierte. Die Analyse der Geheimdienstoperationen gegen die DDR ließ im wesentlichen folgende *Hauptrichtungen* erkennen:

1. Die Schaffung von Spionagequellen in ausgewählten, besonders sensiblen Bereichen der Politik, der Volkswirtschaft und des Militärwesens in der DDR mit hohen Anforderungen an den Geheimnisschutz. Dazu zählten vor allem: der zentrale und bezirkliche Apparat der SED; die Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR (NVA, DVP, Zoll und MfS) und deren zentrale Führungsstellen und Verwaltungen; das Außenministerium der DDR, seine Folgeeinrichtungen und Auslandsvertretungen (außenpolitische Strategien der DDR und des Warschauer Vertrages; Beziehungen der DDR zur UdSSR, zur BRD, u. a.), wirtschaftsleitende Organe der DDR (Plankommission, Außenhandel, Einrichtungen der Wissenschaft, Technik und Forschung, Verkehrswesen, Verteidigungsindustrie u. a.)

Das MfS hatte zahlreiche Spione der Geheimdienste, die in derartigen sensiblen Bereichen tätig waren oder Zugang zu entsprechenden Informationen hatten, durch gezielte Fahndungsmaßnahmen vor allem im Verbindungssystem zwischen Geheimdiensten und Spionen identifiziert, bearbeitet und nach gründlicher Beweisführung durch die Untersuchungsorgane des MfS (HA IX im MfS/Abt. IX der BV) den Justizorganen der DDR überstellt. Bei entsprechenden Voraussetzungen wurden in einzelnen Fällen auch Überwerbungen vorgenommen oder durch gezielte »Blickfeldmaßnahmen« IMB mit »Feindverbindung« geschaffen.

2. Die komplexe, möglichst flächendeckende und aktuelle Spionage gegen militärische Bereiche in der DDR (Objekte, Anlagen, Bewegungen, Manöver u. a.), vor allem gegen die hier stationierten Kontingente der GSSD. Etwa 80 Prozent aller vom MfS identifizierten Spione waren »klassische Militärspione«.

3. Die Beschaffung von Informationen aus allen gesellschaftlichen Bereichen der DDR, die überwiegend keine Staatsgeheimnisse darstellten, aber im Ergebnis der Analyse und daraus abgeleiteter Einwirkungsmaßnahmen zur vom Gegner angestrebten Destabilisierung und letztlich Besei-

477

tigung der DDR mit beitragen konnten. Dazu gehörten aktuelle Informationen zur Lage in der Volkswirtschaft und bei der Versorgung der Bevölkerung

(Engpässe, Lücken, Abhängigkeiten, Schwachstellen), zur Stimmungslage, besonders bei aktuellen Anlässen (vor SED-Parteitag), zum Vertrauensverhältnis zwischen SED-Führung, den Mitgliedern und den Bürgern, zur Demokratie-, Rechts- und Medienpolitik, zur Preis- und Rentenpolitik, zu den Reisemöglichkeiten ins westliche Ausland, zur Vergabe von Wohnungen und Telefonen u. a. Hierbei handelte es sich um eine Haupttrichtung der Spionage – vorrangig der BRD-Geheimdienste – in die alle Spione einbezogen waren, unabhängig von der konkreten Auftragserteilung. Diese Informationen wurden von den Geheimdiensten, oder über diese von anderen Zentren, Einrichtungen und Kräften für die Organisation weiterer subversiver Handlungen gegen die DDR genutzt, so für gezielte Embargomaßnahmen, Lieferterminverzögerungen und andere Formen der Störung und Schädigung der Volkswirtschaft der DDR, für Einflußnahmen auf die Stimmungslage der Bevölkerung vor allem über Fernsehen und Rundfunk, bis hin zu Aufrufen oder Vorgaben von Verhaltensmustern zum Verlassen der DDR bzw. zu anderen Verhaltensweisen gegen die Staats- und Rechtsordnung in der DDR und die Politik der SED.

Die Geheimdienste realisierten ihre Zielsetzungen unter Nutzung vor allem folgender *Hauptmethoden*:

a) Die Werbung und der Einsatz von Spionen und Agenten. Die Suche, Auswahl, Kontaktaufnahme und Werbung von Spionen und Agenten (als Kurier, Werber, Instruktoren, Funker u. a.) war und blieb eine Hauptmethode der Spionage gegen die DDR. Das galt vor allem für die Schaffung von Spionen in besonders spionagegefährdeten Objekten, Einrichtungen und Bereichen – so genannte »Innenquellen«. Die Tendenz, in hochsensible politische und staatliche Objekte und Einrichtungen spionageorientiert einzudringen, nahm in den 80er Jahren zu. Dagegen nahm auf dem Gebiet der Militärspionage der quantitativ hohe Anteil der Spione zur Außenaufklärung und -beobachtung militärischer Objekte, Anlagen und Bewegungen tendenziell ab.

Das lag einerseits am enormen Ausbau der mit technischen Mitteln betriebenen Spionage und andererseits an den nach dem 13. August 1961 wesentlich eingeschränkten Möglichkeiten für eine massenhafte Werbung von Spionen, wie vor dem in Westberlin praktiziert.

b) Das Befragungswesen in der BRD und Westberlin. Dahinter verbarg sich ein umfassendes System von Dienststellen zur Befragung/Verneh-

478

mung und Filtrierung von »Republikflüchtigen« aus der DDR unter geheimdienstlichen Gesichtspunkten. Dadurch wurden in einem erheblichen Umfang Informationen über die DDR gewonnen und maßgebliche Voraussetzungen für die Suche und schließlich auch Werbung »neuer« Spione gegen die DDR geschaffen.

c) Der Einsatz von technischen Aufklärungs- und Beobachtungssystemen. Wie bereits beschrieben, vor allem durch die elektronische und Fernmeldeaufklärung von stationären und mobilen Stationen entlang der Staatsgrenze zur DDR und von Westberlin aus, in Flugzeugen, Schiffen, Unterseebooten und Satelliten. Die Entwicklung und der Einsatz solcher Aufklärungssysteme vollzog sich in einem rasanten Tempo. Ein Ende dieser Entwicklung ist – wie die aktuellen Beispiele hinreichend beweisen – nicht in Sicht.

d) Der Mißbrauch gewählter Arbeitsmöglichkeiten für Diplomaten, Korrespondenten, Firmenvertreter u. a. in der DDR und die Nutzung ihrer Missionen, Büros und Niederlassungen als »legale Basen« zur Organisation der Spionage, anderer subversiver bzw. allgemeinkrimineller Aktivitäten. Im Rahmen der Schaffung und Unterhaltung von Abschöpf- und Einflußkontakten zu geheimdienstlich interessierenden Personen in der DDR wurden in beträchtlichem Umfang Informationen gewonnen (abgeschöpft), wurde häufig gleichzeitig auf das Denken und Handeln derartig »bearbeiteter« Personen (Abschöpfquellen) im Sinne der »westlichen Lebens- und Wertevorstellungen« eingewirkt.

e) Die Nutzung des Status der bei den sowjetischen Militärbehörden in der DDR akkreditierten westlichen Militärverbindungsmissionen (MVM) und Militärinspektionen (MI) zur umfassenden, offensichtlich aufeinander abgestimmten Aufklärung und Beobachtung vor allem militärischer Objekte, Anlagen und Bewegungen, aber auch zunehmend anderer politisch

und staatlich bedeutsamer Einrichtungen und Abläufe in bestimmten Territorien.

f) Die umfassende Nutzung von »offenen Quellen«. Dazu gehörte vor allem die systematische Auswertung aller Fernseh- und Rundfunksendungen, der Tageszeitungen und Periodika, von Sachbüchern, offiziellen Statistiken bzw. sonstigen Publikationen aus bzw. über die DDR unter nachrichtendienstlichen Aspekten. Nicht selten erhielten Spione und Agenten den Auftrag, in Bibliotheken, Archiven, Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen, Instituten u.a. gezielte Recherchen zu konkret vorgegebenen Themen und geheimdienstlichen Interessenlagen durchzuführen. In diesen Komplex müssen auch viele der umfangreichen Aktivitäten der ca. 250 in

479

der BRD und in Westberlin etablierten Einrichtungen der »Ost- und DDRForschung« eingeordnet werden.

g) Die Gewinnung von nachrichtendienstlich verwertbaren Informationen durch die Überwachung des wechselseitigen Post- und Telefonverkehrs zwischen der DDR, der BRD und Westberlin sowie des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs. Dabei ging es vor allem auch um die Feststellung und Analyse der »Ost-West-Kontakte« entsprechend der jeweiligen geheimdienstlichen Interessenlage (z. B. in bezug auf territoriale Konzentrationsgebiete militärischer Objekte oder ausgerichtet auf bestimmte Personenkreise, Berufsgruppen und einzelne Personen, deren Aufklärung und gegebenenfalls aktiven geheimdienstlichen Nutzung).

h) Die Nutzung aller möglichen zentralen und sachspezifischen Datenspeicher innerhalb der Geheimdienste selbst (z. B. des Nachrichtendienstlichen Informationssystems NADIS des BfV durch alle BRD-Geheimdienste) sowie der Speicher des Bundeskriminalamtes (BKA) und der Landeskriminalämter (LKA), des Bundesgrenzschutzes (BGS), des Zoll, der Einwohnermeldeämter, der Kfz-Erfassungsstellen, der Krankenkassen usw.

Diese Hauptmethoden und Möglichkeiten wurden nachweislich von den Geheimdiensten komplex und umfassend genutzt.

Zur Entwicklung der Spionageabwehr des MfS, insbesondere der HA II im MfS und der Abteilungen II in den BV

Wie in den drei Westzonen nahm auch die Sowjetunion in ihrer Besatzungszone Regierungsgewalt in Form der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) mit Sitz in Berlin-Karshorst wahr.

Wichtige Organe der SMAD zur Durchsetzung der Interessen der Sowjetunion in Nachkriegsdeutschland, zur Beseitigung von Resten des deutschen Faschismus und Militarismus sowie zum demokratischen Aufbau in der SBZ in Durchsetzung des Potsdamer Abkommens waren die sowjetischen Sicherheitsorgane. Dazu zählten das Komitee für Staatssicherheit (KfS) der UdSSR (*Komitet Gosudarstwennoje Besopasnosti*, KGB), bis 1954 Ministerium (MGB) und kurzzeitig dem sowjetischen Innenministerium MWD unterstellt. Zum MGB/KGB in Deutschland mit Sitz bei der SMAD in Berlin-Karlshorst gehörten auch die für die spätere Spionageabwehr des MfS wichtigen Partner, die Mitarbeiter der II. Hauptverwaltung des MGB/KGB (Spionageabwehr), die Mitarbeiter der III. Hauptverwaltung des MGB/KGB in den sowjetischen Streitkräften (Militärabwehr) mit dem zentralen Sitz in Potsdam und in den Stäben der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in

480

Deutschland (GSSD), später Westgruppe der Sowjetarmee genannt, in Wünsdorf, Eberswalde, Weimar-Nohra u. a..

Dazu gehörten auch die Mitarbeiter und Dienststellen der I. Hauptverwaltung des MGB/KGB (Aufklärung) und die Mitarbeiter und Dienststellen der Hauptverwaltung für Aufklärung des Verteidigungsministeriums der UdSSR in Deutschland (*Glownoje raswedi watelnoje uprawlenjenie*, GRU), also der sowjetischen Militäraufklärung. In dieses Aufgabengebiet sind auch die sowjetischen Militärverbindungsmissionen (MVM) für Westdeutschland, später der BRD, und die sowjetische Militärinspektion (MI) für Westberlin einzuordnen.

Für die Herausbildung und Entwicklung der Spionageabwehr, speziell der HA II im MfS und der Abteilungen II der BV, waren vor allem die Mitarbeiter der II. Hauptverwaltung des MGB/KGB von entscheidender Bedeutung.

In der ersten Zeit waren diese Mitarbeiter direkt als Berater – und insofern als unmittelbare Anleiter und »Kontrollreue« – später als Verbindungsoffiziere,

d. h. direkte Partner der Abteilungen der Spionageabwehr wirksam.

Im Rahmen der späteren Sicherung militärischer Objekte, Anlagen und Bewegungen der GSSD in der DDR gab es neben den gemeinsamen Vereinbarungen und Orientierungen zwischen der sowjetischen Militärabwehr (III. Hauptverwaltung) in Potsdam und der HA II des MfS im Prinzip bis zur Zerschlagung des MfS/AfNS sehr enge, meist auch sehr freundschaftliche Arbeitsbeziehungen zwischen den sowjetischen Abwehroffizieren in den jeweiligen regionalen Stäben und den zuständigen Mitarbeitern der Spionageabwehr des MfS in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen. Die sowjetischen Abwehrorgane sahen ihre ersten Aufgaben vor allem in der Suche, Identifizierung und rechtskräftigen Verurteilung von faschistischen Kriegsverbrechern; der Suche und Sicherung von Dokumenten und Unterlagen des faschistischen Staates und seiner Geheimdienste; dem Erkennen und der Ausschaltung faschistischer Restgruppen und entwurzelter Krimineller; der Abwehr beginnender Geheimdienstangriffe aus den Westzonen (besonders CIC, OSS und »Organisation Gehlen«) und der Aufklärung diesbezüglicher Pläne und Absichten sowie der Hilfe und Unterstützung beim Aufbau von deutschen Schutz- und Sicherheitsorganen in der sowjetischen Besatzungszone.

In diese Aufgabenstellungen des MGB/KGB wurden von Anbeginn Deutsche aus dem Kreis antifaschistischer Widerstandskämpfer innerhalb und außerhalb Deutschlands, der Kundschafter und Partisanen gegen den Faschis-

481

mus, vor allem aber auch aus dem Kreis gerade aus den faschistischen Konzentrationslagern und Zuchthäusern befreiten Antifaschisten einbezogen.

Diese Personen, diese Widerstandskämpfer, aufrechte Kommunisten, Sozialdemokraten und viele junge Leute aus solchen Familien bildeten die personelle Grundlage der in der Entstehung begriffenen Schutz- und Sicherheitsorgane in Ostdeutschland, darunter auch für die HA II im MfS und den Abt. II der BV.

Ein herausragendes Beispiel dafür ist Josef Kiefel (1909 -1988), der als Kundschafter der sowjetischen Militäraufklärung 1944 hinter den deutschen Linien in Südpolen mit dem Fallschirm absprang und aktiv an der militärischen Befreiung vom Faschismus teilnahm. Oberst a. D. Josef Kiefel war der erste Leiter der Spionageabwehr im MfS, der späteren HA II. Die Mehrzahl der Angehörigen der Gründergeneration des MfS hatte eine ähnliche Biografie.

Wie bereits an anderer Stelle ausführlich behandelt, verwies der damalige Innenminister der DDR, Dr. Carl Steinhoff, bei der Begründung des Gesetzes über die Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik am 8. Februar 1950 auf eine Zunahme von Angriffen gegen die Volkswirtschaft und der Tätigkeit von Spionen, Diversanten und Saboteuren.

Mit der Bildung des MfS wurden für die Spionageabwehr die Abteilung IV im Ministerium in Berlin und die Abteilungen IV in den zu dieser Zeit noch existierenden Landesverwaltungen, ab Sommer 1952 in den Bezirksverwaltungen verantwortlich gemacht.

Später, ab 1953, wurden auch in ausgewählten Kreisdienststellen Mitarbeiter und Arbeitsgruppen für die Spionageabwehr eingesetzt.

In einer Richtlinie über Maßnahmen zur Aufdeckung der verbrecherischen Pläne des Bonner Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen vom Oktober 1950 wurde darauf orientiert, einen Überblick über alle im nunmehr gebildeten MfS vorhandenen Informationen zur gegnerischen Spionage und über die operative Arbeit der einzelnen MfS-Dienststellen auf dem Gebiet der Spionageabwehr zu schaffen, um auf dieser Grundlage den »Arbeitsstil und die Arbeitsmethoden auf eine höhere Stufe zu heben«.

Gemäß einem Befehl des Ministers für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser, wurden 1952 eine Abteilung II in der Zentrale und Abteilungen II in den Länderverwaltungen gebildet. Deren spezifische Aufgabe war die »Agenturarbeit nach Westdeutschland«, d. h. eine wirksame »äußere« Spionageabwehr zu organisieren. Diese »Westarbeit« in den damaligen Abt. II war vor allem von der Notwendigkeit bestimmt und geprägt, daß die Spiona-

482

geabwehr bereits in und an den Ausgangspunkten der gegnerischen geheimdienstlichen

Agenturarbeit organisiert werden muß.

In Auswertung der Ereignisse um den 17. Juni 1953 wurden durch das Politbüro des ZK der SED mit dem Beschluß vom 23. September 1953 die Aufgaben der Staatssicherheit in bezug auf die Spionageabwehr so bestimmt: Durchführung einer aktiven Spionageabwehr in Westdeutschland und Westberlin sowie auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik; Eindringen der Informanten in die Spionageorgane, Schulen und Zentren von Spionage- und Diversionsorganisationen zwecks Aufdeckung der Pläne und Absichten des Feindes sowie der in die DDR, UdSSR und in die Länder der Volksdemokratien eingeschleusten Agenten der feindlichen Spionagedienste, der westdeutschen und Westberliner Spionage-, Diversions- und terroristischen Organisationen.

In Durchsetzung dieses Beschlusses wurde die Verantwortung der Staatssicherheit für eine wirksame vorbeugende Spionageabwehr und für eine erfolgreiche Bekämpfung der Spionageangriffe der imperialistischen Geheimdienste im Statut des Staatssekretariats für Staatssicherheit vom 15. Oktober 1953 – erlassen vom Ministerpräsidenten der DDR Otto Grotewohl – rechtsverbindlich bestimmt. Die konkreten Aufgaben und Befugnisse des MfS – speziell der Spionageabwehr – wurden im Punkt 4 dieses Statuts festgelegt. (*siehe Anlage im Beitrag zur Sicherheitspolitik der SED im vorliegenden Band 1*)

Im November 1953 wurden die Abteilung II und die Abteilung IV zur Hauptabteilung II (HA II) zusammengeschlossen. Die HA II umfaßte zu dieser Zeit etwa 150 Mitarbeiter. Sie gliederte sich, entsprechend der bis zu diesem Zeitpunkt erkannten Hauptkräfte der Spionageangriffe gegen die DDR in vier Abteilungen:

Abteilung 1: amerikanische Linie,
Abteilung 2: englische Linie,
Abteilung 3: französische Linie und die
Abteilung 4: westdeutsche Linie.

In den Bezirksverwaltungen wurden die Abteilungen II mit einer analogen Struktur gebildet.

Die Zusammenführung wichtiger operativer Kräfte, Mittel und Methoden zur Organisierung einer wirksamen Spionageabwehr erbrachte bereits unmittelbar danach beachtliche Erfolge. In den 50er Jahren führte die HA II wirksame Schläge gegen Dienststellen der »Organisation Gehlen« und der militärischen Geheimdienstzweige der USA und Großbritanniens. Im Rahmen der Aktion »Feuerwerk« (10/53 – Organisation Gehlen),

483

»Pfeil« (8/54 – USA-GD), »Frühling«, »Gärtner«, »Anweisung« (OG, USAGD, GD-GB) wurden bis Ende 1955 rund 990 Spione dieser Geheimdienste identifiziert und ausgeschaltet.

Pfingsten 1956 wurde die Aktion »Schlag« gegen die Dienststelle des USA-Geheimdienstes MI in Würzburg durchgeführt, in deren Ergebnis 140 Spione enttarnt und festgenommen wurden.

Ab Mitte der 50er Jahre vollzogen sich in der HA II einige strukturelle Veränderungen bzw. übernahm sie zusätzliche Aufgaben:

- Bearbeitung des BND und des BfV/der LfV (speziell des Westberliner LfV) erfolgte getrennt nunmehr durch zwei Abteilungen;
- Sicherung der DDR-Auslandsstudenten, speziell der in der UdSSR
- Kontrolle der westlichen Militärverbindungsmissionen und Militärinspektionen (später wurde diese Aufgabe der HA VIII im MfS übertragen);
- Schaffung eines Verbindungsreferates F zur Funkabwehr des MfS;
- Die Bearbeitung der Aufnahmelager in Westberlin und in der BRD sowie die Filtrierung von Rückkehrern und Zuziehenden in die DDR (wurde später der HA VII im MfS übertragen);
- Operative Kontrolle und Bearbeitung von Emigrantenorganisationen und »Feindsendern« (Radio Free Europe [RFE], Radio Liberty [RL], beide München, und RIAS in Westberlin);
- Außensicherung aller militärischen Objekte, Anlagen und Bewegungen der Sowjetarmee in der DDR, vor allem in enger Zusammenarbeit mit den Abteilungen II der Bezirksverwaltungen und den Kreisdienststellen sowie mit der sowjetischen Militärabwehr (KGB).

In die komplexe territoriale Außensicherung wurden – in Abstimmung mit der HA I sowie mit der HA VII im MfS und den Abt. VII der BV –

Objekte, Anlagen und Bewegungen der NVA und der DVP-Bereitschaften wie auch sowjetische Dienststellen und Wohngebiete in Berlin-Karlshorst und Objekte des MfS weitgehend mit einbezogen.

Nach den Grenzsicherungsmaßnahmen vom 13. August 1961 und der damit verbundenen Lageveränderung erfolgten unter Beibehaltung der Grundstruktur Veränderungen vor allem in folgenden Richtungen:

– Die Fahndung nach Spionen in den unpersönlichen Verbindungswegen, speziell der nachrichtendienstlichen Postverbindung, wurde verstärkt ausgebaut.

– Ein spezieller Bereich zur Arbeit im und in Richtung Operationsgebiet Westberlin und BRD wurde geschaffen. Später, mit der Bildung der HVA/IX kam es darüber hinaus zu einer Spezialisierung der Arbeit in das Opera-

484

tionsgebiet zwischen der HA II – äußere Spionageabwehr (Bearbeitung einzelner Außenstellen der Geheimdienste in der BRD und Westberlin – und der HVA – Gegenspionage (Eindringen in die Zentralen der Geheimdienste). Zugleich wurde die Kooperation verstärkt.

– Die Sicherung militärischer Objekte, Anlagen und Bewegungen der GSSD in der DDR, der NVA und der Bereitschaften der Volkspolizei, durch die Qualifizierung der Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Abwehrdienststeinheiten (HA I – NVA; HA VII – DVP) sowie mit den jeweils territorial zuständigen BV und KD bekam einen neuen, höheren Stellenwert.

Diese Sicherungsaufgaben mußten direkt abgestimmt mit den Fahndungsmaßnahmen und der Arbeit im und in Richtung Operationsgebiet erfolgen.

– Die zunehmende Qualifizierung der Fahndungsarbeit der HA II in den unpersönlichen Verbindungswegen der gegnerischen Geheimdienste führte zur Feststellung von zunächst noch namentlich unbekannten Spionen in allen anderen Bereichen von Staat und Gesellschaft der DDR (Volkswirtschaft, Wissenschaft und Forschung, staatliche Verwaltung, politische Parteien und Organisationen, Verkehrswesen u. a.). Damit war eine zunehmend koordinierende, orientierende und anleitende Funktion der HA II im gesamten Bereich der Spionageabwehr verbunden. Folgerichtig entstand in dieser Zeit (1964) eine zentralisierte Auswertung und Analytik in der HA II, als Funktionalorgan des Leiters der HA II.

– Nachdem Ende 1973 die DDR von 109 Staaten völkerrechtlich anerkannt war und diese Staaten Botschaften einrichteten und auch zahlreiche ausländische Publikationsorgane Büros gründen wollten, wurde durch die Befehle Nr. 16/74 und Nr. 17/74 des Ministers für Staatssicherheit die Verantwortung der Hauptabteilung II für den Schutz und die Sicherung dieser Objekte und ihrer Mitarbeiter sowie die operative Kontrolle und Bearbeitung ausgewählter Diplomaten und Korrespondenten festgelegt.²⁷ *(Über die Aufgaben und Erkenntnisse der HA II im MfS/ Abt. II der BV und die Zusammenarbeit mit den anderen Dienststeinheiten der Abwehr sowie der Aufklärung im MfS und dem Zusammenwirken mit anderen staatlichen Organen und Einrichtungen der DDR hinsichtlich dieser so genannten »legalen Basen« wird noch ausführlich informiert.)*

Hinzu kam die objektmäßige und personelle Sicherung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (MfAA), des Dienstleistungsamtes für Ausländische Vertretungen (DAV), des Wachkommandos

Missionsschutz (WKM), des Internationalen Pressezentrum (IPZ), des Auslandspressedienstes »PANORAMA DDR« und des »Zollamtes Berlin I«

485

(Diplomatenzollamt) u. a. In diesem Zusammenhang wurde der HA II auch die Außensicherung der Botschaft der UdSSR und zahlreicher anderer sowjetischer Einrichtungen übertragen. Die Sicherung »rund um die Uhr« machte den Einsatz von Mitarbeitern der HA II in größerem Umfang erforderlich.

Die Hauptabteilung II wurde auch für die Sicherung einer Reihe von DDR-Vertretungen im sozialistischen Ausland verantwortlich gemacht.

– Der HA II wurden ferner die Aufgaben zur Gewährleistung der inneren Sicherheit im MfS sowie zur Sicherung von Betrieben und Einrichtungen, die dem MfS unterstanden oder ausschließlich von ihm genutzt wurden, übertragen (VEB Spezialhochbau Berlin/SHB, Institut für technische Untersuchungen/ITU, Institut für wissenschaftlich-technische Entwicklung u. a.).

Mit Übernahme dieser Verantwortungsbereiche entstanden völlig neue

Abteilungen, und es kam zu einer überproportionalen Steigerung und Umgruppierung des Mitarbeiterbestandes. Zur Lösung spezieller Aufgaben wurden eigene Beobachtungskräfte, spezielle Kräfte des Missionsschutzes für die sowjetische Botschaft und deren Nachfolgeeinrichtungen, eigene Terrorabwehrkräfte zum Schutz von Botschaften und anderen Objekten und Personen geschaffen. Darüber hinaus wurden zahlreiche Funktionen in den Schutz- und Sicherungsobjekten durch Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) oder hauptamtliche Inoffizielle Mitarbeiter (HIM) in Schlüsselpositionen besetzt. Es wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, um die Mitarbeiter der HA II und der Abt. II in den BV für die Lösung dieser Aufgaben zu qualifizieren bzw. entsprechend ausgebildete Kader zu erhalten (Sprachkader, Völkerrechtler, Journalisten, Regionalwissenschaftler, Hochschule des MfS, zivile Hochschulen und Universitäten). Mit der enormen Zunahme der Aufgabenstellungen an die HA II, die mit der Spionageabwehr im engeren Sinne faktisch nichts mehr zu tun hatten, wurden die Mitarbeiter mit völlig neuen Sachverhalten, Tatbeständen und Situationen konfrontiert, z. B. diplomatische Protokollfragen, Botschaftsbesetzungen, Ausschleusung von Personen aus der DDR unter Nutzung von Immunitäten und Privilegien für bevorrechtete Personen, ungenehmigte Verbreitung von westlichen Presse- und Druckerzeugnissen, spekulative Geschäfte und Währungsvergehen, Schmuggel, Rauschgiftdelikte und ähnliches.

In den 80er Jahren hatten die Geheimdienste darüber hinaus ihre Aktivitäten gegen die DDR, unter Nutzung der weitaus breiter gewordenen Möglichkeiten, wesentlich intensiviert und auch komplexer gestaltet. Eine steigende Anzahl von Auslands- und Reisekadern der DDR, die Erweite-

486

rung der Reisemöglichkeiten aus und in die DDR, die Einrichtung von diplomatischen Missionen, Korrespondentenbüros, Handelsvertretungen usw. in der DDR gaben der Spionagetätigkeit eine neue Qualität und größere Dimension.

Ausgehend von der internationalen Lageentwicklung wurde der Zusammenhang zwischen der Spionage und den Versuchen der Destabilisierung der DDR immer offenkundiger. In dieser Richtung wurden vor allem der BND und die CIA aktiver tätig. Aber auch die Geheimdienstresidenturen anderer Staaten in den Botschaften wurden arbeitsteilig in diesen komplexen Prozeß einbezogen.

Diese politisch-operative Lageentwicklung war Veranlassung, aktualisierte und weiterführende Grundsätze für die Erhöhung der Wirksamkeit der Spionageabwehr festzulegen.

Das geschah mit der Inkraftsetzung der Dienstanweisung Nr. 1/87 am 1. März 1987.²⁸

Das Grundanliegen der DA 1/87 bestand darin, die Spionageabwehr noch stärker in die Verantwortung aller Dienstseinheiten für die Realisierung der Gesamtaufgaben des MfS zu integrieren und gleichzeitig die federführende Verantwortung der HA II selbst auf eine höhere Stufe zu heben.

Mit der übertragenen Federführung für die Spionageabwehr sollte vor allem folgendes erreicht werden:

- Zusammenführung und Verallgemeinerung aller Erkenntnisse und Erfahrungen des MfS zur Spionage der Geheimdienste, zur Vervollkommenheit ihrer Bekämpfung sowie zur Gewährleistung einer ständigen realistischen Gesamtlageeinschätzung;

- Eine einheitliche Abstimmung und Ausrichtung der zur Spionageabwehr eingesetzten Kräfte, Mittel und Methoden des gesamten MfS durchzusetzen und zu diesem Zweck die Anleitung und Unterstützung der Dienstseinheiten der Abwehr bei der Organisation einer wirksamen Spionageabwehr zu verstärken.

- Auf der Grundlage zentraler Lageeinschätzungen eine konkrete Bestimmung der Sicherheitserfordernisse und der daraus abzuleitenden Schwerpunktbereiche und Schwerpunkte für die Arbeit des MfS insgesamt und anderer staatlicher Organe und gesellschaftlicher Einrichtungen der DDR mit Sicherungsaufgaben zu erreichen.

Die wesentliche Zunahme der Funktionen und Aufgabenstellungen der HA II und der Abt. II in den BV – z. T. weit über die eigentliche Spionageabwehr

hinaus – hatte auch zu einer Erweiterung der Struktur geführt.

487

Nach dem letzten Struktur- und Stellenplan vom 31. Dezember 1988 war die HA II in vier Stabs- und 21 Abteilungen, gegliedert in vier Stellvertreterbereiche des Leiters der HA II, unterteilt.

Die HA II mit entsprechender Aufgabenstellung der Abteilungen hatte Ende 1989 (seit etwa Mitte der 70er Jahre) folgende Struktur:

Dem Leiter der HA II direkt unterstellt waren

HA II/Stab;

HA II/AGL – Arbeitsgruppe des Leiters (Mobilmachung);

HA II/AKG – Auswertungs- und Kontrollgruppe (Analysezentrale; Auswertung, Lageeinschätzung, Planung, Kontrolle, Schulung);

HA II/AGK – Arbeitsgruppe Koordinierung;

HA II/10 – Kontakte und Zusammenarbeit mit der Spionageabwehr in anderen sozialistischen Staaten (dazu die Operativgruppen in Moskau und in Warschau sowie Verbindungsoffiziere in Sofia, Budapest und Prag).

Zum Bereich des 1. Stellvertreters des Leiters der HA II gehörten:

HA II/2 – äußere Spionageabwehr; Arbeit im und nach dem Operationsgebiet BRD und Westberlin;

HA II/4 – Organisation und Koordinierung der Militärspionageabwehr (Abstimmung mit der KGB-Militärabwehr, mit den HA I und VII, mit BV und anderen Abwehreinheiten);

HA II/5 – Fahndung in den Verbindungswegen nach Spionen (Post, Funk, Grenze), Koordinierung mit Abt M, HA III, HA VI);

HA II/12 – Schutz, Sicherung und erforderlichenfalls operative Kontrolle und Bearbeitung der Objekte und Mitarbeiter der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR.

Zum 2. Stellvertreterbereich gehörten:

HA II/1 – Abwehrarbeit zur Gewährleistung der inneren Sicherheit des MfS;

HA II/8 – Versorgung, Logistik, Fuhrpark;

HA II/11 – Sicherung offizieller Protokollveranstaltungen des MfAA mit ausländischen Vertretungen/ Diplomaten; Außensicherung diplomatischer Missionen in Koordinierung mit dem Wachkommando Missionsschutz (WKM)

und im Zusammenwirken mit dem Zollamt Berlin I (Diplomatenzollamt);

HA II/14 – Sicherung des MfAA der DDR und aller Nachfolgeeinrichtungen sowie deren Personal;

488

HA II/18 – Terrorabwehr; schnelle operative Einsatzgruppe zur Abwehr von Angriffen gegen Objekte und Personen für die die HA II verantwortlich war, insbesondere Botschaften und Diplomaten;

HA II/20 – Spezielle kasernierte Einheit zum Schutz der UdSSR-Botschaft und anderer sowjetischer Objekte;

HA II/21 – Sicherung von Objekten des MfS und von Firmen und Einrichtungen, die dem MfS unmittelbar unterstanden.

Zum 3. Stellvertreterbereich gehörten:

HA II/3 – Schutz, Sicherung und Kontrolle der USA-Botschaft in der DDR und Bearbeitung der dort tätigen Residentur der USA-Geheimdienste; Bearbeitung von Dienststellen und Mitarbeitern der USA-Geheimdienste in Westberlin und der BRD; Steuerung von IMB und Bearbeitung von Operativen Vorgängen in Richtung USA-Geheimdienste; Koordinierung der Abwehrarbeit auf diesem Gebiet;

HA II/9 – Schutz, Sicherung und Kontrolle der Botschaften europäischer nichtsozialistischer Staaten in der DDR mit den Schwerpunkten Großbritannien und Frankreich (weitere Aufgaben wie die HA II/3);

HA II/15 – Schutz, Sicherung und operative Kontrolle der Botschaften aus nichtsozialistischen Staaten Asiens, Afrikas und Amerikas (außer USA) in der DDR (Schwerpunkte bildeten hier arabische Staaten, Japan u. a.); Sicherung der Nationalen Befreiungsbewegungen PLO, SWAPO, ANC; (weitere Aufgaben wie die HA II/3);

HA II/AGA – Arbeitsgruppe Ausländer (Sicherung, Nutzung, Kontrolle und Bearbeitung von Ausländern in der DDR und im Operationsgebiet).

Zum 4. Stellvertreterbereich gehörten:

HA II/6 – Bearbeitung von Operativen Vorgängen gegen spionageverdächtige Personen aus speziellen politischen, ökonomischen, wissenschaftlichen

Bereichen mit besonderer Biografie oder gesellschaftlicher Stellung;

HA II/13– Schutz, Sicherung, operative Kontrolle und Bearbeitung in der DDR ständig akkreditierter und Reisekorrespondenten, deren Büros, Redaktionen in der DDR sowie deren journalistische Vorhaben; Sicherung der dazu gehörenden Objekte und Einrichtungen z. B. Abteilung journalistische Beziehungen im MfAA, Internationales Pressezentrum (IPZ), Auslandspressedienst »Panorama DDR«;

HA II/16 –Gewährleistung der operativ-technischen Ausrüstung für die Organisation der Spionageabwehr in der DDR und im Operationsgebiet

489

HA II/17 – Beobachtungskräfte für spezielle Kontrollmaßnahmen der HA II im Rahmen der Bearbeitung von Vorgängen;

HA II/19– Sicherung spezieller Bereiche der Zusammenarbeit der SED mit der DKP in der BRD und der SEW in Westberlin; Sicherung von Objekten in der Illegalität wirkender Kommunistischer und Arbeiterparteien, die sich in der DDR befanden; Sicherung und Betreuung von Angehörigen der chilenischen Emigration in der DDR und anderes. Die einzelnen Abteilungen waren für eine gute Zusammenarbeit – entsprechend ihrer konkreten Aufgabengebiete und Kompetenzen – mit den BV, den anderen Abwehrrdiensteinheiten und mit der HV A sowie für das Zusammenwirken mit den entsprechenden Organen, Einrichtungen und Institutionen des Staatsapparates und anderen gesellschaftlichen Bereichen der DDR verantwortlich.

Zur Strategie der Spionageabwehr des MfS

Die Strategie der Spionageabwehr des MfS war davon bestimmt, den Angriffen der westlichen Geheimdienste und anderen spionagetreibenden Einrichtungen, Organisationen und Kräften wirkungsvoll vorbeugend zu begegnen, Spione/Agenten frühzeitig zu erkennen und ihre Auftraggeber und Hintermänner zu entlarven und unter Kontrolle zu halten. Die Entwicklung und der Einsatz effektiver Mittel und Methoden der Spionageabwehr, vor allem die Zusammenarbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern, waren eingeordnet in die Aufgabenstellung des MfS im Rahmen der Gesamtpolitik der SED- und Staatsführung, im besonderen in ihre Sicherheitspolitik.

Zur wirksamen Vorbeugung und Bekämpfung der Spionageangriffe

Zur Sicherung spionagegefährdeter Bereiche, Objekte, Einrichtungen und Personengruppen wurden Maßnahmen auf der Grundlage von *Sicherungskonzeptionen* ergriffen.

Die Bestimmung der auf der Basis von Sicherungskonzeptionen zu schützenden Schwerpunkte erfolgte einerseits nach dem realen Sicherheitsbedürfnis der DDR, aus dem jeweiligen Bereich keine Informationen abfließen zu lassen. Andererseits aus den bisherigen Ergebnissen und Erfahrungen der Spionageabwehr zu geplanten oder in der Vergangenheit bereits erfolgten Spionageangriffen auf solche Bereiche, Objekte, Einrichtungen oder Personen.

Die Sicherungskonzeptionen für solche Schwerpunkte orientierten sich grundsätzlich an folgenden Prinzipien:

490

– Vorbeugung durch Mitwirkung und Einflußnahme auf die Beseitigung begünstigender Bedingungen und Umstände für Spionage (Ordnung und Sicherheit im Umgang mit VS-Unterlagen; Abgrenzung der Verantwortungsbereiche und der Zugriffs- und Einblickmöglichkeiten; technische Sicherungen).

– Einflußnahme auf die personelle Besetzung in solchen Schwerpunktgebieten (Sicherheitsüberprüfungen; vertrauensvolle Kontakte zu den verantwortlichen Leitern und Mitarbeitern; Einsatz von OibE und IM in Schlüsselpositionen oder an neuralgischen Punkten)

– Erstüberprüfung von Verdachtshinweisen auf eine mögliche Spionagetätigkeit und danach Einleitung gezielter personen- und sachbezogener Maßnahmen zur schnellen Klärung dieses Verdachts und zur Erarbeitung von Beweisen im Rahmen von Operativen Personenkontrollen oder Operativen Vorgängen. In diesem Rahmen kamen IM im Umfeld von spionageverdächtigen Personen, aber auch Ermittlungen, Beobachtungen, Postkontrollen, Telefonkontrollen, Raumüberwachungen u. a. zum Einsatz.

– Klärung von Vorkommnissen, z. B. Verlust von vertraulichen Unterlagen

(GVS, VVS u. a.); Hinweise aus den Zentralen und Dienststellen der Geheimdienste über dort vorliegende Dokumente oder Informationen aus spionagegefährdeten Objekten; verdächtige Verhaltensweisen von Mitarbeitern aus zu sichernden Bereichen und Einrichtungen (z. B. auffälliges Verhalten bei Dienstreisen in die BRD; Hinweise auf Kontaktversuche oder persönliche Treffs mit Geheimdienstmitarbeitern)
Zur Strategie der Vorbeugung und Bekämpfung geheimdienstlicher Spionageangriffe gehörten speziell bei der HA II und den Abteilungen II der BV ferner:

– Die Schaffung von IMB mit Verbindungen zu Mitarbeitern der einzelnen Geheimdienststellen in der BRD oder in Westberlin, um deren aktuelle Arbeitsweise (konkrete Spionageaufträge, Instruktionen zur Auftragsdurchführung; Mittel und Methoden für die Spionage und das Verbindungswesen u. a.) aufzuklären und die Ergebnisse in die Organisation der eigenen Abwehrarbeit einzubeziehen.

Dazu folgendes Beispiel: Die Information eines IMB der Abt. II der BV Frankfurt/Oder, daß er vom BND-Mitarbeiter der Dienststelle »Ring« (Bremen) den Auftrag erhielt, künftig seine Geheiminformationen über Militärtransporte im grenzüberschreitenden Verkehr nicht mehr wie bisher in vorgefertigten Briefen, sondern auf zwar ebenfalls vorgefertigten, aber nunmehr offenen Glückwunsch- oder Ansichtskarten mit Geheimtinte zwischen die

491

vorgefertigten Textzeilen zu notieren (nach einem speziellen Codeverfahren) hatte für die Fahndung erhebliche Konsequenzen. Bis dahin blieben nämlich solche Karten weitgehend unberücksichtigt. Im Ergebnis der kurzfristig eingeleiteten Neuorientierung der Fahndung nach postalischen Spionagesendungen konnte eine Anzahl von Spionagestützpunkten des BND identifiziert werden.

– Die gezielte Bearbeitung operativer Außenstellen der Geheimdienste, ihrer Mitarbeiter und Verbindungswege in der BRD und Westberlin durch den Einsatz geeigneter inoffizieller Kräfte, Mittel und Methoden der Spionageabwehr »vor Ort«, mit dem Hauptanliegen, Spione dieser Geheimdienste zu identifizieren.

Die erfolgreichen Aktionen der »äußeren Spionageabwehr« der HA II, z. B. in die internen Postverbindungswege (Postschließfächer) und z. T. auch in Telefonverbindungen einzelner BND-Dienststellen in der BRD und in Westberlin operativ einzudringen, lieferten Hinweise und Beweise zu BND-Spionen in der DDR.

Die Positionen der HVA des MfS in den Zentralen der Geheimdienste schufen darüber hinaus weitere wesentliche Voraussetzungen für die Arbeit der Abwehr.

– Der Aufbau eines auf die tatsächlichen Schwerpunkte und potenziellen Tätergruppen orientierten Fahndungssystems nach unbekannten, zu identifizierenden Spionen auf der Grundlage der jeweils aktuellen Erkenntnisse über die Arbeitsweise der Geheimdienste. Solche gezielten Fahndungen nach Spionen und Agenten erfolgten in der Postverbindung, der Funkverbindung und im grenzüberschreitenden Personenverkehr.

– Die effektive Zusammenführung, Speicherung und Auswertung aller Informationen zu den Geheimdiensten und ihren Arbeitsweisen mit dem Ziel der einheitlichen Orientierung und Verbesserung der gesamten Spionageabwehr.

Die Relationen zwischen den verschiedenen Richtungen und Inhalten der Abwehrstrategie und die konkrete Bestimmung und Ausgestaltung der notwendigen operativen Maßnahmen mußte den jeweiligen aktuellen Lagebedingungen angepaßt werden. Im Laufe der 40jährigen Abwehrarbeit veränderten sich sowohl für die Spionagetätigkeit der Geheimdienste als auch für die Organisation der Spionageabwehr die Bedingungen.

Spionage und Abwehr nach dem 13. August 1961

Mit den Sicherungsmaßnahmen war für die vielen Dienststellen der Geheimdienste in Westberlin die Zeit massenhafter Anwerbungen von

492

Spionen und die Durchführung persönlicher Treffs mit ihnen so gut wie vorbei. Dem Kölner Magazin »Capital« war vorbehaltlos zuzustimmen, wenn es 1968 einschätzte: »Ohne Mauer war der Auftrag einfach. Basis war Berlin (West), Stützpunkt aller westlichen Geheimdienste, eine unangreifbare Insel im feindlichen Hinterland. Die Geschichte der Spionage kennt keine

bessere Basis. Geworben wurde gleich nebenan ... und die Anwerbung von Vertrauensleuten war technisch wie ein normaler Geschäftsabschluß ... Führung und Versorgung der Agenten lief über Berlin (West). Man begegnete sich im »direkten Treff«. Gefahren wie Funk, Kuriere, tote Briefkästen waren ausgeschaltet. Und das Ganze war billig.«²⁹

Die Geheimdienste hatten in der Vergangenheit durchaus mit der Schließung der Grenzen um Westberlin gerechnet, vom konkreten Zeitpunkt und Inhalt der Maßnahmen waren sie aber nach den vorliegenden Erkenntnissen offensichtlich total überrascht. Noch heute muß sich deshalb der BND entsprechende Vorwürfe gefallen lassen.

Für die Mehrzahl der in der DDR noch agierenden Spione war die Verbindung zu ihren geheimdienstlichen Auftraggebern zunächst unterbrochen.

Ein kleiner Teil von ihnen konnte auf vorher vereinbarte Verbindungswege zurückgreifen – aber die mußten vielfach erst reaktiviert werden.

Die gesamte Spionageabwehr mußte sich gleichfalls den veränderten Lagebedingungen anpassen. Es ergaben sich auch für sie neue Chancen, aber auch wesentliche Probleme. Es ist verständlich, daß bei so gravierenden Veränderungen und damit verbundenen notwendigen Umstellungen in der Arbeitsweise der Geheimdienste der Einsatz von »IMB mit Feindverbindung« zur Beschaffung aktueller Informationen für die Spionageabwehr von großer Wichtigkeit gewesen wäre, aber bei einem erheblichen Teil vorhandener IMB war ja selbst die Verbindung zu »ihrer« jeweiligen Geheimdienstzentrale bzw. deren Mitarbeiter unterbrochen. Von dieser Seite waren sie in »Warteposition«.

Schlagartig bekamen die wechselseitigen unpersönlichen Verbindungswege für die Spionagetätigkeit der Geheimdienste einen bedeutend höheren Stellenwert. Insbesondere die Verbindung über sogenannte »Tote Briefkästen«, über Funk sowie unter Nutzung der Post wurden wichtig.

Deshalb wurde auch das bestehende Fahndungssystem der Spionageabwehr für die unpersönlichen Verbindungswege gründlich überprüft und auf die neuen Anforderungen ausgerichtet.

Gleichzeitig war mit einer neuen Generation von Spionen zu rechnen.

Nach zentraler Einschätzung im MfS war in der DDR die Spionagebasis der westlichen Geheimdienste, die von ihnen vor dem 13. August 1961

493

geschaffen worden war, bis zum Jahre 1970 im wesentlichen enttarnt und damit ausgeschaltet.

Die »neuen« Spione kamen aus einer anderen sozialen Ebene in der DDR. Es handelte sich um formal *positive* Bürger der DDR mit Reisemöglichkeiten nach der BRD, nach Westberlin oder in das andere westliche Ausland. Das waren in der Regel überprüfte und als zuverlässig eingeschätzte Reise- und Auslandskader aus verschiedenen staatlichen und gesellschaftlichen Bereichen, vornehmlich aber aus dem Außenhandel und der Außenpolitik der DDR in Botschaften und anderen Auslandsvertretungen. Und es waren Bürger Westberlins, der BRD und Ausländer mit Einreisemöglichkeiten, die sich gegenüber der DDR freundlich gaben. Sie wurden als Verbindungsleute zu in der DDR vorhandenen Spionen eingesetzt, oder betrieben selbst Spionage bzw. haben Verwandte oder gute Freunde in der DDR zur Spionage angeworben.

Bekannt gewordene Unregelmäßigkeiten im Ausland führten in der Regel zur Beendigung eines Auslandseinsatzes. Das wußten die DDR-Bürger, das wußten aber auch die gegnerischen Geheimdienste. Ihnen bekanntgewordene, z. T. auch provozierte »Vorkommnisse« mit Reise- und Auslandskadern der DDR wurden von den Geheimdiensten als Druckmittel benutzt – und sie hatten damit bei einigen DDR-Bürgern auch Erfolg.

Es gab Fälle, wo Mitarbeiter von DDR-Auslandsvertretungen z. B. bei verhältnismäßig geringfügigen Ladendiebstählen ertappt bzw. derartige Handlungen vorgetäuscht wurden. So wurde gegen ein DDR-Ehepaar, das für ein DDR-Außenhandelsunternehmen in der BRD tätig war, ein Bußgeldverfahren eingeleitet. Werber des BND nahmen Bezug auf den Gesetzesverstoß und erläuterten den DDR-Bürgern mögliche Konsequenzen bei Bekanntwerden dieses Vorfalls bei den einschlägigen DDR-Behörden. Das Ehepaar wurde angeworben und lieferte interne Informationen aus dem DDR-Außenhandel. Allerdings wurde niemals eindeutig geklärt, ob das vermeintliche Diebesgut nicht doch in ihre Einkaufstasche lanciert worden war.

Die Tendenz der Werbung von DDR-Reise- und Auslandskadern durch die Geheimdienste nahm im Laufe der Jahre zu. Ein nicht unwesentlicher Teil der betroffenen DDR-Bürger offenbarte sich jedoch gegenüber den DDR-Sicherheitsorganen. Die CIA mußte »beim Durchkämmen der Stasi-Akten« konstatieren, »daß jeder einzelne US-Spion entweder von vornherein ein Doppelagent war oder »umgedreht« wurde«, wie die Süddeutsche Zeitung am 6. April 1992 schrieb.

494

Ab Mitte der 80er Jahre begannen die Geheimdienste, vor allem der BND, Werbeoperationen auch gegen DDR-Bürger in Spitzenpositionen des Staatsapparates vorzubereiten. Durch die HVA wurde signalisiert, daß die CDUgeführte Bundesregierung Druck auf den BND ausübe, endlich »Spitzeninformationen« über die politische Lageentwicklung in der DDR zu beschaffen.

Die Notwendigkeit ergab sich nach ihrer Einschätzung aus den Veränderungen in der Politik der Führung der Sowjetunion.

Der BND versuchte, unter Mitarbeitern des MfS sowie anderer Schutz- und Sicherheitsorgane Fuß zu fassen. Abgesehen von einer bemerkenswerten Selbstüberschätzung wurde ein gehöriges Maß an Dilletantismus und Oberflächlichkeit deutlich.

In der Vorweihnachtszeit 1986 wurden im Rahmen der Aktion »Universum« in bekannten Schwerpunktgebieten in Berlin-Mitte 17 Postsendungen festgestellt, die eindeutige Werbeabsichten erkennen ließen. Die Mehrzahl davon war an Mitarbeiter des MfS, der Rest an Mitarbeiter anderer Schutz- und Sicherheitsorgane gerichtet. Sie enthielten übereinstimmend das Angebot, bei einem eventuell geplanten Verlassen der DDR behilflich zu sein und für eine neue Existenzgründung zu sorgen. Dafür verlangte man Informationen und Dokumentationen als Gegenleistung. Eine Deckadresse und Telefonnummer zur Verbindungsaufnahme waren beigelegt.

Als »Entscheidungshilfe« befanden sich mitunter 1.000 DM in bar im Brief.

Für den Fall eines Verrates wurden bis zu 1 Millionen DM angeboten.

Die Leitung des MfS entschied, die Briefe einzubehalten, mit den betroffenen Mitarbeitern zu sprechen und sie darüber zu informieren, daß sie vom BND als Werbekandidaten vorgesehen seien. Ihnen wurden die Briefe gezeigt. Das schuf Vertrauen. Sie trugen zur Klärung der näheren Umstände der Briefsendungen bei und wurden auf mögliche weitere Aktivitäten der Geheimdienste eingestellt.

In allen Fällen hatte der BND die Adressen und Funktionen bei Vernehmungen (»Befragung«) übergesiedelter DDR-Bürger in Erfahrung gebracht.

Während der Aktion »Universum« konnten durch eine aufwendige Filtrierung des Ein- und Ausreiseverkehrs an den Berliner Grenzübergangsstellen (GÜST) BND-Kuriere mit verfälschten Paßdokumenten identifiziert werden. Zum Teil erfolgte die Identifizierung erst im Nachhinein, z. T. waren damit weitergehende Maßnahmen verbunden, zum Schluß erfolgte die Festnahme eines Kuriers.

Dem BND wurde die Wirksamkeit der MfS-Fahndung bewußt, und er stellte seine Aktivitäten auf diesem Felde ein. Die Vorbereitung und Durch-

495

Führung solcher Kuriereinsätze durch die BND-Mitarbeiter war oberflächlich, z. T. diletantisch und leichtfertig gegenüber den Kurieren. So wurden z. B. die verfälschenden Eintragungen in die beschafften Blankopässe in der BND-Zentrale ohne Prüfung der Ausschreibep Praxis der zuständigen Behörden vorgenommen, wobei erhebliche Unterschiede auftraten. Für das MfS waren das bedeutsame Fahndungsmerkmale.

Darüber hinaus wurden bei dieser Abwehraktion wertvolle Erfahrungen für die künftige Fahndungsarbeit und zur Gewährleistung der inneren Sicherheit des MfS gesammelt.

An intensiven Versuchen, im MfS Spione (Verräter) zu gewinnen, hat es nie gefehlt. Die exklusiven Quellen der HVA und z. T. der HA II in der Gegenspionage des BND und der Spionageabwehr des BfV und der LfV signalisierten ständig, daß es bis zum Ende des MfS/AfNS keine gewonnenen Positionen dieser Dienste unter aktiven Mitarbeitern gab.

Erst nach der offiziellen »Auflösung« des MfS/AfNS liefen einige wenige, aber kenntnisreiche Mitarbeiter zum Gegner über und verrieten Kundschafter und IM des MfS. Auch der Diebstahl von Unterlagen aus der MfSZentrale

und den BV führte zu Enttarnungen.

Zur Wahrheit gehört aber auch, daß es in der 40jährigen Geschichte des MfS durchaus gelegentliche Verluste und Einbrüche gab: Vor dem 13. August 1961, also bei offener Grenze nach Westberlin, desertierten einige MfS-Mitarbeiter, darunter auch aus den operativen Bereichen der Aufklärung und Abwehr. Nach dem 13. August 1961 nahmen nach Kenntnis der Spionageabwehr vier Personen von sich aus über Verwandte oder Bekannte in der BRD, in Westberlin oder dem westlichen Ausland Verbindung zum BND oder dem BfV auf. Verbindungsaufnahmen zu anderen gegnerischen Diensten wurden nicht bekannt.

In allen Fällen hatten die Verräter bereits geheime Unterlagen und Dokumente gesammelt, die sie bei Übertritt in die BRD als »Startkapital« übergeben wollten.

In allen Fällen gingen diesem Verratsentschluß Konflikte im familiären Bereich, Verstöße gegen die Rechtsordnung der DDR, einschließlich gegen Befehle und Weisungen des MfS sowie Verstöße gegen die militärische Disziplin und die innere Ordnung voraus. Alle befanden sich in schwerwiegenden Konfliktsituationen und hatten mitunter Alkoholprobleme. Sie standen bereits wegen Verdachtshinweisen unter Kontrolle. Drei von ihnen konnten die aktiven Handlungen zur Begehung von Verrat nachgewiesen werden. Sie wurden nach den dafür in der DDR geltenden Strafgesetzen von den zuständigen Gerichten verurteilt.

496

Oberleutnant Werner Stiller, Mitarbeiter der HVA, Sektor Wissenschaft und Technik, gelang im Januar 1979 die Flucht über die GÜST Bahnhof Friedrichstraße in Berlin. Stiller nahm zahlreiche Dokumente mit und verriet wichtige Kundschafter der HVA an den Gegner. Einige konnten gewarnt werden und sich in die DDR absetzen.

Dieser Verratsfall war auch eine Niederlage für die Spionageabwehr des MfS, waren doch die Kontaktaktivitäten von Stillers Partnerin zum BND durch gezielte Fahndungsmaßnahmen in der Postverbindung schon weitgehend aufgeklärt. Der Fall Stiller wurde durch die Westmedien zwar maßlos hochgespielt – doch Niederlage bleibt nun mal Niederlage.

Zur Abwehr der Militärspionage

Die Westmächte, vor allem die USA, gingen schon bald nach Kriegsende im Rahmen ihrer Strategien (»Containment« und »roll back«) von militärischen Konflikten mit der Sowjetunion aus. Bis 1990 gab es auch einige gefährliche Situationen in der Welt – darunter auch um die beiden deutschen Staaten und Westberlin – die sehr schnell in einen atomaren Weltkrieg hätten umschlagen können.

Die vorrangig für die Militärspionage zuständigen Bereiche der westlichen Geheimdienste unternahmen folglich schon sehr früh erhebliche Anstrengungen, um militärische Planungen und die Kräftesituation der Sowjetarmee und ihrer Verbündeten zu erkunden.

Da in der DDR von Anbeginn beträchtliche Kontingente der Sowjetarmee stationiert waren und überdies zwischen der DDR und der BRD auch die Trennlinie der beiden Militärbündnisse verlief und der »Brückenkopf« Westberlin mitten in der DDR existierte, hatte die Militärspionage gegen die DDR und die hier stationierte Sowjetarmee von vornherein einen besonders hohen Stellenwert. Die Hauptbeteiligten dabei waren vor allem die militärischen Geheimdienstbereiche der USA und deren Zögling, die »Organisation Gehlen«, später der BND. Die Ziele der Militärspionage waren:

1. Die Beschaffung von Informationen aus den für die militärische Verteidigung bedeutsamen Objekten selbst. Dazu zählten vor allem die Stäbe der jeweiligen Militärverbände (GSSD/Westgruppe der Sowjetarmee, der NVA, der Grenztruppen, der VP-Bereitschaften, des MfS-Wachregimentes, der Kampfgruppen), deren Befehlsstellen, Einsatzstäbe, Logistikzentren usw. Dazu gehörten auch Kombinate oder Teile davon, Betriebe, Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen der Verteidigungsindustrie sowie Schaltzentralen für den Militärverkehr.

497

2. Die ständige aktuelle, umfassende und möglichst flächendeckende Informationsbeschaffung über militärische Objekte (Kasernen, Stabsgebäude, bestimmte Ministerien), Einrichtungen (Flugplätze, Häfen, Übungsgelände) und Bewegungen (Eisenbahn-, Straßen-, See- und Luftverkehr) von außen.

Die Dislozierung der Einheiten, die Lage der jeweiligen Objekte, Einrichtungen und Magistralen waren den Geheimdiensten im wesentlichen bekannt. Es kam ihnen aber darauf an, alle Veränderungen, wie die Zuführung anderer Waffensysteme, Truppenaustausch, Baumaßnahmen, veränderte Versorgungsleistungen rechtzeitig zu erkennen und zu erfassen.

Die Geheimdienste versuchten diese Ziele vor allem durch folgende Methoden zu realisieren:

- Die Schaffung von Spionen in den genannten Objekten zur unmittelbaren und direkten Informationsbeschaffung (sogenannte Innenquellen). Dazu zählten auch Personen, die nur zeitweilig oder indirekt mit entsprechenden Informationen oder Dokumenten in Berührung kamen (Schreibkräfte, Kopierer, Telefonisten, Übersetzer, Reinigungskräfte u. a.).
- Die Schaffung von Spionen im unmittelbaren Umfeld militärischer Objekte, Einrichtungen und Verkehrsschwerpunkten, die regelmäßige Kontrollen durchführen und entsprechende Veränderungen feststellen konnten (sogenannte Außenquellen). Dazu gehörten auch Reisespione aus der weiteren Umgebung oder auch aus der BRD und Westberlin, die die militärischen Bereiche regelmäßig aufsuchten und kontrollierten oder die als Transitreisende durch die DDR bei den an der Strecke liegenden militärischen Objekten regelmäßig analoge Feststellungen treffen konnten. Dazu gehörten ferner Mitarbeiter von Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen, die zeitweilig Zugang zu den Objekten hatten (Energie, Kraftstoff, Handwerker, Lebensmittel, Wäsche u. a.) und so entsprechende Informationen sammeln konnten.
- Die umfassende und im Laufe der Jahre immer mehr zugenommene Nutzung der fernmeldetechnischen und elektronischen Aufklärungsmöglichkeiten zur Militärspionage vom Territorium der BRD, von Westberlin, aus der Luft und dem Weltall usw. (wie bereits erläutert).
- Der Einsatz von Geheimdienstmitarbeitern oder Agenten unter der Abdeckung eines Diplomaten, Korrespondenten, Geschäftsmannes oder einem anderen legalen Betätigungsfeld in der DDR zur Eigenerkundung oder Informationsabschöpfung (Dazu wird an anderer Stelle ausführlich informiert.).
- Die umfangreichen und offensichtlich auch abgestimmten Kontrollfahrten der westlichen Militärverbindungsmissionen (MVM) und Militärin-

498

spektionen (MI), die bemerkenswerterweise mit den von der Spionageabwehr ohnehin erkannten territorialen Schwerpunkten der Militärspionage der Geheimdienste übereinstimmten (wie bereits informiert).

Bei der Militärspionage zeigte sich besonders deutlich die Komplexität und die Breite des Einsatzes von Kräften, Mitteln und Methoden zur Informationsgewinnung, sowohl der streng gehüteten militärischen Geheimnisse als auch weitgehend offener Informationen, die erst in der Zusammenführung und Analyse ihren wahren Wert erkennen ließen.

Bei der Militärspionage konnte davon ausgegangen werden, daß die Erkenntnisse der Geheimdienste der NATO-Staaten bei den zentralen Stäben zusammen liefen und dort ausgewertet wurden.

Die Innensicherung militärischer Objekte sowie in Betrieben und Einrichtungen der Verteidigungsindustrie und -forschung vor Spionageangriffen erfolgte durch die zuständigen Abwehrrdienstteinheiten. Das hieß für die GSSD die sowjetische Militärabwehr, für die NVA und die Grenztruppen der DDR die Hauptabteilung I (HA I); für das MdI und die DVP, den Zoll, die zentralen Stäbe der Kampfgruppen die Hauptabteilung VII im MfS und die Abt. VII der BV.

Für die Verteidigungsindustrie, die militärische Forschung und Entwicklung, die Versorgungseinrichtungen für das Militärwesen waren die HA XVIII bzw. die Abt. XVIII der BV und z. T. auch die territorial zuständigen Kreis- und Objektdienststellen (KD/OD) des MfS zuständig.

Für die Planung und Durchführung militärischer Transporte auf dem Schienen-, Luft- und Seewege trug die die HA XIX Verantwortung und die der Reichsbahnstruktur der DDR angepaßten territorial verantwortlichen Dienstteinheiten.

Die Sicherung dieser Abwehrbereiche erfolgte auf der Grundlage der konkreten Lageeinschätzung vor Ort und der darauf beruhenden Sicherungskonzeptionen. Nicht selten stammten die Ersthinweise zu spionageverdächtigen

Personen oder Handlungen aus gezielten Maßnahmen der Fahndung im gegnerischen Verbindungssystem (Post, Funk, Reiseverkehr) oder aus dem Operationsgebiet.
Für die zentrale Führung und Organisation der *Außensicherung militärischer Objekte*, Anlagen und Bewegungen war die HA II zuständig.
Die Außensicherung erfolgte nach dem Schwerpunktprinzip unter unmittelbarer Einbeziehung und Verantwortung der jeweils territorial zuständigen Abt. II der BV und Kreisdienststellen sowie in enger Koordinierung mit den für die jeweilige Innensicherung verantwortlichen Dienststeinheiten.

499

Im Rahmen der Außensicherung mußte stets mit dem Einsatz einer größeren Anzahl von Militärspionen, die für jeweils einzelne Objekte weitgehend »rund um die Uhr« zuständig waren, gerechnet werden.
Zur eindeutigen Identifizierung der vorhandenen Militärtechnik und -ausrüstung bzw. der im Objekt befindlichen Einheiten erhielten die in der Regel nur ungenügend militärisch vorgebildeten Spione Waffen- und Uniformerkennungstafeln. Diese Tafeln in Form von Folien oder kleinformatigen Fotokopien wurden bei persönlichen Treffs oder über Kuriere in speziellen Containern in der DDR übergeben bzw. über »tote Briefkästen« zugestellt. Mit Hilfe der abgebildeten Embleme und äußerlich feststellbaren Merkmale war die Unterscheidung der einzelnen Truppengattungen sowie der verschiedenen Arten und Typen von Kampftechnik und Militärfahrzeugen möglich. Selbst Informationen von Kennzeichen an Militärfahrzeugen, Briefe, Karten, persönliche Notizen von Militärangehörigen, gefunden auf Müllhalden oder aus der Umgebung militärischer Objekte, waren für die Analytiker in den Geheimdiensten von Bedeutung. Die Einzelinformationen fügten sie wie ein Puzzle zusammen.

Diese »Kontrolle« der militärischen Objekte erlangte vor allem dann besondere Bedeutung, wenn die Geheimdienste glaubten, Anzeichen für Spannungszeiten, unter denen sie Vorbereitungen für militärische Konflikte verstanden, erkannt zu haben.

Anhand sogenannter Spannungstafeln mit *Spannungsmerkmalen* (BND) oder mittels Listen *besonderer Ereignisse* (USA-Geheimdienste) sollten äußerlich feststellbare Erscheinungen und Vorgänge umgehend signalisiert werden, die als Erhöhung der Einsatz- und Gefechtsbereitschaft, als Beginn von Vorwarnzeiten oder gar der Mobilmachung auszumachen waren. In diese äußere »Objektkontrolle« wurden zunehmend auch Objekte der SED-Führung und bestimmter Ministerien sowie von Schutz- und Sicherheitsorganen einbezogen, denen im Spannungsfall ebenfalls »eine grundsätzliche Rolle« zuerkannt wurde (ZK der SED, das MfS, das Ministerium für Nationale Verteidigung, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, das Ministerium des Innern, die Zivilverteidigung und der Katastrophenschutz). »Spannungsmerkmale« waren aus Sicht der westlichen Geheimdienste ungewöhnlich starke Personen- und Fahrzeugbewegungen, voll beleuchtete Dienst- und Militärobjekte, Urlaubssperren, Kampfausrüstung, Bezug von Ausweichquartieren usw.

Es waren sehr viele solcher Merkmale aufgelistet, die Indikatoren für eine vermutete oder eingetretene Spannungssituation sein konnten und

500

die – gleich mit einem Kurz-Code verbunden – durch die Spione möglichst schnell per Funk oder Post an die Geheimdienstzentralen zu übermitteln waren.

Spannungsmerkmale hatten nicht nur für Militärspione absoluten Vorrang. Sie waren auch für andere Spione/Agenten, für alle anderen einsetzbaren Spionagequellen von grundsätzlicher Bedeutung, sie gehörten deshalb zur generellen Auftragsstruktur.

Diese komplexe und umfassende Außenaufklärung militärischer Objekte erfüllte für die Geheimdienste aber offenbar nur dann ihren Sinn, wenn tatsächlich eine weitgehend flächendeckende Kontrolle erreicht werden konnte. Das sollte Ende der 40er Jahre und in den 50ern bis zum 13. August 1961 mit massenhafter Anwerbung von Militärspionen, vor allem in Westberlin, gesichert werden. Später wurde diese Aufgabe mit technischen Aufklärungssystemen teilweise kompensiert. Trotzdem blieb ein relativ starkes Aufgebot an Spionen zur Außenaufklärung militärischer Objekte

durchgängige geheimdienstliche Praxis, besonders des BND.

Zur Anwerbung von Militärspionen gegen die DDR

Begonnen hatte alles 1946/47. Die westlichen Geheimdienste, vor allem die der USA und die »Organisation Gehlen«, filterten in zahlreichen »Befragungs«-Dienststellen Millionen von Personen nach geheimdienstlichen Kriterien und prüften sie auf ihre »Weiterverwendung«. Im Rahmen der Aktion »Hermes« wurden etwa drei Millionen Kriegsgefangene aus der Sowjetunion befragt, womit auch Gehlens Unterlagen der »Fremde Heere Ost« aktualisiert wurden, ferner zahlreiche Umsiedler aus Polen und der CSR sowie »Flüchtlinge« aus der SBZ/DDR.

Diese Befragungs- und Vernehmungspraxis übernahm ab 1958 offiziell als »Hauptstelle für Befragungswesen« mit zahlreichen Nebenstellen der BND in Kooperation mit anderen Geheimdiensten.

Eine zentrale Rolle spielte dabei das Westberliner »Notaufnahmelager« in Marienfelde (Marienfelder Chaussee). Analoge Aufnahmelager befanden sich in der BRD. Darunter das Zentrale Vernehmungs- und Befragungszentrum der USA-Geheimdienste »Camp King« in Oberursel/Taunus. Geheimdienstmitarbeiter saßen in den »Sichtungsstellen« der Aufnahmelager, um dort eine sogenannte Vorprüfung vorzunehmen. Es befragten und sortierten in der Reihenfolge die Experten der USA, Großbritanniens, Frankreichs und schließlich die der Bundesrepublik. Daraus ergab sich eines der größten Reservoirs der Informationsgewinnung und Rekrutierung von Spionen.

501

Die Anerkennung als »politischer Flüchtling« oder als »Verfolgter des SEDRegimes« sorgte für bessere »Startbedingungen«. Bereitwillig gaben daher die meisten Auskunft und erzählten alles, was sie dazu wußten, und oft noch ein wenig mehr. Sie nannten Verwandte, Freunde und Bekannte im »Osten« und waren nicht selten bereit, diese den »Bundesbehörden«, sprich den Geheimdiensten, zuzuführen. Sie schrieben Briefe an die Zurückgebliebenen, bestellten diese nach Westberlin, weil sie angeblich als Zeugen für das Notaufnahmeverfahren benötigt würden etc.

Hinzu kam das ganze »Grenzgänger«-Problem. Viele DDR-Bürger aus der Hauptstadt und dem Umland arbeiteten in Westberlin, besuchten dort Verwandte, Kinos und andere Veranstaltungen. Auf diese Weise gerieten sie nicht selten in die Fänge der Geheimdienste.

Massenhaft kontaktiert und geworben wurden Menschen unter Nutzung des Spekulationskurses der D-Mark zur DDR-Mark. Nicht wenige Geheimdienstmitarbeiter, Agentenführer, Zuführer und Tipper haben sich dabei eine »goldene Nase« verdient. Hunderte solcher im Schnellverfahren und gewissermaßen auf der Straße geworbener Spione wurden ermittelt, nicht wenige meldeten sich freiwillig bei den DDR-Sicherheitsorganen.

Die Hauptformen der Verbindung der Mehrzahl der Militärspione (Außenquellen) in der DDR zu den Geheimdiensten waren unter den Bedingungen der offenen Grenze um Westberlin, persönliche Treffs – etwa im Vier-Wochen-Rhythmus – und dazwischen, wegen der Aktualität der Informationen über die konkrete Situation an den militärischen Objekten, Briefe mit Geheimschrift an Deckadressen der Geheimdienste. Die Spionageabwehr stellte sich darauf ein. Militärspione aus entfernter gelegenen Orten (Bezirke Rostock, Erfurt, Dresden) nutzten in der Regel »Früh-Züge«, um zum Treff nach Westberlin zu fahren. Nach dem damaligen Status wurde Berlin als »Einheit« betrachtet (deshalb gab es keine innerstädtischen Grenzen). Personen die Fahrten nach und von Berlin im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr vollzogen, wurden an der Stadtgrenze kontrolliert.

In den Reisezügen übernahmen Angehörige der Zugbegleitkommandos (ZBK) der Transportpolizei der DDR während der Fahrt die Ausweiskontrolle. Die Kontrollen dienten neben Statusfragen vor allem der vorbeugenden Unterbindung krimineller Handlungen in der »offenen« Stadt Berlin (Spekulationen mit Währungen und Waren) und der Verhinderung sogenannter Republikfluchten. In den Zügen reisten auch Observationskräfte des MfS mit, die nach bestimmten Kriterien ausgewählte und von den Trapo-Angehörigen benannte Personen ab Zielbahnhof bis nach Westberlin beobachteten.

502

Die typischen Verhaltensweisen eines Spions (Anruf aus Telefonzelle – Warten auf Abholung mit PKW, in nicht wenigen Fällen sogar mit USABesitzer-

Kennzeichen) waren Indizien einer möglichen Spionagetätigkeit und bedurften einer Klärung.

Analog dazu erfolgten auch Kontrollen der Postsendungen der Militärspione an Deckadressen der Geheimdienste, die ja auftragsgemäß in viel kürzeren Abständen erfolgen sollten. Die nach festgelegten Kriterien erfolgte Postfahndung zeigte schon in den Anfängen – wegen der zielstrebigem Schwerpunkt-fahndung des MfS und der gelegentlichen Leichtfertigkeit und Oberflächlichkeit der Geheimdienste und ihrer Spione – bemerkenswerte Ergebnisse. *(Zur Postfahndung erfolgen später umfassendere Ausführungen.)*

Die Spionageabwehr ging offensiv mit der Situation um und begann in die Befragungsstellen, in die Filialen und Dienststellen der Geheimdienste konspirativ hineinzuarbeiten. Es wurde die Zusammenarbeit mit IM – sie hießen damals Geheime Mitarbeiter (GM) – verstärkt. IM wurden in das Blickfeld der Geheimdienste gebracht und »angeschleust«. Es fanden auch gezielte Überwerbungen von enttarnten Spionen statt.

Bereits in der Gründerzeit des MfS wurde eine Reihe von Geheimen Mitarbeitern gewonnen, die in Zentren und Einrichtungen der Geheimdienste Fuß fassen und vertrauensvolle Beziehungen zu Leitern und Mitarbeitern agentenführender Dienststellen und Filialen herstellen konnten.

1951 wurde ein GM geworben, der später stellvertretender Leiter der Filiale X 9592 der »Organisation Gehlen« in Westberlin werden sollte. Bereits Anfang der 50er Jahre gelang es der Abt. II der BV Magdeburg, den Kundschafter Horst Hesse in der agentenführenden Dienststelle des USA-Geheimdienstes MI in Würzburg »unterzubringen«. Im Rahmen der Aktion »Sonnenschein« kam er zu Pfingsten 1956 mit zwei kleinen Panzerschränken und dem gesamten Material der Dienststelle, einschließlich der Agentenkartei, in die DDR. Dank seines Wirkens und seiner beherzten Aktion konnten 130 Militärspione in der DDR identifiziert und festgenommen werden. Viele DDR-Bürger sahen seinen Einsatz an der »unsichtbaren Front« in dem bekannten DEFA-Film »For eyes only«.

Geheime Mitarbeiter der Spionageabwehr kamen zum Einsatz, die im Auftrag von Geheimdienstmitarbeitern in Westberlin Briefe von »Republikflüchtigen« an ihre Rückverbindungen in der DDR mit den bewußten »Einladungen« entgegennahmen und diese Briefe dann im Ostteil Berlins zum Versand brachten (um damit – was die Geheimdienste wollten – die MfS-Postkontrolle zu umgehen). Auf diesem Wege gelangten solche Briefe

503

schneller in die Hände der Spionageabwehr, als sich die Geheimdienste das vorstellen konnten.

Mit diesen »Postkontrollmaßnahmen« konnten die Empfänger schnell ermittelt und geprüft werden, wer sich offenbarte, wer unter operativer Kontrolle gehalten werden mußte oder für eine Zusammenarbeit gewonnen werden konnte.

Geprüft wurde, welche »Werbebriefe« gegebenenfalls einbehalten und öffentlich ausgewertet werden konnten. Nicht wenige der angeschriebenen oder in Westberlin kontaktierten DDR-Bürger meldeten sich beim MfS oder anderen staatlichen Organen der DDR. Gemeinsam mit ihnen wurde das weitere Vorgehen entschieden.

Viele von ihnen verweigerten eine Zusammenarbeit sowohl mit dem westlichen Geheimdienst als auch mit dem MfS. Sie blieben jedoch loyal gegenüber der DDR und wurden zum Schweigen verpflichtet. Andere erklärten sich zur Zusammenarbeit mit dem MfS bereit. Und wieder andere traten – unter Bezug auf ihre persönlichen Erfahrungen mit den plumpen Anwerbeversuchen der Geheimdienste mittels »Anschreibriefe« – an die Öffentlichkeit.

Im Zusammenhang mit postalischen »Einladungen« zu Treffen in Westberlin wurden von der Spionageabwehr auch Desinformationsmaßnahmen durchgeführt. Sie hatten folgenden Hintergrund: In den »Anschreibriefen« wurde dem Adressaten in der Regel eine Telefonnummer in Westberlin angegeben – zumeist im USA-Sektor – und ein Name, meist der des Werbers oder Agentenführers, der sich wiederum auf den »gemeinsamen Bekannten« im Aufnahmelager berief. Erfolgte dann der telefonische Kontakt, wurde in der Regel der Aufenthaltsort und das äußere Erscheinungsbild des Anrufers mitgeteilt. Zumeist wurde dann vom angerufenen Geheimdienstmitarbeiter versichert, daß er in »ca. 20 Minuten am ausgemachten Ort« eintreffen werde, um den Anrufer abzuholen. Das Weitere lief dann so

ab: Standort und Beschreibung der äußeren Kennung waren falsch. Der jeweilige Geheimdienstmitarbeiter fand an der vereinbarten Stelle nicht den von ihm erhofften Werbekandidaten, er fuhr praktisch mit seinem PKW »ins Leere«. Kurze Zeit später meldete sich der zuverlässige GM/IM von einer anderen öffentlichen Telefonzelle erneut beim Geheimdienstmitarbeiter mit der frustrierten Anfrage, wo er denn bleibe, und bat erneut um ein Zusammentreffen. Diese Übung wurde mehrfach wiederholt.

Derartige Maßnahmen hatten im wesentlichen drei Effekte: Der Geheimdienstmitarbeiter wurde beschäftigt und zunehmend verunsichert. Darunter litten später dann »echte« Anrufer. Und man konnte den Mitarbeiter »aufklären«, ihn eventuell bis zu seiner Dienststelle verfolgen.

504

Das waren wichtige Ausgangsinformationen für eine gezielte Bearbeitung dieser Dienststelle.

Diese Desinformationsmaßnahmen (1955/56 gegen die Dienste der USA unter der Bezeichnung »Pentagon« gelaufen) erledigten sich von selbst: Schon bald standen an öffentlichen Telefonzellen in der Nähe der Sektorengrenzen und an den Bahnhöfen in Westberlin Polizisten oder zivile Beobachter.

Bereits Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre konzentrierten sich die CIA und die USA-Militäraufklärungsdienste auch auf die Befragung von Übersiedlern aus Polen, der CSR, aus den baltischen Sowjetrepubliken, aus der Ukraine, die in den Befragungsdienststellen in Westdeutschland und in Westberlin auftauchten. Bei »Eignung« wurden sie im Vernehmungszentrum der USA-Geheimdienste »Camp King« in Oberursel/Taunus

als Einzelkämpfer und Spione umfassend ausgebildet. Hier stießen dann auch noch Personen hinzu, die sich als Kollaborateure der faschistischen Wehrmacht und Sondereinheiten angedient hatten. Nach erfolgter Ausbildung wurden sie per Flugzeug nach Westberlin gebracht, von Mitarbeitern einer speziellen MI-Dienststelle übernommen und auf ihren Einsatz in den genannten Ländern vorbereitet. Zum Teil sollten sie dort »ruhende« Agentennetze des faschistischen Geheimdienstes »Fremde Heere Ost« reaktivieren.

In der Nähe von Forst, an der Staatsgrenze der DDR zur VR Polen, wurde damals ein USA-Spion festgenommen. Nach eigenen Angaben wollte er Adjutant beim Kollaborateur Wlassow gewesen sein, jenem sowjetischen General, der zu den Nazis übergelaufen war und sich in ihren Dienst gestellt hatte. In der Vernehmung gab er an, im Auftrage der »Amerikaner« zwei Agentennetze des faschistischen Geheimdienstes in Litauen und Lettland reaktivieren zu wollen. Der damalige Vernehmer der Spionageabwehrdienstseinheit erinnert sich noch heute an die haßerfüllten Ausfälle: »Sie jüdische Kommunistensau, wenn ich jetzt ein Messer hätte, würde ich Ihnen die Kehle durchschneiden!« Es war eine besonders brutale, extrem antikommunistische und risikobereite Kategorie von Agenten, die bis zum 13.

August 1961 durch die DDR im Transit Richtung Osten geschleust wurde. Die MI-Dienststelle in Westberlin wurde gezielt von der Spionageabwehr, konkret von der HA II und IM der Abteilungen II der BV Berlin, Potsdam und Cottbus bearbeitet. Die Mehrzahl der als Schleuser eingesetzten Agenten waren IM des MfS, womit derartige Geheimdienstaktionen von vornherein unter Kontrolle des MfS gebracht wurden und damit meistens auch zum Scheitern verurteilt waren.

505

Das MfS arbeitete dabei eng mit den polnischen und tschechischen Sicherheitsorganen zusammen. Mehrere der eingesetzten IM des MfS traten auf internationalen Pressekonferenzen auf und entlarvten diese kriegsvorbereitenden Geheimoperationen der USA-Geheimdienste.

Etwa zur gleichen Zeit wurden zahlreiche Spione/Agenten des MI (später INSCOM) und der »Organisation Gehlen« (später BND) festgenommen, deren Einsatz eindeutig auf den »E-Fall« fixiert war. Auf den Kriegsfall orientierte der schon erläuterte »Generelle Auftrag«, der bei dem Gehlen-Spion Bandelow (Hauptreferent im Staatssekretariat für Kraftverkehr und Straßenwesen der DDR) und seiner Gruppe sichergestellt worden war. Die Vorbereitung auf den »E-Fall« wurde auch beim Prozeß im Juni 1955 vor dem 1. Strafsenat des Obersten Gerichts der DDR gegen den Agentenring »Meldekopf Nord-Ost«, wie er beziehungsreich von Gehlen selbst bezeichnet wurde, zweifelsfrei nachgewiesen.

Der Meldekopf bestand aus sieben Mitgliedern. Einer davon war ehemaliger Angehöriger der SS-Division »Prinz Eugen«. Er wurde von der »Organisation Gehlen« über ein Jahr lang als Funker ausgebildet.

Die Gruppe schleuste drei komplette Funkempfänger- und Sendegeräte neuester USA-Produktion von Westberlin in die DDR, testete die Funkverbindung zur Zentrale und lagerte die Geräte in sogenannte Fernverstecke aus. Der Funktest mit der Zentrale gelang und wurde bestätigt. Die Funkabwehr des MfS registrierte das ebenfalls. Die Gruppe legte TBK an, wo die Mitglieder der Gruppe und andere Spione im »E-Fall« Informationen zur aktuellen militärischen Lage hinterlegen sollten. Die Agentengruppe sollte sich zunächst nur auf die Erkundung und Feststellung von »Spannungsmerkmalen«, wie im »Generellen Auftrag« vorgegeben, orientieren und erst im »E-Fall« aktiv werden. Der »Meldekopf Nord-Ost« sollte dann funkseitig von Kopenhagen aus geführt werden.

Dem Wesen nach handelte es sich bei dieser Spionagegruppe und weiteren – auch einzeln tätigen Spionen – mit ähnlicher Auftragsstruktur, um »Einsatzkräfte« der westlichen Geheimdienste für Spannungsperioden bzw. den Kriegsfall.

Auf gleicher konzeptioneller Linie lagen die Anfang der 80er Jahre unter der Bezeichnung »Gladio« (Kurzschwert) oder »Stay behind« (in Reserve bleiben; zurückbleiben hinter den Linien) bekannt gewordenen Geheimkommandos in westeuropäischen Ländern. Das waren Untergrundgruppen, die im Hinterland des Gegners im »E-Fall« operieren sollten.

Auf dem Territorium der DDR sind diese »Schweigenetze« (heute würde man sie »Schläfer« nennen) im Prinzip gescheitert. Sie wurden fast alle

506

enttarnt, die beteiligten Akteure der Justiz zugeführt und von den Gerichten der DDR verurteilt.

In der BRD wurden solche »Überrolltruppen« vom BND in Bayern und Niedersachsen an der Staatsgrenze zur DDR disloziert. Sie bestanden aus geheimdienstlich ausgebildeten Bundesbürgern, die im sogenannten Zonenrandgebiet wohnten und dort ganz normalen zivilen Berufen nachgingen und nicht zum Wehrdienst eingezogen wurden (Behinderte, Frauen, Versorgungsleister, z. B. Bäcker u. a.). Bei Manövern und Wehrübungen holten sie ihre Funkgeräte und Waffen aus konspirativen Depots hervor – ähnlich den Fernverstecken der Gehlen-Agenten vom »Meldekopf Nord-Ost« – und probten den »E-Fall«. Die Funkabwehr des MfS hörte mit.

Im Zuge der Aktion »Pfeil« im Sommer 1954 wurden 29 Funkgeräte aus den USA in der DDR sichergestellt.

Von der Existenz solcher Gruppen wollten weder das Kanzleramt noch die Bundeswehrführung etwas gewußt haben. Selbst der ehemalige BND-Präsident Klaus Kinkel kann sich daran nicht erinnern. Und obgleich man sich in der BStU-Behörde aufs Suchen versteht: Darüber hat man offensichtlich nichts entdeckt.

In jener Zeit der Massenwerbung von Militärspionen in Westberlin wurden eine Reihe Organisationen und Einrichtungen tätig, die Besucher, Klienten, Hörer etc. auf ihre nachrichtendienstliche »Verwertung« testeten.

Geeignete Kandidaten wurden »getippt« oder direkt den Geheimdiensten zugeführt. Einige Führungspersönlichkeiten waren zugleich Mitarbeiter oder Agenten der Geheimdienste. Zu diesen Organisationen gehörten, zumindest einzelne Bereiche davon, der »Untersuchungsausschuß freier Juristen« (UfJ), die »Vereinigung politischer Ostflüchtlinge« (VpO), die »Vereinigung der Opfer des Stalinismus« (VOS), das »Informationsbüro West« (IWE), die Hörerabteilung des RIAS, der Bereich »Briefe ohne Unterschrift« der BBC und andere.

Wie rücksichtslos und zum Teil unprofessionell die Geheimdienste Militärspionage gegen die DDR betrieben, beweist ein Fall aus dem Jahr 1956:

Im Frühsommer reiste der 45jährige Ostberliner Paul B. mit dem D-Zug nach Altenburg im Bezirk Leipzig. Mit einer kompletten Anglerausrüstung bestieg er am Bahnhof ein Taxi und ließ sich nach Nobitz bringen. Dort befand sich ein kleines Fließchen und in unmittelbarer Nähe ein Flugplatz der sowjetischen Luftstreitkräfte.

Der Taxifahrer war IM der KD Altenburg, der vom MfS einen Opel »Kapitän« vermittelt bekam. Selbst passionierter Angler, wußte er, daß in diesem Fließchen kein Fisch schwamm, und roch den »Braten«. Er war

schließlich ordentlich von seinem Führungsoffizier instruiert worden. Der IM und sein Berliner Fahrgast kamen ins Gespräch. Der Taxifahrer klagte über fehlende Ersatzteile für seinen Opel. B. versprach zu helfen und lud ihn zu einem Besuch nach Berlin ein. B. führte den IM auf direktem Wege dem MI-Mitarbeiter »Florenz« in Berlin-Zehlendorf zu, der dabei als Spion für den Flugplatz Altenburg geworben wurde.

Sechs Wochen später wurden zwei Spione des MI-Mitarbeiters am sowjetischen Militärflugplatz in Werneuchen bei Berlin auf frischer Tat gestellt.

Sie benannten B. als ihren Kurier. Der wurde daraufhin observiert und auf dem Wege von Berlin-Baumschulenweg in Richtung Neukölln vor der offenen Sektorengrenze festgenommen.

B. war Oberfeldwebel der faschistischen Wehrmacht. Er gestand bereits bei der ersten Vernehmung, als Spion und Kurier einige Male als Werber des MI tätig gewesen zu sein. Er war Kurier für zwölf Spione des MI in allen Teilen der DDR, vornehmlich nördlich von Berlin.

Ganz ähnlich agierte auch die CIA in Westberlin.

Im Januar 1958 – nach einem Besuch seiner Tante – suchte der Maschinenbau-Student Rolf E. aus Hennigsdorf ein Restaurant in Westberlin auf.

Als sein Tischnachbar in der voll besetzten Neuköllner Kneipe von seiner Herkunft und Ausbildung erfuhr, telefonierte er umgehend mit einem »Freund«, der kurze Zeit später erschien. Der machte Rolf E. auf die Möglichkeiten eines »Nebenverdienstes« aufmerksam, damit er sein DDR-Stipendium aufbessern könne. Man wolle von ihm Informationen über die Preisentwicklung in der DDR haben. Rolf E. erhielt 10 DM und die Einladung zu einem Gespräch in Berlin-Dahlem.

Rolf E., durch die Öffentlichkeitsarbeit des MfS gewarnt, informierte eine MfS-Dienststelle von dem Vorfall. Die dortigen Mitarbeiter baten Rolf E. um Unterstützung zur Aufklärung der Hintergründe dieser Kontaktaufnahme.

(Er wurde GM/IMB des MfS und trug in der Folgezeit wesentlich zur Aufklärung der CIA-Mitarbeiter und deren Dienststelle bei, von Treffquartieren, von Angriffszielen der CIA, von Methoden des Verbindungswesens u. a.) Aus der Bitte um Informationen zur »Preisentwicklung in der DDR« wurden bald Forderungen nach Daten über Entwicklung, Produktion und Auslieferung von Schienenfahrzeugen, zur automatischen Kupplung und zu Spurradwechselsätzen – technische Fragen, die bei Militärtransporten von der Sowjetunion nach der DDR wegen der unterschiedlichen Spurbreite von Bedeutung waren.

Im Interesse der Entwicklung dieser Geheimdienstverbindung und in Abwägung der Forderungen des militärischen Geheimnisschutzes der

508

Armeen des Warschauer Vertrages wurden entsprechende Informationen zur Verfügung gestellt.

Nach einem Test auf dem sogenannten Lügendetektor (dem Polygraf) wurde der nunmehrige CIA-Agent »Ring« auch als Funker für den »E-Fall« ausgebildet. Er erhielt ein entsprechendes Funksende- und empfangsgerät und sollte auf »besondere Ereignisse« achten. Gleichzeitig erhielt er den Auftrag, im »E-Fall« auch Informationen anderer Spione entgegenzunehmen und an die CIA-Funkzentrale in Frankfurt am Main zu senden. Über die einseitige Funkverbindung im Kurzwellenbereich und die Kennmelodie »An der schönen blauen Donau« erhielt CIA-Agent »Ring« Aufträge und Instruktionen. Per Post schickte er seine »Informationen« an Deckadressen mittels Geheimschreibverfahren. Hilfsmittel und Geld wurden über TBK übermittelt.

In der ganzen Zeit seines Doppellebens im Interesse der Sicherheit der DDR lieferte er wichtige Informationen über die Arbeit der CIA.

Auf einer Pressekonferenz des MfS im September 1967 in Berlin wurden die Geheimdienstoperationen der CIA einem internationalen Gremium detailliert vorgestellt.

Die HA II ging bei der Organisation des Kampfes gegen die Militärspionage von zwei grundsätzlichen Erwägungen aus. Erstens: Der Militärspion mußte an das Objekt heran, d. h. an die Panzerkaserne, den Flugplatz, die Raketenstellung. Er mußte vor Ort die Situation feststellen, beobachten, zumindest registrieren, und er mußte zweitens diese Feststellungen möglichst schnell an seinen Auftraggeber übermitteln. Beide Erwägungen und

ihre Konsequenzen für die Organisation der Abwehrarbeit sollen näher erläutert werden.

Zur Außensicherung militärischer Objekte

Wenn die möglichst lückenlose und ständige Kontrolle militärischer Objekte, Anlagen und Bewegungen für die Geheimdienste einen so hohen Stellenwert hatte und die dazu eingesetzten Militärspione ihre Ausspähung letztlich vor Ort an den Objekten vornehmen mußten, ergab sich für die Spionageabwehr die Aufgabe, diese Objekte nicht nur von innen, sondern vor allem auch von außen zu sichern, und zwar so, daß dadurch Militärspione erkannt und identifiziert werden konnten.

Dabei mußte die Außensicherung der militärischen Objekte einschließlich ihrer Beziehungen zur »zivilen Umwelt« wirksam mit der »Innen«-Sicherung der Objekte verknüpft werden.

509

Von besonderer Bedeutung war die Koordinierung der Sicherung militärischer Objekte der Westgruppe der Sowjetarmee in der DDR mit der sowjetischen Militärabwehr.

Nun konnten nicht Hunderte militärische Objekte mit einem hohen personellen, technischen und logistischen Aufwand gesichert werden. Folglich mußten Kriterien erarbeitet werden, um eine richtige Auswahl solcher Objekte treffen und sich auf Schwerpunkte konzentrieren zu können. Ziele gegnerischer Ausspähaktionen waren besonders Raketeneinheiten aller Art (ab den 80er Jahren vor allem sowjetische operativ-taktische Raketen vom Typ »SS 21«), Flugplätze und Flugleitsysteme, Objekte mit militärischer Kampftechnik, besonders Panzer der schweren Typen, Manöver- und Übungsgelände, Verladebahnhöfe, Häfen sowie die Magistralen des Militärverkehrs von bzw. nach der Sowjetunion über das Territorium der VR Polen.

Die Lage und äußeren Bedingungen des Objektes mußten so sein, daß eine Kontrolle von Kfz- und Personenbewegungen am Objekt möglich war. So machte es beispielsweise wenig Sinn, den Kfz-Verkehr an einem Objekt zu filtern, das an einer viel befahrenen Fernverkehrsstraße oder der Autobahn lag.

Die jeweiligen Außensicherungsmaßnahmen mußten möglichst mindestens zwei wichtige Objekte erfassen, die von einem möglichen Militärspion relativ einfach zu kontrollieren waren.

Die meisten der von außen tätigen Militärspione wurden nach territorialen Aspekten angeworben und eingesetzt. Das bedeutete für die Spionageabwehr: Wer an mindestens zwei militärischen Objekten auffällig wurde, geriet in Verdacht der Militärspionage.

Der Hauptinhalt der Außensicherung ausgewählter militärischer Objekte, Anlagen und Magistralen des Militärverkehrs bestand darin, die Personenbewegungen und den Kfz-Verkehr an solchen Orten möglichst vollständig zu erfassen und miteinander zu vergleichen. Das erfolgte durch stationäre und bewegliche Observationskräfte, durch Foto- und Beobachtungstechnik und den Einsatz von IM aus dem Kreis der Anwohner und der Objekt-Umweltbeziehungen, die nicht selten selbst Zielpersonen gegnerischer Kontaktversuche waren.

Das größte Problem war meist, die aufgefallenen Personen zu identifizieren und zu erfassen. War das aber erfolgt, konnten diese auch in andere Sicherungs- oder Fahndungssysteme der Spionageabwehr einbezogen werden.

Günstige Einsichtsmöglichkeiten in militärische Objekte wurden besonders gesichert. Manche wurden aber auch bewußt geschaffen, in bestimm-

510

ten Situationen wurden z. T. auch Bewegungen vorgetäuscht oder Attrappen aufgebaut, um Militärspione zu Aktivitäten zu animieren – und sie damit besser und schneller erkennen zu können.

Für die Militärspione gab es neben der Gefahr, durch die konspirativ organisierte Außensicherung der Spionageabwehr des MfS entdeckt zu werden, noch eine zweite große Gefahr – und die betraf unmittelbar Leib und Leben.

Die militärische Absicherung der sowjetischen Objekte erfolgte durch mobile und stationäre sowjetische Wacheinheiten. Diese waren von der sowjetischen Militärabwehr in hohem Maße motiviert, Spione oder auch andere Kriminelle, die sich an den Objekten auffällig zu schaffen machten,

zu erkennen und festzunehmen. Einige solcher tatsächlichen oder vermutlichen Spione, die sich offenkundig zu weit vorgewagt hatten, die auf Aufforderungen zum »Stehenbleiben« nicht reagierten und sich einer beabsichtigten Festnahme durch Flucht zu entziehen versuchten, wurden dabei verletzt, einzelne haben das mit dem Leben bezahlt.

Die Geheimdienste wußten von dieser Gefahr. Die Spione der britischen und französischen Militäraufklärungsdienste näherten sich daher den Objekte in dieser Weise kaum. Die USA-Dienste zogen sich auch zurück. Der BND behielt diese Praxis bei einer z. T. miserablen Instruierung seiner Spione bis zum Ende des MfS/AfNS bei.

Die Außensicherung militärischer Objekte wurde mit beträchtlichem Aufwand organisiert. Deshalb mußte die Auswahl derartiger Objekte und der Umfang einzusetzender Kräfte des MfS im Rahmen realer operativer Möglichkeiten gehalten werden.

Aber immerhin resultierten mehr als 15 Prozent der Ersthinweise zu Militärspionen aus solchen Sicherheitsbereichen.

Natürlich erhob sich schon damals die Frage, ob der beträchtliche Aufwand zur Außensicherung militärischer Objekte gerechtfertigt war, zumal der Einsatz der fernmelde- und elektronischen sowie der flugzeug- und satellitengestützten Aufklärungssysteme bereits eine solche Qualität erreicht hatte, daß Spione vor Ort letztlich nur noch gezielte Überprüfungen durchzuführen hatten.

Aber auch durch deren gezielte »Kontrollen« konnten die Geheimdienste weitere bedeutende neue Erkenntnisse gewinnen.

Als Folge der Stockholmer Vereinbarung über »Vertrauensbildende Maßnahmen« (KVAE) 1986 kam es zur absurden Situation, daß die eingeladenen Manöverbeobachter und Inspektoren – in der Regel gut ausgebildete und mit moderner Technik ausgerüstete Geheimdienstmitarbeiter –

511

mit Fotoapparaten und Aufnahmetechnik in den militärischen Objekten herumliefen, während gleichzeitig – wenn auch nicht unbedingt auf das jeweilige Objekt bezogen – die Spionageabwehr des MfS die Außensicherung organisierte.

Zum wechselseitigen Verbindungssystem zwischen den Geheimdiensten und ihren Spionen in der DDR. Die Organisation der gezielten Fahndung in ausgewählten Verbindungswegen

Das Verbindungssystem – die Verbindungswege der Geheimdienste zu ihren Spionen im »Feindesland« und von den Spionen zu den jeweiligen Auftraggebern – ist die »Achillesferse«, die anfälligste und gefährlichste Stelle im Geflecht der verdeckten geheimdienstlichen Tätigkeit.

Dafür gibt es mehrere Gründe.

Spione benötigen zur Nutzung der Verbindungswege in der Regel Hilfsmittel, z. B. schriftliche Anweisungen, Geheimschreibmittel, Chiffrier- und Dechiffrierunterlagen, Funkempfangs- oder andere Übertragungs- bzw. -sendegeräte u. a., die beim Auffinden eindeutig als nachrichtendienstliche Hilfsmittel identifiziert werden können und letztlich materielle Beweismittel bei einem Gerichtsverfahren darstellen.

Eindeutig nachrichtendienstliche Gegenstände, beispielsweise Briefe mit Geheimschrift oder TBK befinden sich zeitweilig völlig außerhalb der Kontrolle des Spions und auch des Geheimdienstes. Damit sind sie zwangsläufig möglichen Fahndungsmaßnahmen ausgesetzt. Das wurde von der Spionageabwehr des MfS genutzt.

Die einzelnen Verbindungswege zwischen den Geheimdiensten und den Spionen in der DDR waren von vielen Faktoren abhängig. Dazu gehörten die Bedingungen für den grenzüberschreitenden Reiseverkehr zwischen der DDR und der BRD bzw. Westberlin, sowie insgesamt das Grenzregime an der Staatsgrenze. Allein schon daraus ergaben sich auch Notwendigkeiten, die Verbindungswege und -methoden ständig den Veränderungen anzupassen.

Die konkrete Ausgestaltung des Verbindungssystems hing ferner auch von den konkreten Lebensbedingungen des Spions und vielfach auch vom »Einfallsreichtum« des zuständigen Geheimdienstmitarbeiters ab.

Zu unterscheiden war einerseits zwischen wechselseitigen persönlichen und den schon erwähnten unpersönlichen Verbindungswegen andererseits. Und es gab auch jeweils nur einseitige Verbindungen, d. h. Verbindungen immer nur in eine Richtung entweder vom Geheimdienst zum Spion

oder umgekehrt.

512

Zu den wichtigsten Bestandteilen der wechselseitigen Verbindungen gehörten

a) der *persönliche Treff* zwischen Geheimdienstmitarbeiter und Spion.

In der Regel fanden diese in Westberlin, in der BRD oder in anderen nichtsozialistischen Staaten, in Ausnahmefällen auch im sozialistischen Ausland statt. Sie erfolgten in konspirativen Wohnungen und Objekten, in Hotels, Pensionen, öffentlichen Institutionen und Einrichtungen, in Pkw, in Parks usw. und waren nicht selten verbunden mit der gleichzeitigen Einleitung von Maßnahmen zur Absicherung solcher Zusammenkünfte und zur Kontrolle, ob eventuell Observations- und andere Maßnahmen des MfS zu erkennen waren.

In bestimmten Ausnahmefällen wurden Spione auch zur persönlichen Treffdurchführung konspirativ aus der DDR aus- und danach wieder eingeschleust, z. B. mit Hilfe und unter Mißbrauch der Kontrollbefreiung von Diplomatenfahrzeugen.

Persönliche Treffs erfolgten zur unmittelbaren Berichterstattung und Informationsübergabe, zur Auftragserteilung, zu Schulungszwecken und zur Instruktion, zur Übergabe nachrichtendienstlicher Hilfsmittel und zur »Vergütung«. Sie dienten den Geheimdiensten zur psychologisch-emotionalen Einflußnahme auf den jeweiligen Spion, zur Überprüfung seiner Ehrlichkeit und Motivation. Persönliche Treffs waren für die Geheimdienste offenkundig die direkteste und durch den damit möglichen kompetenten Dialog auch effektivste Verbindungsart.

b) der *Instrukteur- und Kuriertreff*. Das war ebenfalls ein persönlicher Verbindungsweg, der aber vorrangig am Wohnort des Spions, also in der DDR, aber auch im sozialistischen Ausland stattfand.

Während der Instrukteur mit weitgehenden Kompetenzen ausgestattet, den Geheimdienstmitarbeiter in »Feindesland« faktisch vertrat (ähnlich den persönlichen Treffs), hatte ein Kurier meist nur Teilaufgaben zu erfüllen – etwa die Übergabe oder Übernahme von Informationen, von Anweisungen, von Technik oder Geld. Das erfolgte faktisch »ohne Kommentar«.

Beide – Instrukteur und Kurier – mußten hohes Vertrauen sowohl beim Spion als auch beim Geheimdienst genießen, denn ein solcher Einsatz war zweifellos mit hohen Risiken für beide Seiten verbunden. Vielfach waren das deshalb Verwandte oder enge Freunde des Spions, z. T. sogar die Personen, die erst den Kontakt zum Geheimdienst vermittelt hatten, also die einstigen Zuführer und Werber des Spions.

Eine spezifische Form der Kurierverbindung war die Einreise von Kurieren in die DDR, um dann auf dem Territorium der DDR »Tote Briefkä-

513

sten« zur »Versorgung« der Spione anzulegen und sie zu füllen. Kurier und Spion kannten sich bei dieser speziellen Verbindungsart nicht.

c) die *postalischen Verbindungswege* zwischen den Geheimdiensten und den Spionen in der DDR sowie auch umgekehrt von den Spionen zu den Geheimdienstzentralen.

d) die *Funkverbindungen* der Geheimdienste zu den Spionen in der DDR und von diesen zu den Geheimdiensten.

Der Umfang und die konkrete Ausgestaltung des Verbindungssystems wurde meist von den konkreten Bedingungen des Spions bestimmt. Vielfach wurden auch »Reserveverfahren oder -verbindungswege« für bestimmte Situationen festgelegt, ohne bereits praktische Anwendung gefunden zu haben. Nicht selten zwangen Fahndungserfolge der Spionageabwehr des MfS die Geheimdienste zur Aufgabe oder Veränderung einzelner Wege und Methoden.

Vor dem 13. August 1961 reduzierte sich das Verbindungssystem im wesentlichen auf den persönlichen Treff in Westberlin und zunehmend auf die einseitige Funkverbindung von der Zentrale an den Spion und den Versand von Briefen mit Geheimschrift durch den Spion an Deckadressen der Geheimdienste in Westberlin, in der BRD oder anderen nichtsozialistischen Staaten.

Nachdem die persönlichen Treffmöglichkeiten weitgehend entfielen, wurden die bereits genannten unpersönlichen Verbindungswege weiter ausgebaut und gleichzeitig nach neuen Möglichkeiten gesucht. Der Spionageabwehr gelang es, sich mit Unterstützung von Spezialisten aus Wissenschaft

und Technik auf die neuen Bedingungen im Verbindungssystem einzustellen.

Zur Fahndungstätigkeit der Spionageabwehr des MfS

Die Fahndungstätigkeit konzentrierte sich auf die postalischen Verbindungswege unter Verantwortung der Abteilungen M, die Funkverbindung unter Verantwortung der HA III sowie die persönlichen Verbindungswege, also auf die Kontrolle des grenzüberschreitenden Personenverkehrs in Kooperation zwischen den HA II und VI. Ergebnisse der Fahndung waren meist namentlich noch unbekannte Spione. In mühevoller Kleinarbeit wurden diese danach namentlich identifiziert.

Zum postalischen Fahndungssystem

Der Mißbrauch der offiziellen Postverbindungen durch westliche Geheimdienste war vor allem in folgender Hinsicht nachweisbar.

514

Die Geheimdienste der BRD und der USA nutzten die Postverbindungen aus und nach der DDR im Rahmen der von ihnen betriebenen und auch vom BND so bezeichneten »strategischen Postkontrolle« im großen Umfang zur Informationsgewinnung, vor allem aber zur Suche von Werbekandidaten nach entsprechenden Auswahlkriterien. Im Zusammenhang mit der Darlegung der »rezeptiven Aufklärungsbereiche« der Unterabteilung 14 B des BND sowie der Postkontrolle der USA-Geheimdienste in Westberlin wurde darauf bereits eingegangen.

Bezogen auf die von westlichen Geheimdiensten angeworbenen DDR-Bürger wurde die Postverbindung zwischen der DDR und der BRD bzw.

Westberlin vor allem zur Übermittlung von Spionageinformationen, aber auch zur Übermittlung von Anweisungen, nachrichtendienstlichen Hilfsmitteln, Geld und Versorgungsgütern mißbraucht.

Das MfS konnte nicht zulassen, daß die offizielle Postverbindung mißbraucht und damit die Post der DDR zum »Dienstleister« westlicher Geheimdienste wurde. Das MfS nutzte die Kontrolle des Postverkehrs, um Aktivitäten westlicher Geheimdienste zu erkennen, einzuschränken und schließlich durch Festnahme identifizierter Spione zu verhindern. Die damit beauftragten Diensteinheiten waren die Abteilung M im MfS und die Abteilungen M der BV. Zeitweise waren auch die Abteilungen Postzollfahndung (PZF) in das Abwehrsystem eingebunden.

Bis 1962 organisierten die Abteilungen M die postalische Fahndungsarbeit weitestgehend eigenständig in Kooperation mit Spezialisten des Operativ-technischen Sektors (OTS) des MfS. Erst danach arbeiteten sie infolge der Qualifizierung der geheimdienstlichen Postverbindung zunehmend nach exakten Zielvorgaben der HA II. Ausdruck dieser notwendig gewordenen engeren Zusammenarbeit zwischen HA II und Abt. M/PZF waren deren zunächst anleitungsmäßige Zuordnung zu einem Stellvertreterbereich der HA II. Etwas später wurden die Leiter beider Abteilungen des MfS dem Leiter der HA II dienstrechtlich voll unterstellt. Durch beide Festlegungen wurde die Realisierung gezielter Fahndungsmaßnahmen nach *nachrichtendienstlichen Postsendungen* der Hauptgegenstand der Postkontrolle des MfS.

Zur Postverbindung von den Geheimdiensten zu Spionen in der DDR

In Paketen westlicher Geheimdienste an ihre Spione in der DDR wurden Gebrauchsgegenstände versandt, beispielsweise Toilettenartikel, Spielzeug, Werkzeug, Kfz-Ersatzteile, Haushaltgeräte und anderes. Diese wurden oft als Container genutzt für Geld sowie für Funksende- und -empfangsgeräte

515

(Schnellgeber oder Konverter), Speziialschreib- und Lesegeräte, Geheimschreibmittel, Anweisungen, Waffen- und Uniformerkennungstafeln und andere Spionagehilfsmittel. In Einzelfällen benutzte man sie auch zum Verstecken von Waffen.

Diese »Paket-Methode« wurde nach dem 13. August 1961 relativ häufig angewandt. Der neu geschaffenen Abt. Postzollfahndung des MfS wurde deshalb die Aufgabe übertragen, vorrangig nach Spionagehilfsmitteln und Geld in Paketsendungen aus Westberlin und der BRD an Bürger der DDR zu fahnden. Nach anfänglich guten Fahndungsergebnissen, u. a. gegen das BfV/die LfV sowie gegen französische Dienste, ging die Erfolgsquote erheblich zurück. Die Abt. PZF wurde aufgelöst und Teilaufgaben wurden von den Abteilungen M übernommen.

Schriftliche Anweisungen an Spione waren auch in Briefen mit Geheimtexten

enthalten, deren Sichtbarmachung z. B. durch Wärme, Bügeln, das Halten über Dampf oder das Eintauchen in spezielle Flüssigkeiten erfolgten. Spionageanweisungen wurden aber auch als sogenannte *Mikrate* – das waren Kleinstfotonegative, deren Inhalt nur unter einem Mikroskop mit 150- bis 160facher Vergrößerung lesbar war – an Postkartenecken eingeklebt, in Glanzansichtskarten oder in Fachzeitschriften versteckt sowie als sogenannte latente Fotografie (unsichtbare Fotos) in Postkarten projiziert und an Spione in der DDR geschickt.

Ein 1964 vom MfS festgenommener Spion der CIA, ein Experte für Geodäsie und Kartografie, erhielt z. B. seine Aufträge und Instruktionen in Form von Mikraten, die in den an ihn geschickten Fachzeitschriften eingearbeitet worden waren.

Bei einer vorhandenen privaten Verbindung wurde der Post-Weg vom Geheimdienst zum Spion für Vereinbarungen von Instrukteurstreffs und für andere geheime Mitteilungen genutzt, aber auch zum Verschicken von Spionagesold in Form von Versorgungspaketen mit Nahrungs- und Genußmitteln. Trotz der Risiken hatten solche »privaten« und »unverdächtigen« Postverbindungen vor allem für BND-Spione eine große Bedeutung. Allerdings muß eingeräumt werden, daß derartige private Verbindungskanäle im Rahmen der postalischen Fahndung der Abteilungen M/PZF nur selten aufgedeckt werden konnten.

Zur Postverbindung der Spione in der DDR zu den Geheimdiensten

Dieser Verbindungsweg war für die gesamte Spionagetätigkeit von besonderer Bedeutung und demzufolge auch für die Spionageabwehr des MfS ein Fahndungsschwerpunkt.

516

Die von den Spionen gesammelten Informationen, vor allem solche über die aktuelle Situation an militärischen Objekten und Anlagen sowie zu Militärtransporten mußten schnell für die Lageeinschätzung verwertet werden.

Die Zeitspanne zwischen den persönlichen Treffs in Westberlin zur Informationsübergabe war viel zu lang, viele Detailinformationen nicht mehr aktuell.

Also wurde die Postverbindung vor allem für die Militärspione zu einem grundsätzlichen Verbindungsweg für aktuelle Informationen an die Geheimdienste.

Etwa seit Mitte der 50er Jahre brachten Militärspione in großem Umfang selbstgefertigte Briefe mit Geheimschrift auftragsgemäß zum Versand. Es war nur eine Frage der Zeit, bis die Postkontrolle des MfS auf solche Postsendungen aufmerksam wurde und die Experten des OTS Geheimschriften

konspirativ feststellen und zuverlässig dokumentieren konnten. Von Spezialisten der Abteilungen M und des OTS wurden Hunderte von Briefen mit Geheimschrift festgestellt. Kopien von Tarn- und Geheimtexten bildeten die Grundlage für die Identifizierung zahlreicher Militärspione, vor allem durch die BV des MfS. Ab 1958 erfolgte die Identifizierung namentlich noch unbekannter Spione im Rahmen von Zentralen Operativen Vorgängen (ZOV) der HA II mit Teilvorgängen (TV) in den BV.

Als nach dem 13. August 1961 für die Mehrzahl der Militärspione die persönlichen Treffs in Westberlin wegfielen, bekam dieser Verbindungsweg noch größere Bedeutung. Die nachrichtendienstliche-postalische Fahndung des MfS mußte sich auf die wachsende Qualifizierung der westlichen Geheimdienste auf diesem Gebiet einstellen. Der neu gebildeten Abteilung 6 der HA II (später HA II/5) wurde deshalb die Aufgabe übertragen, alle Erkenntnisse des MfS zu postalischen Verbindungsmitteln westlicher Geheimdienste, also auch anderer operativer Hauptabteilungen der Abwehr und der HVA, detailliert zusammenzuführen, zu analysieren und zur Erarbeitung von Fahndungsorientierungen für die Abteilungen M und PZF zu nutzen. Gleichzeitig wurden alle bis dato noch nicht identifizierten Spione, von denen kopierte Postsendungen mit Geheimschrift bereits vorlagen, mit solchen Materialien zusammengeführt, die die Abteilungen M und PZF neu im Rahmen ihrer Fahndungstätigkeit erarbeiteten. Ziel der operativen Bearbeitung solcher ZOV war die Identifizierung der Spione. Die Weiterbearbeitung identifizierter Spione erfolgte durch die jeweils zuständige Fachabteilung der HA II.

Die *Fahndungsorientierungen* der HA II basierten auf folgenden Feststellungen:

1. Die Spione brachten auftragsgemäß vor allem Briefe, aber auch Postkarten, Streifband- und Drucksachensendungen mit Geheimschrift, in Ein-

517

zufallen auch Telegramme, an Deckadressen in der BRD und in Westberlin zum Versand. Auch Briefe und Postkarten mit Buchstaben-Einbauschrift (offene, aber chiffrierte Texte) wurden versandt. Die zeitweise in den 60er Jahren vom BND benutzten Buchstaben-Einbauschriften unter Nutzung sicherer Chiffrierverfahren (irregulärer Ziffernadditionsverfahren) konnten vom MfS nicht enttarnt werden.

2. Geheimschriften wurden zumeist unter Nutzung irregulärer Ziffernadditionsverfahren verschlüsselt und waren in der Regel nicht dekodierbar.

Dazu nutzten die Spione Chiffrierunterlagen (Schlüsselrollen und -blöcke mit zumeist Fünfer-Zahlengruppen).

3. Die Spionageinformationen wurden durch die Nutzung eines Geheimschreibverfahrens auf den jeweiligen Träger unsichtbar aufgetragen. Folgende Geheimschreibverfahren kamen vorrangig zur Anwendung:

a) Das *Direktschreibverfahren*. Dabei wurde der Text mit verschiedenen Geheimtinten oder Metallstiften direkt auf den Träger, meist zwischen die Zeilen des Tarntextes, geschrieben.

b) Das *Durchschreibverfahren*. Mittels einer chemisch präparierten DINA 4-Seite – nicht selten als Schmuckpapier oder Druckseite getarnt – wurden die Geheimtexte nach dem Prinzip des Kohlepapiers, meist auf die Rückseite des Tarntextes und quer dazu aufgetragen. Dazu diente so genanntes Geheimschreibkopierpapier (GKP). Diese Methode mit GKP wurde zur Hauptmethode. Sie hatte im Prinzip weitgehend unverändert Bestand bis zur Auflösung des MfS/AfNS. Vor allem die CIA setzte zunehmend GKP ein, zu dessen Geheimschriften dem OTS des MfS ein konspirativer Nachweis nicht mehr gelang.

Beim BND offenbarte sich dem MfS traditionelle Unbeweglichkeit hinsichtlich des Einsatzes optimierter GKP. Selbst den hinlänglich bekannten BND-Spionen Baumann (»Roter Admiral«) und Stiller wurden zur Anfertigung von Geheimschrift auf vorgeschriebenen Briefen die vom OTS seit mindestens 1960 klassifizierte GKP-Sorte Nr. 4 übergeben. Das ebenfalls vom OTS klassifizierte konspirative Nachweisverfahren zur GKP-Sorte 4 trug bezeichnenderweise die Deckbezeichnung »007«. Bei Baumann und vielen anderen BND-Spionen schlug »007« beizeiten zu. Bei Stiller kam die Fahndung ihrer Verantwortung nach, aber die HA II war zu zögerlich. GKP, welches von Dienststellen der USA-Geheimdienste in Westberlin an Spione in der DDR übermittelt wurde, besaß in vielen Fällen einen markanten Geruch, der sich bemerkenswerterweise auch auf Geheimschrift-Briefe der Spione übertrug. Fahndungsspezialisten mit gutem Geruchssinn gelang es, solche Briefe zu »erschnüffeln«. Die Abteilung M des MfS

518

legte deshalb sogenannte Geruchskonserven an, die auch bei anderen operativen Maßnahmen, z. B. bei der Fahndung nach Toten Briefkästen, nützlich waren. Darum ist es lächerlich, wenn die BStU-Behörde eine solche Methode, die auch zum Alltag von Drogenfahndern gehört, als besonders hinterhältige Methode des MfS geißelt.

4. Nachdem die Spione in den 50er Jahren von ihren Auftraggebern durchgehend veranlaßt worden waren, die Tarntexte selbst zu schreiben, was in der Regel bei der operativen Bearbeitung der zunächst noch unbekannten Spione zu einer relativ schnellen Identifizierung führte, setzten der BND ab Ende der 50er Jahre und die CIA nach 1962 vorgeschriebene Briefe als Träger für Geheimschrift ein. *Vorgeschriebene Briefe* mit voll verschlüsselten Geheimtexten erhöhten die Anforderungen an die Identifizierung, stellten aber durch den Einsatz qualifizierter Fahndungsspezialisten für die Spionageabwehr des MfS keine unüberwindbare Hürde dar.

Mit dem Schriftenvergleich zwischen konspirativ gesicherten Geheimschriften, die ausschließlich aus Ziffern bestanden, und den Handschriften spionageverdächtiger Personen betraten die Spezialisten des OTS aus Sicht der Spionageabwehr *kriminaltechnisches Neuland*. Und sie meisterten auch diese Aufgabe. Keine gutachterliche Aussage der Experten des OTS über die Schrifturheberschaft eines identifizierten Spions mußte durch die operative Bearbeitung bzw. die Arbeit der Untersuchungsorgane korrigiert werden.

5. Die Postsendungen mit Geheimschrift wurden an Anschriften in der BRD und in Westberlin verschickt, die sich nach Analyse der HA II in ganz bestimmten Gebieten konzentrierten, den sogenannten *Deckadressen-Konzentrationsgebieten*. Über viele Jahre waren das beim BND bestimmte

Postleiträume in Bayern, später Baden-Württemberg und in Niedersachsen. Andere Geheimdienste konzentrierten sich auf Westberlin, dort waren die Postzustellbereiche relativ sicher zu bestimmen.

Die Deckadressen der USA-Geheimdienste waren in der Regel existent. Ihre Inhaber erkannten den Charakter der eingehenden Sendungen und gaben sie an die zuständigen Geheimdienstmitarbeiter weiter.

Der BND nutzte oft fiktive Adressen. Aus Sicherheitsgründen hatte jeder Spion fünf kontinuierlich wechselnde Deckadressen. Das sollte die Abwehr des MfS desorientieren und die Identifizierung der Spione unmöglich machen. Aber auch das erwies sich als Irrtum.

6. Die Absender von Briefen mit Geheimschrift waren grundsätzlich fingiert, d. h. sie wurden erfunden oder willkürlich Adressen etwa aus Telefonbüchern entnommen. Dadurch gerieten zwangsläufig auch gänzlich Unbeteiligte in das Visier des MfS.

519

7. Details zu postalischen Verbindungsmitteln von allen IM mit Feindverbindungen und von allen erkannten Spionen wurden sehr umfassend analysiert und systematisiert. So gelang es der HA II auch *spezifische äußere und innere Merkmale* nachrichtendienstlicher Postsendungen herauszuarbeiten und nach Geheimdiensten und einzelnen Dienststellen zu kategorisieren. Als die wesentlichste Kategorie nachrichtendienstlicher Postsendungen erwies sich in der Praxis die Kategorie BND A, die der Militäraufklärung des BND zugeordnet werden konnte. Die Merkmale dieser Kategorie waren über sehr viele Jahre sehr konstant, was ein relativ schnelles Erkennen neuer Brieflinien durch die Abteilungen M ermöglichte. Bei der Kategorie BND A handelte es sich um vorgeschriebene Briefe an Deckadressen in erkannten Konzentrationsgebieten, die relativ dünn waren, weil sie nur ein Blatt enthielten. Sie waren durch große Sorgfalt in der äußeren Beschriftung mit Deckadresse und Deckabsender charakterisiert. Besonderheiten wie Verzerrungen, Stempel, Verklebungen u.a. wurden tunlichst vermieden.

Der Briefbogen war nur einseitig oder höchstens anderthalbseitig mit einem belanglosen, häufig realitätsfernen Tarntext versehen. Er wies meist sogenannte Datumsmerkmale auf (fehlendes Datum, unexakt nachgetragenes Datum). Dabei ist zu beachten, daß die den Spionen übergebenen vorgeschriebenen Briefe zumeist keine Datumsangabe aufwiesen. Sie sollten teilweise aber nachgetragen werden, wozu den Spionen Schablonen aus Plaste und die dazugehörigen Schreibmittel übergeben wurden. Das Nachtragen des Datums erforderte Übung und Geschick, über das viele Spione nicht verfügten. Häufig traten auch Farbunterschiede zum übrigen Tarntext auf, weil das Schreibmittel nur selten genutzt wurde. Vielfach konnten die Spione nicht verhindern, daß beim Anfertigen der Geheimschrift Blindeindrücke oder Glanzspuren entstanden, die bereits mit hoher Sicherheit auf das Vorliegen eines Geheimschriftbriefes hinwiesen.

Von vielen Personen aus der BRD, die für den BND die Briefe der Kategorie A vorschrieben, war die Handschrift in der zentralen Schriftenkartei der HA II bereits gespeichert, so daß sich die Zuordnung neuer Brieflinien zur konkreten BND-Dienststelle wesentlich beschleunigte.

Die im Rahmen des nachrichtendienstlich-postalischen Fahndungssystems des MfS erarbeiteten Dokumentationen zu Postsendungen von Spionen wurden in der HA II mit dem Ziel erfaßt, die zunächst noch unbekannten Schreiber zu identifizieren. Die Identifizierung erforderte einen sehr zeitaufwendigen Einsatz von handschriftkundigen Spezialisten. Häufig gelang es erst nach langwierigen Such- und Vergleichsarbeiten, die Täter zu identifizieren.

520

Daß dies in fast allen Fällen gelang, ist der hohen Sachkunde und Einsatzbereitschaft der Mitarbeiter vieler Dienststellen des MfS geschuldet.

Und noch eine wichtig erscheinende Feststellung ist abschließend zu bekräftigen: Im Zuge der Fahndung nach nachrichtendienstlichen Postsendungen ergaben sich keinerlei Erfordernisse und Notwendigkeiten für eine »flächendeckende Postüberwachung«, wie sie dem MfS vorgeworfen wird. Abgesehen davon war ein solches Vorhaben auch objektiv nicht realisierbar, weil dazu angesichts des hohen Postaufkommens zwischen der DDR und der BRD bzw. Westberlin und der notwendigen Einhaltung elementarer Vereinbarungen zwischen den jeweiligen Postverwaltungen (Laufzeiten,

Leitwege u.a.) weder die materiellen noch personellen Voraussetzungen vorhanden waren.

Zum Funkfahndungssystem

Die folgenden Darlegungen schildern diesen Verbindungsweg aus der Sicht der HA II im MfS/Abt. II der BV (Spionageabwehr). Ausführliche Erläuterungen zu dem gesamten Komplex werden im nachfolgenden Beitrag zur funkelektronischen Abwehr und Aufklärung gegeben. Die Funkverbindung zwischen Geheimdienst und Spion sowie umgekehrt war (und ist) eine traditionelle, unpersönliche Verbindungsart. In der Regel war dieser Verbindungsweg mit anderen Verbindungswegen gekoppelt (Post, TBK, persönliche Treffs). Die generelle Bedeutung bestand vor allem darin, daß über Funk außerordentlich schnell gegenseitig Informationen ausgetauscht werden konnten, die Funkverbindung völlig unabhängig von Grenzkontrollmaßnahmen existierte und beim Wegfall anderer Verbindungswege aufrechterhalten werden konnte.

Folgerichtig wurde dieser Verbindungsweg auch für die Steuerung von Spionen vor allem durch die USA-Geheimdienste CIA und MI/INSCOM und den BND umfassend genutzt. Bei der Funkverbindung wurde im wesentlichen zwischen zwei unabhängig voneinander wirkenden Arten unterschieden:

Die einseitige Funkverbindung von den Funksendezentralen der Geheimdienste zu den Spionen in der DDR und die von den Spionen in der DDR zu den geheimdienstlichen Funkempfangszentralen in Westberlin, der BRD oder im anderen westlichen Ausland.

Eine spezifische Form der Funkverbindung war der zweiseitige Funkverkehr, also das wechselseitige Korrespondieren der Partner. Wegen des in der Regel hohen Risikos, von der Funkabwehr des MfS lokalisiert zu werden, wurde dieser Verbindungsweg relativ selten und nur in bestimmten Situationen praktiziert.

521

Funksendungen von den Zentralen

Diese unpersönliche, einseitige Verbindungsart, war bei fast allen Spionen des BND und der USA-Geheimdienste, vor allem bei Militärspionen, natürlich auch bei den »IMB mit Feindverbindung«, gängige Praxis. Sie war relativ sicher und effektiv. Funkaktivitäten mußten nur von den Sendezentralen entfaltet werden. Der Spion blieb zumindest funkseitig inaktiv.

Den Spionen konnten auf diesem Wege kurzfristig Anweisungen, Instruktionen, Aufträge, TBK-Ablageorte, Veränderungen bisheriger Festlegungen und anderes übermittelt werden. Damit bot dieser Verbindungsweg den Geheimdiensten hohe Operativität und Regulierungsmöglichkeiten.

Funksendungen zur Zentrale

Die einseitige Funkverbindung vom Spion zur Zentrale barg stets die Gefahr des Anpeilens durch die Funkabwehr und einer Ortung durch die operativen Diensteinheiten des MfS. Für die schnelle Übermittlung wichtiger Informationen (Situation an militärischen Objekten, persönliche Signale) war dieser Weg durchaus verbreitet (BND, USA-Geheimdienste). Risiken sollten vor allem durch technische Maßnahmen reduziert werden (Schnellgeber, Satellitenfunkgeräte u. a.)

Die Funkabwehr des MfS (HA III) hatte die illegalen Funkstationen auf dem Gebiet der DDR mit den ihr zur Verfügung stehenden technischen Mitteln und geschulten Spezialisten zu orten, während die Mitarbeiter der HA II/Abt. II der BV die konkreten Spione zu ermitteln hatten.

Wichtige Fahndungsmerkmale sowohl in bezug auf Funksendungen von der Zentrale zum Spion/Agent als auch von diesem zur Zentrale waren:

- Erwerb oder Besitz von Radiogeräten mit den notwendigen Kurzwellenbereichen;
 - Besitz von Hilfsmitteln für die Funkverbindung (Konverter, Chiffrierunterlagen u. a.);
 - Skaleneinstellungen oder Markierungen für bekannte Frequenzen der Geheimdienste;
 - Hinweise darauf, ob Personen Erkennungszeichen oder das Verlesen von Fünfer-Zahlengruppen über Radio mithören (viele Spione benutzten deshalb beim Empfang Kopfhörer);
 - auffälliges Abschotten von Personen vor unverhofften Besuchern oder auch auffälliges Entfernen von Veranstaltungen, Absagen von Terminen etc., was mit festen Sende- oder Empfangszeiten zu tun haben konnte.
- Das alles wurde in Verbindung und im Zusammenhang mit anderen

Verdachtsmerkmalen, wie z.B. Aufenthalte des Verdächtigen an militäri-

522

schen Objekten, für ihn bestimmte verdächtige Postsendungen, Verwandtenbesuche aus der BRD oder auch unerklärbar hohe Geldausgaben u.a.,

sorgfältig analysiert, darunter durch den gezielten Einsatz von IM.

Für die Spionageabwehr hatte aber auch die zweite Säule der Tätigkeit der HA III – die *funkelektronische Aufklärung* – eine grundsätzliche und zunehmende Bedeutung zur Identifizierung von Spionen in der DDR.

Neben vielen anderen wichtigen Aufgaben bot sich damit doch ein weites Feld für die Kontrolle der Nachrichtenverbindungen der Geheimdienste in Westberlin, in der BRD und in anderen Ländern.

Der Funkaufklärung im MfS wurden so Zusammenhänge bekannt, die Ausgangsinformationen für die weitere gezielte Bearbeitung der Geheimdienste der BRD durch die HA II/Abt. II der BV waren, beispielsweise

- Observationsmaßnahmen gegen DDR-Bürger, die sich in der BRD aufhielten und die die Geheimdienste anwerben wollten, so u. a. Aktivitäten des Zentralen Observationskommandos (ZOK) in München und der Observationskommandos Süd, Mitte und Nord des BND;
- Treffvereinbarungen mit DDR-Spionen in der BRD und Westberlin, einschließlich des Treffablaufs und der -sicherung;

- Hinweise auf »Doppelagenten«;

- Abwehroperationen der Geheimdienste gegen IMB der Spionageabwehr und Quellen der HVA;

- Hinweise zu Dienststellen und Mitarbeitern der Geheimdienste, zu deren Partnern, zu Schlüsselpositionen und Agenten, zu Adressen, Telefonnummern, die Ausgangspunkte für gezielte, offensive Maßnahmen der Spionageabwehr sein konnten.

Die Funkabwehr und -aufklärung schuf wesentliche Voraussetzungen für die Erfüllung der der Spionageabwehr übertragenen Aufgaben.

Zu Fahndungsmaßnahmen im grenzüberschreitenden Personenverkehr

Dieser Maßnahmekomplex im Rahmen der Spionageabwehr erfolgte in enger Zusammenarbeit zwischen der HA II und der HA VI in Berlin sowie den Abteilungen II und VI in den BV.

Staatsgrenzen lösen bei den Geheimdiensten aller Länder im allgemeinen zwiespältige Reaktionen aus. Einerseits bieten sich den Geheimdiensten vielfältige Möglichkeiten, die Kontrollmaßnahmen an den Grenzen für ihre speziellen Informationsinteressen zu nutzen, etwa durch Kopieren von Personaldokumenten aller Art, die Durchführung von Personendurchsuchungen und Gepäckkontrollen unter Einsatz technischer und anderer Kontrollmöglichkeiten wie Röntgengeräte, Detektoren, Spezialhunde, Geruchskonserven sowie die Realisierung vorgegebener, spezieller Fahndungsaufträge nach ent-

523

sprechenden Merkmalen (»Rasterfahndung«). Zum Teil waren (und sind) die Grenzkontrollkräfte selbst Teil der Geheimdienste, deren Kooperationspartner oder einzelne ihrer Mitarbeiter gleichzeitig auch Mitarbeiter oder Agenten der Geheimdienste.

Andererseits setzen sich inoffizielle Kräfte der Geheimdienste, die im »Feindesland« zum Einsatz kommen sollen, mit dem »gegnerischen Grenzkontrollsystem« der Gefahr einer Enttarnung, zumindest aber der Erarbeitung verdächtiger Hinweise, aus.

In der DDR erfolgte die militärische Sicherung der Staatsgrenze und der Grenzübergangsstellen (GÜST) durch die Grenztruppen der DDR.

Die Sicherung, Kontrolle und Überwachung des Ein- und Ausreiseverkehrs in bzw. aus der DDR sowie des Transitverkehrs durch die DDR oblag, wie bereits beschrieben, den auf den GÜST eingesetzten Paßkontrollseinheiten (PKE) des MfS.

Die Kontrollhandlungen der PKE erfolgten im engen Zusammenwirken mit den auf den GÜST tätigen Dienststellen und Mitarbeitern der Zollverwaltung der DDR. An den GÜST existierten zahlreiche Datenspeicher, die für gezielte Fahndungsmaßnahmen nutzbar gemacht werden konnten.

Die Zusammenarbeit zwischen der HA II und der HA VI führte dazu, daß Erkenntnisse der Spionageabwehr halfen, bei der unmittelbaren Grenzkontrolle Hinweise auf verdächtige Personen, Gegenstände oder Handlungen zu erarbeiten oder gezielt Bewegungen bereits verdächtiger Personen zu registrieren und zu signalisieren. Das konnten beispielsweise sein: Persönlichkeitsmerkmale

und äußeres Verhalten (unsicher, mißtrauisch, betont selbstbewußt), auffällige Gesprächsführung bei der Kontrolle, Gepäckumfang, Reiseziel und -dauer, Alter, alleinreisend; Gegenstände, die bereits in der Vergangenheit in dieser oder ähnlicher Form als Verstecke für die Einschleusung nachrichtendienstlicher Unterlagen bzw. für die Ausschleusung geheimer Informationen genutzt wurden; Merkmale an den Personaldokumenten, die sie als gefälschte oder verfälschte Dokumente erkennen und einen möglichen Geheimdiensthintergrund vermuten ließen.

Die Erkenntnis des MfS, daß Agenten (Instruktoren, Kurier, Spione) mit gefälschten, vor allem aber verfälschten Dokumenten zu Fuß oder mit Kfz in die DDR-Hauptstadt einreisten und hier nachrichtendienstliche Aktivitäten entfalteten, war für beide Hauptabteilungen Anlaß, abgestimmte und gezielte Fahndungsmaßnahmen einzuleiten. So reisten Agenten mit solchen Dokumenten beispielsweise ein zur Einschleusung nachrichtendienstlicher Hilfsmittel und zur Vergütung (Geld, Edelmetalle, Schmuck und anderes) für Spione in der DDR, die in Verstecke (TBK) abgelegt wur-

524

den, oder als Überbringer von schriftlichen Werbeangeboten an Geheimnisträger der DDR, die weder Reisemöglichkeiten noch »Westverbindungen« hatten.

Die Einreise derartiger Agenten, fast ausschließlich solcher vom BND, erfolgte vor allem über Grenzübergangsstellen in die DDR-Hauptstadt für Fußgänger, dabei vornehmlich über die GÜST Bahnhof Friedrichstraße. Angesichts dessen wurden durch die HA VI unter anderem eine repräsentative Anzahl von Paßkopien verschiedener Ausstellungsbehörden in der BRD zu Vergleichszwecken gespeichert. Die Vergleiche konzentrierten sich vor allem auf die Seriennummern der Pässe und das Ausstellungsdatum, auf die exakte Anordnung, Schreibweise, Art und Aufteilung der Stempelindrücke und Vermerke, auf die Gültigkeitsdaten der Pässe, auf charakteristische äußerer Merkmale, etwa Perforierung der Lichtbilder, und auf die tatsächliche Existenz der Person unter den im Reisedokument enthaltenen Personalangaben.

Durch eine interne Kommunikation der Paßkontrolle zu den Datenspeichern waren Sofortüberprüfungen möglich. Bei entsprechenden Verdachtshinweisen wurden in Reserve gehaltene Observationskräfte sofort zum Einsatz gebracht, um die weiteren Bewegungen während des Aufenthaltes, mögliche Kontaktpartner, weitere konkrete Handlungen unter Kontrolle zu halten. Ziel war es, mögliche Geheimdienstaktivitäten zu erkennen und zu dokumentieren bzw. danach zusätzliche Kontrollmaßnahmen einleiten zu können, zum Beispiel Veranlassung einer Sonderbriefkastenleerung, wenn Briefeinwürfe der verdächtigen Personen festgestellt wurden.

Im Zuge der gezielten Fahndung konnten in einer Reihe von Fällen Unregelmäßigkeiten bei den Pässen festgestellt werden, die deutlich machten, daß der BND aus verschiedenen Ausstellungsbehörden der BRD Pässe beschaffte, die oft vom üblichen Original abweichenden Eintragungen aber selbst vornahm. Dadurch konnten, allerdings meist erst im nachhinein, BNDKuriere mit verfälschten Personaldokumenten festgestellt werden.

Im allgemeinen wurden bei jedem Einsatz gleicher Kurier vom BND andere, verfälschte Dokumente genutzt. Es gehörte zur Praxis des BND, solche Dokumente per Post an die jeweiligen Agenten in Westberlin zu schicken. Solche Kurier waren meist Westberliner – schon wegen der Ortsund Regimekenntnisse. Nach der Rückkehr vom »Einsatz« hatten sie sich telefonisch bei ihrem BND-Mitarbeiter z.B. in München zurückzumelden und die Auftragserfüllung zu bestätigen.

Die oberflächliche Paßausstellung, die Übersendung der Dokumente auf dem »normalen« Postweg wie auch die telefonische Rückmeldung von

525

Westberlin nach München zeugten von einer mehr als laxen Vorgehensweise der BND-Mitarbeiter – was von der Spionageabwehr des MfS dankend angenommen wurde.

Nach der Festnahme eines auf diese Art eingesetzten Kuriers im Dezember 1987, die dem BND dann offenkundig die Wirksamkeit des MfS-Fahndungssystems erkennen ließ, wurden derartige Operationen nicht mehr festgestellt.

Die Fahndung nach einreisenden Kurieren, die für Spione in der DDR

Tote Briefkästen anlegten, war schwieriger und weitaus weniger erfolgreich. Im Sprachgebrauch des BND wurde der TBK »Ablageort« (AO) und bei den USA-Geheimdiensten »Geheimversteck« genannt. Beide Geheimdienste setzten Kuriere ein, die vorher mehrere Möglichkeiten für entsprechende Ablageorte gesucht und aufgeklärt hatten, welche dann akzeptiert wurden – oder eben nicht.

Solche Ablageorte oder Geheimverstecke befanden sich in der Mehrzahl innerhalb der Stadtgrenze der Hauptstadt der DDR – auch für Spione mit Wohnort außerhalb von Berlin, vorrangig im Waldgelände um den Müggelsee, in bevorzugten Ausflugszentren in Friedrichshagen und Grünau, im Tierpark Berlin-Friedrichsfelde, innerhalb von Museen, Toiletten in Gaststätten, Bahnhöfen und Kirchen u. a. Analoge Ablageorte gab es auch in Leipzig während der Messen und an Stellen entlang den Transitstrecken zwischen der BRD und Westberlin.

Die Ablageorte waren leicht feststellbare, markante und eindeutig zu beschreibende Punkte – Kilometersteine, Telegrafmasten, Bänke, Treppen, Brückenpfeiler, auffällige Bäume. Am Ablageort selbst wurden die Materialpäckchen gewissenhaft versteckt – unter Holzstößen oder Müll, in Toilettenspülkästen, hinter Verschlüssen, mitunter eingegraben. Die CIA benutzte häufig speziell angefertigte Mauer- oder Ziegelsteine sowie präparierte Äste aus Kunststoff als Container, in denen die nachrichtendienstlichen Materialien versteckt waren.

Die Kuriere schleusten die nachrichtendienstlichen Hilfsmittel in der Regel mit Kfz luft- und wasserdicht verpackt über die GÜST in die DDR ein. Als Container für den Transport dienten Benzinkanister, Autoersatzteile, Werkzeuge und ähnliches. Nach der Ablage in TBK und der Rückkehr nach Westberlin oder in die BRD meldeten die Kuriere den Vollzug ihres Auftrages. Erst danach wurde dem Spion in der DDR über die einseitige Funkverbindung oder über die Postverbindung die genaue Lage des TBK mitgeteilt.

Die Zeitspanne zwischen Anlegen des TBK und Benachrichtigung

526

des Spions war unterschiedlich lang und betrug teilweise drei Wochen, um Fahndungsaktionen des MfS zu unterlaufen, obwohl die Geheimdienste andererseits an einer längeren, unkontrollierten Ablage der Materialien nicht interessiert sein konnten.

Gelegentlich kam es vor, daß durch einen ungeeigneten Ablageort oder oberflächliche Ablage die an Spione zu übermittelnden Unterlagen durch Kinder, Pilz- und Beerensammler oder Forstarbeiter zufällig gefunden wurden. In solchen Fällen wurden sofort entsprechende gedeckte Observationsmaßnahmen seitens der Spionageabwehr des MfS eingeleitet, um den Spion auf »frischer Tat« identifizieren zu können.

In den schriftlichen Unterlagen, die sich in solchen TBK befanden, gab es jedoch keinerlei Bezugspunkte zur Person des Spions, um bei einem zufälligen Finden des TBK den Spion nicht zu gefährden. Die Spione mußten die Leerung des TBK in der Regel per Funk oder Post, durch eine »Signalkarte«, etwa eine Postkarte mit einem ganz bestimmten Motiv, bestätigen.

Als Kuriere konnten auch Mitarbeiter der USA-Militärinspektion (MI) oder Militärverbindungsmission (MVM) bzw. Geheimdienstmitarbeiter in Botschaften nicht ausgeschlossen werden. Deren Kontrolle war aber verständlicher Weise mit einem erheblichem Aufwand verbunden. Zweifelsfrei konnte das auch nicht nachgewiesen werden.

Es war auch nicht bekannt, ob solche Kuriere mit verfälschten Personaldokumenten in die DDR einreisten. Die Zeitspanne zwischen Ablage und Bekanntwerden war schwer bestimmbar und der Personen- und Kfz-Verkehr in die Ablageschwerpunkte für TBK war nur sehr schwer unter Kontrolle zu bringen und registrierbar.

In allen Fällen festgestellter TBK, so auch solcher für IMB, wurden – unter Wahrung der Konspiration – Spuren gesichert, beispielsweise Reifen- und Fußspuren, Fingerabdrücke. Auch Geruchskonserven wurden mitunter angefertigt und in die Fahndung einbezogen.

Um Enttarnungen einreisender Kuriere durch Fahndungsmaßnahmen der Spionageabwehr zu umgehen, wurden auch »rollende TBK« zur beiderseitigen Übermittlung von Materialien, Informationen, Sachen und Devisen verwendet. Unter Nutzung ständiger und planmäßiger Eisenbahn-, Kfzoder Schiffsverbindungen zwischen der DDR und Westberlin, der BRD

oder anderen westlichen Ländern wurden z.B. in internationalen Reisezügen in Wasserkannen und Verschaltungen auf Zugtoiletten oder in Haftcontainern Spionagematerialien versteckt. Der Vorteil bestand in der relativ schnellen, direkten und wechselseitigen Verbindung zwischen Spion und Geheimdienstmitarbeiter. Der Nachteil aus der Sicht der Geheimdienste

527

bestand darin, daß der Transport des Materials außerhalb der Kontrolle auf relativ kleinem Raum erfolgte. Gezielte Fahndungsmaßnahmen, die gemeinsam mit der Hauptabteilung XIX (Sicherung des Verkehrswesens der DDR) erfolgten, führten meist zu »greifbaren« Ergebnissen. Dieser Verbindungsweg fand insgesamt keine breite Anwendung.

Fazit: Das umfangreiche System zur Außensicherung militärischer Objekte und die zentral geleiteten Fahndungssysteme der HA II und der Abt. II der BV in Kooperation mit den Abteilungen M, der HA III und VI fügten den westlichen Geheimdiensten über Jahre hinweg erhebliche Verluste zu. Aber um sie zielgerichtet und effektiv auszurichten, bedurfte es der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Inoffiziellen Mitarbeitern, der konkreten und aktuellen Informationen vor allem der »IMB mit Feindverbindung«, und der Ergebnisse der Untersuchungstätigkeit der HA IX im MfS und der Abt. IX der BV.

Zum Beitrag der Inoffiziellen Mitarbeiter mit Feindverbindung (IMB)

Die Zusammenarbeit mit IMB, die Verbindung zu den Geheimdiensten hatten, war eine wesentliche Methode zur wirksamen Bekämpfung der gegnerischen Spionage und zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung aller subversiver geheimdienstlicher Aktivitäten. IMB der Spionageabwehr sollten auch in der Lage sein, offensiv die operativen Zielstellungen des MfS zu verwirklichen.

Zunächst wurden IM unter den Personen gewonnen, die zu den bevorzugten Werbekandidaten der Geheimdienste gehörten, die nach den Vorstellungen der Geheimdienste sowohl von der Persönlichkeit als auch von den konkreten Möglichkeiten her geeignet erschienen, die erwarteten und geforderten Spionageaufgaben zu erfüllen. Dazu zählten Reise- und Auslandskader der DDR, Bürger mit Reisemöglichkeiten nach Westberlin, der BRD oder ins andere westliche Ausland, zunehmend aber auch Bürger Westberlins, der BRD und Ausländer mit Einreisemöglichkeiten in oder durch die DDR. Solche IMB-Kandidaten wurden auf mögliche Werbeaktivitäten der Geheimdienste vorbereitet, um im Sinne der Ziele des MfS richtig zu reagieren.

Mit den aus diesen Personenkreisen geworbenen IM wurde nicht passiv auf ein mögliches Reagieren der Geheimdienste gewartet – es erfolgten »Blickfeldmaßnahmen«. Das waren operative Schritte, um die Geheimdienste auf diese IM aufmerksam zu machen, oder aber die IM wurden über vorhandene Geheimdienstkontakte an diese »angeschleust«.

528

Verschiedentlich meldeten sich Bürger bei ihrem staatlichen Leiter, bei der Volkspolizei oder direkt beim MfS und informierten über Anbahnungsversuche der Geheimdienste. Die Reaktion des MfS auf solche »Selbststeller« war unterschiedlich. Zum Teil wurden diese Personen gebeten, darauf einzugehen und mit dem MfS zusammenzuarbeiten. In anderen Fällen wurden die Berichte dieser Bürger dankend entgegengenommen und um Stillschweigen gebeten. Zuweilen wurde allerdings auch ein geschäftstüchtiger, manchmal auch politisch-provokatorischer Hintergrund solcher »Selbststeller« sichtbar.

In einer Reihe von Fällen wurden vom MfS entlarvte Spione, die sich offenbarten und zur Wiedergutmachung bereit waren, überwoben und als IMB zum Einsatz gebracht. Damit waren zwar Risiken verbunden, zumal auch der Gegner generell bemüht war, »nachrichtendienstliche Spiele« mit dem MfS zu treiben und »Doppelagenten« zu benutzen. Insofern war eine gemeinsame politisch-ideologische Plattform zwischen IMB und MfS von genereller Bedeutung für die Motivation von IMB, was bei den meisten auch gegeben war bzw. im Prozeß der Zusammenarbeit hergestellt werden konnte.

Sowohl die Persönlichkeit des IMB-Kandidaten als auch die zu erreichenden Ziele, der notwendige operative Aufwand und die zu erwartenden Ergebnisse mußten in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen. Es mußte die reale Perspektive des IMB und der zu erwartende Nutzen für die Abwehrarbeit des MfS deutlich erkennbar und vor allem auch die persönliche Sicherheit des IM gewährleistet sein. IMB waren kein Selbstzweck,

sondern eine besonders effektive Methode zur Erarbeitung von Informationen zur Sicherung der DDR. Der selbstlose Einsatz der übergroßen Mehrheit der IMB kann deshalb nicht hoch genug gewürdigt werden.

Zur Arbeit im und nach dem Operationsgebiet

Gegenstand dieser Arbeit war die Aufklärung und gezielte Bearbeitung von agentenführenden Dienststellen der Geheimdienste und ihrer Mitarbeiter in der BRD und Westberlin. Agentenführende Geheimdienststellen waren in der Regel Außenstellen von Arbeitsrichtungen, Struktureinheiten oder Stabsabteilungen der Zentralen der Geheimdienste, die deren Zielsetzungen und Aufgaben mit ihren Mitteln und Methoden, darunter vor allem durch den Einsatz von Spionen und Agenten, praktisch umzusetzen hatten. Sie agierten unter verschiedenen zivilen oder militärischen Abdeckungen und waren stets auf der Suche nach geeigneten Kandidaten, warben diese für eine Spionagetätigkeit an und organisierten deren konkreten Einsatz.

529

Die Schaffung von MfS-Positionen in den zentralen Dienststellen der Geheimdienste und die gezielte operative Bearbeitung und Kontrolle dieser Außenstellen war eine besonders effektive, allerdings auch schwierige Methode der Bekämpfung der Aktivitäten der Geheimdienste gegen die DDR.

Die Realisierung so erfolgreicher Abwehraktionen wie »Feuerwerk«, »Pfeil«, »Sonnenschein« u. a. wäre ohne den gezielten Einsatz von Kundschaftern und IMB »vor Ort«, die hoch motiviert und mit handwerklicher Meisterschaft ihre Aufträge erfüllten, nicht möglich gewesen.

Die erfolgreiche Arbeit der Spionageabwehr besonders in den 50er Jahren wurde leider nicht kontinuierlich und mit der erforderlichen Intensität fortgesetzt. Das galt vor allem für die Zeit unmittelbar nach dem 13. August 1961, wo die Arbeit im und nach dem Operationsgebiet zeitweilig stagnierte.

Offensichtlich entsprachen weder Struktur, Führung und Leitung der operativen Prozesse noch Verteilung, Qualifikation und Einsatz der offiziellen und inoffiziellen Kräfte den Erfordernissen der veränderten politischoperativen Lage. Insofern wurde also nicht nur der damalige Gegner, sondern auch das MfS »überrascht«. Die Grenzsicherungsmaßnahmen vom 13. August 1961 brachten nicht wenige Probleme auch für das MfS, vor allem für die Arbeit im und nach dem Operationsgebiet (erschwerende Reisemöglichkeiten für IM, Störungen im persönlichen Verbindungssystem etc.). Das wurde zwar richtig erkannt. Aber der Prozeß der Umstellung verlief zu langsam.

Als Konsequenz entstanden 1964 in der HA II und den Abt. II der BV spezielle Arbeitsbereiche, die sich ausschließlich und schwerpunktorientiert auf die Arbeit im und nach dem Operationsgebiet konzentrierten – die »äußere Spionageabwehr«.

Schwerpunkte dieser *äußeren Spionageabwehr* im Operationsgebiet waren:

- Die Außenstelle des Referates 12 C in der Abteilung 1/»Beschaffung« der BND-Zentrale in München – verantwortlich für die Militärspionage in der südlichen Hälfte der DDR (Deckname des MfS: »Isarsalon«).

- Die Außenstelle des Referates 12 D in der Abteilung 1 der BND-Zentrale in Bremen, verantwortlich für Militärspionage in der nördlichen Hälfte der DDR (Deckname des MfS: »Ring«) sowie deren Außenstelle in Westberlin (Deckname des MfS: »Tempel«). Die territoriale Zuständigkeit in der Struktur des BND war der Militärstruktur in der DDR angepaßt.

530

Sowjetarmee in der DDR:

- *Armeestab Süd: Weimar – Nohra;*

- *Armeestab Nord: Eberswalde;*

NVA-Landstreitkräfte:

- *Militärbezirk III: Leipzig (Süden),*

- *Militärbezirk V: Neubrandenburg (Norden).*

- Die Verbindungs- und Koordinierungsstelle der Pullacher BND-Zentrale in Berlin-Steglitz. Sie führte zwar selbst keine Spione/Agenten, war aber für die Verbindung zu den Senatsdienststellen und zu den Geheimdiensten der Westmächte und zum LfV Westberlins verantwortlich. Sie war

auch für die operative Betreuung von BND-Mitarbeitern aus der Zentrale und der Dienststelle in München (»Isarsalon«) zuständig, wenn diese sich zeitweilig in Westberlin wegen persönlicher Treffs mit Spionen aufhielten. Sie regulierte auch den Einsatz von Beobachtergruppen des BND im Stützpunkt in Berlin-Marienfelde, die Treffs oder andere Aktivitäten abzusichern hatten (Deckname des MfS: »Schloß«).

– Die Außenstelle der Unterabteilung 12 der BND-Zentrale. Sie arbeitete in Hamburg unter dem Tarnnamen »Amt für See- und Schifffahrtswesen« und war verantwortlich für die Spionage gegen die Seestreitkräfte und die Hafenwirtschaft in der DDR, der VR Polen und der Sowjetunion. (Deckname des MfS: »Brücke«).

– Weitere Dienststellen der Geheimdienste der BRD und der USA in Köln, Frankfurt am Main, Stuttgart, Nürnberg, Augsburg, Hannover, Düsseldorf und im Umfeld von München.

– Die operativen Außenstellen der USA-Geheimdienste CIA, NSA und INSCOM in Westberlin im Zusammenhang mit der CIA-Residentur an der Westberliner USA-Mission sowie der CIA-Residentur an der USA-Botschaft in der DDR-Hauptstadt.

Unter den veränderten Bedingungen für die Geheimdienste nach dem 13. August 1961, vor allem wegen der fehlenden Massenbasis für Werbungen in Westberlin, versuchten die BND-Dienststellen für Militärspionage etwa schon ab 1963/64, ihren Auftrag durch kampagnehafte Methoden zu realisieren. Sie filterten den dienstlichen und privaten Reiseverkehr aus der DDR und in die DDR nach Wohnorten bzw. Besuchszielen, die zu wichtigen Standorten und Objekten militärischer Einheiten oder deren Transportstrecken zählten. Unter Nutzung des bereits erwähnten Grenzmeldenetzes (GMN) sollten BRD-Besucher ihre Verwandten oder Bekannten nach einer Werbereibereitschaft »abklopfen« oder zielgerichtet abschöpfen bzw. eigene Feststellungen vor Ort treffen.

531

Man bemühte sich um die Anwerbung von Berufskraftfahrern aus der BRD und Westberlin, die regelmäßig die Transitstrecken durch die DDR benutzten oder Aufträge in der DDR zu erledigen hatten. Bei dieser Gelegenheit sollten sie nach vorgegebenen Instruktionen über die konkrete Situation an militärischen Objekten entlang der Fahrstrecke laufend berichten.

Analoge Aktivitäten wurden gegenüber Berufskraftfahrern aus der DDR (VEB Deutrans, VEB Kraftverkehr aus den Kreisen), die sich dienstlich in der BRD aufhielten, entwickelt. Aufenthaltsschwerpunkt für DDR-Kraftfahrer war der Hamburger Hafen (Verladerarbeiten), was die Bremer Dienststelle »Ring« veranlaßte, Mitarbeiter als Werber und Agentenführer dort einzusetzen.

Ähnlich wie die Berufskraftfahrer wurden auch Binnenschiffer aus der BRD und der DDR, die die Transitwasserstraßen zwischen Westberlin und der BRD (Elbe/Havel) benutzten, geworben und mit den gleichen Zielen eingesetzt.

Die Bremer BND-Außenstelle in Westberlin, die von der Abt. II der BV Berlin erkannt und systematisch aufgeklärt wurde, erschloß sich zusätzlich Quellen, indem sie per Anzeige in Berliner Tageszeitungen »lukrative Nebenjobs« anbot. Die Bewerber, in der Regel männliche Studenten, wurden, weil der BND offiziell in Westberlin nicht agieren durfte, zu Gesprächen nach Hannover bestellt und dort von Mitarbeitern einer »Bundesanstalt für den Transitverkehr BRD-Berlin« für einen möglichen Spionageeinsatz getestet. Im übrigen war die später umfassend aufgeklärte vorgesetzte Dienststelle »Ring« in Bremen unter der Bezeichnung »Dokumentationsstelle des Bundesministers für Verkehr, Abteilung Seeverkehr« tätig.

Der Auftrag für die getesteten und schließlich geworbenen »Amateurspione« lautete, die Reisezüge von Westberlin nach der BRD und zurück zu benutzen und die auf der Reise durch die DDR feststellbaren militärischen Objekte und Anlagen nach den bereits erläuterten Gesichtspunkten zu kontrollieren. Dazu wurden sie anhand von Waffenerkennungstafeln und Kartenmaterial sowie zu Verhaltensweisen geschult. Gleichzeitig sollte auf den Zustand der Gleisanlagen und auf das Kontrollsystem an den DDRGrenzbahnhöfen und Grenzübergangsstellen unterwegs geachtet und darüber ebenfalls berichtet werden. Das betraf vor allem die Eisenbahntransitstrecken Westberlin – Griebnitzsee – Schwanheide (auch »Nordstrecke«

genannt), von Westberlin – Griebnitzsee – Marienborn (»Weststrecke«), und von Westberlin – Griebnitzsee – Probstzella (»Südstrecke«).

Durch den umfangreichen und konzentrierten Einsatz solcher »Transitspione« waren durchaus bedeutende Informationen zu erarbeiten. Unter Ein-

532

beziehung aller anderen Quellen der Militärspionage, darunter auch der Fernmelde- und elektronischen Aufklärung, ließ sich so ein relativ umfassendes Gesamtbild der aktuellen militärischen Lage in diesen territorialen Räumen vermitteln.

Die Spionageabwehr des MfS war also gefordert, den Aktivitäten dieser Dienststellen wirksam zu begegnen, und hatte den Auftrag, vor allem die HA II, die Arbeit im und nach dem Operationsgebiet durch den Einsatz vorhandener und die Schaffung neuer IMB zu forcieren. In der Auftragserteilung an solche IMB wurde der Informationsgewinnung über die Person des Agentenführers, den Sitz seiner Dienststelle, private Wohnadressen, Personenbeschreibungen, über den Ablauf und die Methoden der Trefftätigkeit, persönliche Neigungen und Interessen, Freizeitbereiche, Arbeitsverhältnisse usw. verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet. Es ging also um eine umfassende psychologisch und operativ-taktisch qualifizierte Informationsabschöpfung durch die IMB, um damit Ansatzpunkte für weitergehende, offensive Maßnahmen zu erhalten

Parallel dazu waren durch die äußere Spionageabwehr der HA II eigene Beobachtungskräfte und andere spezielle IM unter DDR-Bürgern, Westberliner Bürgern, Bewohnern der BRD und Ausländerkreisen zu schaffen, die gezielt im Operationsgebiet als Beobachter einsetzbar waren. Das war insofern wichtig, weil dadurch sehr schnell die BND-Dienststellen erkannt, Agentenführer identifiziert, Werbe- und Trefforte festgestellt und innere Verbindungswege aufgeklärt werden konnten.

Diese Erkenntnisse wurden mit Informationen der Funkaufklärung, der gezielten Postkontrolle, der HVA, von Kontrolleinsätzen auf und an den Transitstrecken und nicht zuletzt aus der ständigen Konkretisierung der Sicherungskonzeptionen für militärische Objekte und Einrichtungen verbunden.

Durch den Einsatz von IM und anderer Mittel und Methoden der Spionageabwehr insgesamt wurden Mitarbeiter dieser Dienststellen beobachtet und ihre Kontaktpartner, darunter Spione, identifiziert. Eine Anzahl Postschließfächer der einzelnen Dienststellen konnte festgestellt, konspirativ geöffnet, der Inhalt kopiert und wieder hinterlegt werden. Dazu waren fachlich versierte Einsatzkräfte, Wohnungen und technische Hilfsmittel erforderlich. Beim BND war es beispielsweise üblich, daß die Transitspione ihre Spionagemitteilungen von den jeweiligen »Endpunkten« ihrer Reise (Berlin-West oder BRD) unverschlüsselt an die jeweiligen Postschließfächer schickten. Militärspione in der DDR schickten ihre Geheimschriftbriefe zwar an Deckadressen in der BRD, sie wurden aber per Nachsendeauftrag bei

533

der Post ebenfalls an solche Postschließfächer geschickt. Die permanente Kontrolle solcher Postverbindungen trug zur Identifizierung unbekannter Spione bei.

Es war auch bekannt, daß Transitspione den Auftrag hatten, sich nach Vollzug einer »Spionagereise« beim zuständigen Geheimdienstmitarbeiter telefonisch zu melden, obwohl hinlänglich bekannt war, daß »beide Seiten« den Äther zwischen Westberlin und der BRD kontrollierten. Die Funkaufklärung des MfS konnte damit hervorragende Ausgangsinformationen für die Spionageabwehr liefern.

In den Reisezügen wurden auch gezielte operative Beobachtungen durchgeführt, um Transitspione und in diesem Sinne verdächtige Personen festzustellen.

Bestimmte Merkmale (Alleinreisende, relativ jung, kein oder wenig Gepäck u. a.) sowie bestimmte Verhaltensweisen (z. B. ständiger Wechsel der Fensterseiten je nach Lage der militärischen Objekte, umgehende Nutzung des Gegenzuges am ersten erreichten Bahnhof in der BRD zurück nach Westberlin) trugen relativ schnell dazu bei, daß die versierten Beobachter des MfS Transitspione identifizierten.

Außerdem wurden die Handschriften vermuteter Spione auf den Transitdokumenten mit denen auf den Spionageberichten aus den Postschließfächern verglichen.

Die verdächtigen Personen wurden von der HA II in Zentralen Operativen Vorgängen und von den zuständigen Dienstseinheiten in den entsprechenden Teilvorgängen bearbeitet. Die zentrale Regie durch die HA II war allein schon wegen des unbedingten Schutzes aller Informationsquellen und der Abwehrmethoden erforderlich.

Über einen längeren Zeitraum wurden weit über 100 derartige Transitspione identifiziert, ein größerer Teil davon wurde festgenommen und durch die Justiz der DDR verurteilt, ein kleinerer Teil wurde vom MfS überwoben. Einige dieser Transitspione waren bereits vorher schon IMB der Abwehr und ein weiterer Teil, namentlich DDR-Kraftfahrer, wurde vor der Öffentlichkeit, vor allem vor ihren Arbeitskollektiven zu entsprechenden Erklärungen über die Geheimdienstaktivitäten veranlaßt – auch ein wichtiger Teil der vorbeugenden Spionageabwehr.

Als der BND, speziell die Mitarbeiter der Dienststellen »Tempel«, »Ring«, »Isarsalon« und »Brücke« das ganze Ausmaß der komplexen Spionageabwehraktionen des MfS erkannten, haben sie auf einige ihrer bis dahin praktizierten Methoden weitgehend verzichtet. Die im Gefolge der Spionageabwehr des MfS enttarnten und damit nicht mehr »abgedeckten«

Dienststellen wurden aufgelöst und deren Mitarbeiter versetzt.

534

Der äußeren Spionageabwehr der HA II war es darüber hinaus gelungen – ähnlich wie der HVA – einige wichtige und auch zuverlässige Kundschafter im BRD-Geheimdienstsystem und angrenzenden Bereichen zu platzieren. Aus der Führung des MAD, aus dem Landesamt für Verfassungsschutz in Niedersachsen, aus dem Landeskriminalamt in Nordrhein-Westfalen, aus dem Vorstand des »Bundes der Kriminalisten« in Hamburg bezog die HA II über Jahre regelmäßig Informationen, die für das MfS und im Besonderen für die Arbeit im und nach dem Operationsgebiet sehr wertvoll waren. Diesen Kundschaftern und IM gebührt auch aus heutiger Sicht Dank und Anerkennung. Nicht wenige von ihnen hatten unwürdige Strafverfahren über sich und damit auch über ihre Familien ergehen zu lassen, sie wurden und werden noch immer diffamiert und ausgegrenzt. Was die operative Bearbeitung der Mitarbeiter und Dienststellen der USA-Geheimdienste in der BRD und in Westberlin betrifft, waren die Erkenntnisse der HA II im Vergleich zu denen über den BND und andere westdeutsche Geheimdienste wesentlich geringer und reduzierten sich auf die Ergebnisse der Zusammenarbeit mit IMB. Die Mehrzahl dieser IMB kam vor allem aus Bereichen der Volkswirtschaft, des Außenhandels und des Verkehrswesens der DDR. Sie wurden deshalb auch von den dafür zuständigen Abwehreinheiten geführt.

Der Erkenntnisstand der HVA zur Struktur und zur Personalsituation der USA-Geheimdienste in der BRD und Westberlin war bemerkenswert hoch, was u. a. aus der bereits erwähnten Dokumentation von Eichner/Dobbert »Headquarters Germany« deutlich wird. Informationen zu Strukturen, Mitarbeitern und Aktivitäten der USA-Geheimdienste in Westberlin wurden vor allem im Zusammenhang mit der Bearbeitung der CIA-Residentur an der USA-Botschaft in der DDR durch die zuständige HA II/3 gewonnen. Mit der Dienstanweisung des Ministers für Staatssicherheit Nr. 1/80 über die Grundsätze der Aufbereitung, Erfassung und Speicherung operativ-bedeutsamer Informationen wurden die Auswertungsbereiche (AKG) in den Hauptabteilungen und Bezirken weiter profiliert und die Erkenntnisse auch der Spionageabwehr nach neueren und weiterentwickelten Kriterien zentralisiert.

Hinzu kam die Schaffung EDV-gestützter zentraler Speicher wie der Zentralen Personendatenbank (ZPDB) für das gesamte MfS und das »System der vereinigten Erfassung von Informationen über den Gegner« (Soud) im Rahmen der multilateralen Zusammenarbeit der Sicherheitsorgane sozialistischer Länder. Soud war ein streng geheimer Informationsverbund der Sicherheitsorgane von sechs Warschauer-Vertrags-Staaten und drei weiteren verbündeten Ländern. Seine Aufgabe war es, Erkenntnisse über gegnerische

535

Geheimdienste sowie über Personen und Institutionen zusammenzuführen, von denen Gefahren für die Sicherheit dieser Staaten ausging.

Von der HA II wurden allein ca. 30.000 Datensätze zu Erkenntnissen der Spionageabwehr des MfS in den Speicher Soud eingespeist.

Die Vorteile dieser Zentralisation, vor allem auch für die Arbeit im und

nach dem Operationsgebiet, lagen auf der Hand.

Durch Vereinbarungen zwischen den Leitern der HVA und der HA II und auf Arbeitsebene zwischen der zuständigen HVA/IX und der äußeren Spionageabwehr der HA II zur vorgangs- und personenbezogenen Arbeit im Operationsgebiet wurden die Zusammenarbeit und die gegenseitige Hilfe und Unterstützung auf eine höhere Stufe gestellt. Damit konnten operative Möglichkeiten erweitert werden, was sich vor allem in konkreten operativen Ergebnissen zu beiderseitigem Nutzen niederschlug. Die Arbeit der HA II im und nach dem Operationsgebiet (»äußere Abwehr«) war eine Besonderheit des MfS und der konkreten sicherheitspolitischen Lage der DDR geschuldet.

Bei den Sicherheitsorganen der verbündeten und befreundeten Staaten arbeiteten nur die Verwaltungen/Dienstseinheiten der Aufklärung jenseits der eigenen Landesgrenzen.

Besonders in den 70er und 80er Jahren nahmen die vielfältigen Erkenntnisse der immer effektiver arbeitenden Funkaufklärung des MfS (HA III) enorm zu. Die Arbeit der gesamten Spionageabwehr im und nach dem Operationsgebiet unter der Federführung der HA II führte zu bemerkenswerten Ergebnissen. Im Analysezeitraum von 1977 bis 1986 wurden fast 50 Prozent aller Ersthinweise für die Bearbeitung und Ausschaltung gegnerischer Spione in der DDR durch den Einsatz der inoffiziellen Kräfte, Mittel und Methoden im Operationsgebiet erarbeitet.

Zu den Aufgaben der Spionageabwehr bei der Unterbindung des Mißbrauchs von diplomatischen und anderen Vertretungen aus westlichen Staaten in der DDR als »legale Basen« der Geheimdienste
Zum Begriff »legale Basen«

Wenn Geheimdienstmitarbeiter in Vertretungen ihrer Staaten im Ausland tätig sind und von hier aus Aktivitäten für ihre Geheimdienste unternehmen, wird das als »Geheimdienstarbeit von »legalen Basen« aus« bezeichnet, womit die Vertretungen selbst nicht automatisch zu »Außenstellen« der Geheimdienste deklariert werden können.

536

Die westlichen Geheimdienste – und nicht nur sie – haben schon immer Vertretungen ihrer Staaten in anderen Ländern genutzt, um dort ihre Mitarbeiter und Agenten zur Erfüllung eigenständiger nachrichtendienstlicher und anderer Aufgaben zu platzieren. Solche Vertretungen waren und sind diplomatische Missionen (Botschaften, Konsulate), Büros internationaler Organisationen, Einrichtungen, Gesellschaften wie der UNO, der UNESCO, der EU, des IWF; Büros von Publikationsorganen, Rundfunk- und Fernsehgesellschaften, Nachrichtenagenturen, Verlage, Handelsvertretungen, Konzernbüros, Büros von Fluggesellschaften, Banken und Versicherungen, Sitze internationaler und bilateraler Wirtschaftsvereine oder -ausschüsse, akademische, religiöse oder caritative Einrichtungen u. v. a. m.

Von besonderer Bedeutung sind dabei diplomatische Missionen und Büros internationaler Organisationen. Die Objekte und ihre Mitarbeiter genießen einen besonderen, speziellen völkerrechtlichen Bestimmungen entsprechenden Schutz, wie sich das aus den Wiener Konventionen über diplomatische und konsularische Beziehungen ergibt. Das diplomatische Personal hat den Status einer »Bevorrechteten Person« mit allen damit verbundenen Privilegien, zum Beispiel der kontrollfreien Grenzpassage und die Gewährleistung von Immunität, ihnen sind freie Arbeits-, Bewegungs- und Lebensbedingungen im jeweiligen Gastland zu gewähren. In abgestufter Form gilt das auch für Mitarbeiter in anderen nichtdiplomatischen Vertretungen, wenngleich dabei oft in sehr differenzierter Form die jeweils innerstaatlichen Regelungen zur Grundlage genommen werden. Selbstverständlich nutzten auch die Hauptgegner des MfS – der BND, die CIA und alle anderen USA-Geheimdienste, der britische SIS und Frankreichs DGSE – die Möglichkeiten der Arbeit aus »legalen Basen«. Vor allem in den Botschaften wurden in offizieller Abstimmung mit den jeweiligen Außenministerien ihrer Staaten Geheimdienstmitarbeiter der Aufklärung, aber auch für Abwehraufgaben eingebaut – je nach Größe der Botschaft und Bedeutung des Gastlandes –, die dann als »legale Residentur« tätig wurden.

Bezeichnend ist die Tatsache, daß z. B. beim Stellvertretenden Direktor der CIA für »Operationen« neben den Stäben für Auslandsaufklärung, verdeckte

Aktionen und Spionageabwehr auch ein gesonderter »Stab für allgemeine Abdeckung« existiert, womit die Einsatzrichtung aus »legalen Basen« mehr als deutlich wird.

Vom BND war bekannt, daß auch seine »Legal-Residenturen« mit dem Auswärtigen Amt, namentlich mit dem Außenminister, abgestimmt wer-

537

den mußten. In der Ständigen Vertretung der BRD bei der DDR konnte keine Geheimdienstresidentur erkannt werden.

Hauptrichtungen der Geheimdienstarbeit aus »legalen Basen«

Aus den Erfahrungen der Sicherheitsorgane befreundeter sozialistischer Staaten und der ersten DDR-Diplomaten in nichtsozialistischen Ländern, aus Erkenntnissen der HVA und vielen offiziellen Informationen wurden die Hauptrichtungen der Geheimdienstarbeit aus den »legalen Basen« deutlich.

Das waren vor allem:

– Die Informationsgewinnung durch die Werbung und Steuerung von Spionen aus dem Kreis der Bürger des Gastlandes, hier anwesender eigener Landsleute oder Bürger aus Drittländern, die über entsprechende Spionagemöglichkeiten verfügten (Schaffung sogenannter illegaler Residenturen).

Informationsgewinnung durch Eigenerkundung (z. B. Aufklärungsfahrten in militärische Schwerpunktgebiete) und durch gezielte Abschöpfung hergestellter persönlicher Kontakte im Gastland. Bei der Eigenerkundung kamen nicht selten technische (optische, akustische, elektronische) Hilfsmittel zum Einsatz.

– Die gezielte Einflußnahme auf geeignete Kontaktpartner im Gastland im Sinne der eigenen Politik, erforderlichenfalls zur Unterstützung oppositioneller Kräfte zur Herbeiführung gewollter politischer Veränderungen im Gastland bis hin zur Planung, Vorbereitung und Durchführung von Terroraktionen, politischen Morden und Putschen. (Erinnert sei in diesem Zusammenhang an »verdeckte Operationen« der CIA-Residenturen in Chile, Nicaragua, Iran, CSSR, Polen und letztlich auch in der DDR. Dazu später mehr.)

– Das Wirken von Geheimdienstmitarbeitern in den jeweiligen Botschaften – besonders aus den Abwehrbereichen –, die die Aufgabe hatten, den eigenen Personalbestand, die Objekte und die Kommunikation vor gegnerischen Angriffen zu schützen. Für den unmittelbaren Schutz von Objekten und Personal existierten meist direkte, offizielle Kontakte zu den Sicherheitsorganen des Gastlandes.

Die Erfahrungen besagten, daß Geheimdienstmitarbeiter – speziell die »Aufklärer«, meist in den politischen und ökonomischen Abteilungen platziert waren. In einigen Botschaften, etwa in denen der USA (CIA-Residenturen), waren sie als eigenständige Abteilung der Botschaft mit Tarnbezeichnung abgedeckt. In der BRD war es die »Office of Coordinator and Advisor« und in der USA-Botschaft in Österreich die »Peripheal Reporting Section«. Generell war für die Arbeit der Geheimdienstmitarbeiter in »legalen Basen« besonders charakteristisch die parallele Arbeit von legalen und

538

illegalen Residenturen, die direkte oder indirekte Einbeziehung »normaler Mitarbeiter« in den Vertretungen in die Realisierung von Geheimdienstinteressen sowie die Einordnung der Geheimdienstaktivitäten in die normale Tätigkeit und Aufgabenstellungen der jeweiligen Botschaften.

Die Stärke der Residenturen und der Umfang ihrer Aktivitäten hingen maßgeblich von der Rolle der Geheimdienste und der Bedeutung des Gastlandes für diese ab.

Alle geschilderten Erkenntnisse und Erfahrungen galten natürlich auch für die Geheimdienstarbeit aus »legalen Basen« in der DDR, mit einem grundsätzlichen Unterschied: der Existenz des unmittelbar benachbarten Westberlin, von wo aus sich vieles weit besser steuern ließ.

Zur Situation in der DDR

Nach dem Abschluß des Vierseitigen Abkommens zu Westberlin 1971 und dem Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der BRD 1972 erfolgte eine allgemeine internationale Anerkennung der DDR.

Ende 1973 unterhielten 109 Staaten diplomatische Beziehungen zur DDR, viele errichteten umgehend Botschaften in der DDR-Hauptstadt. Auf dem Fuße folgten Anträge von Publikationsorganen dieser Staaten, in der DDR ständige Korrespondenten akkreditieren und für sie Büros eröffnen zu lassen.

1986 war die DDR von 132 Staaten diplomatisch anerkannt, 107 unterhielten diplomatische Missionen, darunter 33 als Zweitakkreditierungen. Letzteres bedeutete, daß sich der Hauptsitz der Botschaft des Entsendelandes für die DDR außerhalb der DDR befand. (Kanadas Vertretung für die DDR befand sich beispielsweise zunächst in der VR Polen.) Zum Botschaftspersonal einschließlich Familienangehörige sowie ausländisches Dienst- und Hauspersonal gehörten rund 7.000 Personen.

In der DDR waren 159 ausländische Publikationsorgane akkreditiert mit 150 ständigen Korrespondenten. Rund 5.000 Reisekorrespondenten realisierten 1986 journalistische Vorhaben in der DDR.

Damit waren 1986 rund 13.000 Personen mit ca. 3.000 Kfz aus diesen Bereichen ständig oder zeitweilig in der DDR.

Allen Verantwortlichen im MfS – natürlich vor allem der Spionageabwehr – war bewußt, daß sich unter den Diplomaten, Korrespondenten und den vielen anderen Auslandsvertretern auch Mitarbeiter und Agenten der Geheimdienste befanden.

Bis zur Anerkennung durch die Mehrzahl nichtsozialistischer Staaten gehörte die Sicherung der Bereiche Außenpolitik und Medien in der DDR

539

zum Verantwortungsbereich der HA XX im MfS/Abt. XX der BV. Nunmehr kamen die Vertreter der imperialistischen Hauptmächte einschließlich ihrer Geheimdienste in die DDR. Dieser Aufgabenbereich nahm eine völlig neue Dimension an. Er wurde der HA II als der federführenden Diensteinheit für die Spionageabwehr übertragen. Das erfolgte insbesondere mit den Befehlen des Ministers für Staatssicherheit Nr. 16/74 und Nr. 17/74.

Aus den beiden Befehlen ergaben sich, wie bereits an anderer Stelle erwähnt, für die Spionageabwehr im allgemeinen und die HA II im besonderen grundsätzliche Aufgaben. Das waren der umfassende Schutz der Botschaften und Korrespondentenbüros anderer Staaten in der DDR, des Personals und der Arbeits- und Wohnräume vor terroristischen und anderen Gewalttaten, sowie die Aufklärung und Bekämpfung der Pläne, Absichten und Maßnahmen des Gegners zur Nutzung dieser Einrichtungen unter Mißbrauch gewährter Arbeitsmöglichkeiten für subversive, insbesondere geheimdienstliche Tätigkeit, sowie für Menschenhandel und andere staatsfeindliche bzw. allgemeinkriminelle Handlungen und damit in Verbindung stehender Kontakttätigkeit.

Dazu gehörte – wie auf allen anderen Gebieten der Abwehrarbeit – auch die Aufdeckung, Beseitigung und Zurückdrängung von dabei festgestellten begünstigenden Bedingungen und Umständen für Mißbrauchshandlungen. Gleichzeitig wurden in der HA II eine Reihe neuer Abteilungen gebildet, personelle Umstrukturierungen durchgeführt und qualifizierte Mitarbeiter – Sprachkader, Journalisten, Völkerrechtler und Regionalwissenschaftler – versetzt, ausgebildet oder eingestellt. Einige staatliche Einrichtungen und Objekte sowie deren Mitarbeiter wurden in die Verantwortung der HA II übergeben, wie das bereits beschrieben wurde.

Nach allen bis dahin vorliegenden Erfahrungen des MfS im Kampf gegen die Geheimdienste war klar, daß Botschaften, Vertretungen, Korrespondentenbüros u. a. der USA, der BRD, Großbritanniens und Frankreichs in der DDR sowie die dort verdeckt wirkenden Geheimdienstmitarbeiter die Schwerpunkte der neuen Aufgabenbereiche der Spionageabwehr bilden würden.

Andererseits befanden sich zahlreiche Botschaften aus der sogenannten Dritten Welt in der DDR mit ihren vielfältigen Problemen gegenüber ihren ehemaligen Kolonialmächten, die nun ebenfalls in der DDR vertreten waren.

Erinnert sei nur an die spannungsgeladenen Beziehungen zwischen Frankreich, Algerien, Kongo und Tunesien, zwischen Großbritannien, Libyen, Irak, Indien und Nigeria, zwischen Belgien und Zaire u. a.

Die ehemaligen Kolonialmächte wiederum versuchten, mit Geheimdienstoperationen schwindenden Einfluß auf ihre ehemaligen Kolonien

540

entgegenzuwirken oder Diplomaten/Korrespondenten dieser Länder als »Stellvertreter« gegen die DDR einzusetzen. Es lagen diesbezügliche Erkenntnisse zu Großbritannien, Frankreich, Portugal vor, im Hintergrund agierten die Geheimdienste der USA und BRD.

Einige Staaten Asiens und Afrikas betrachteten ihre Botschaften in der DDR wegen des idealen Standortes in bezug auf Westberlin und die BRD,

den Transit, die Logistik und die günstigen Kosten als ihre »Europazentralen« und besetzten sie überproportional – auch hinsichtlich des Anteils an Geheimdienstmitarbeitern. Bekannt war das z. B. hinsichtlich der Vertretungen aus dem Irak, aus Syrien, Libyen und Somalia.

Andere Staaten hatten untereinander erhebliche politische Differenzen und neigten gelegentlich dazu, diese Rivalitäten untereinander, aber auch gegen Oppositionelle aus dem eigenen Land, auf dem Boden der DDR auszutragen. Es gab Entführungen, Brandanschläge, Sachbeschädigungen, Körperverletzungen und andere Vorfälle.

Einige Botschaften oder Büros sowie deren Mitarbeiter waren in hohem Maße terrorgefährdet und bedurften oft besonderer Schutzmaßnahmen, z. B. die der USA, Großbritanniens, der Türkei, des Iran, Iraks, Libyens, der PLO, SWAPO und des ANC. Die besondere Schutzbedürftigkeit ergab sich oft aus der konkreten internationalen, regionalen oder auch bilateralen Situation der staatlichen Beziehungen untereinander. Meist war das zeitlich begrenzt und berührte die DDR nicht selten nur indirekt, konnte aber für die DDR mit erheblichem politischen Schaden verbunden sein (etwa das Verhältnis USA-Libyen und der Anschlag auf die Westberliner Diskothek »La Belle« 1986).

Viele Diplomaten nutzten ihre Privilegien und die Immunität in mehr oder weniger großem Umfang, um persönliche Vorteile zu erzielen. Das galt auch für die anderen Mitarbeiter von Botschaften sowie für ständige und Reisekorrespondenten. Es kam zu schwerwiegenden Gesetzesverletzungen, etwa bezahlten Menschenhandel durch Ausschleusung von DDR-Bürgern, Schmuggel von Drogen, Waffen, Edelmetallen, Antiquitäten sowie zu Spekulationen mit Währungen und Waren unter Nutzung des Wechselkurses zwischen Mark der DDR und DM. Die finanzielle Bereicherung von Mitarbeitern ausländischer Vertretungen auf Kosten der DDR war zum Teil beträchtlich. Ursächlich dafür waren aber auch begünstigende Umstände, die von der DDR selbst geschaffen worden waren. Dazu zählten die möglichen Währungsmanipulationen unter Nutzung der Devisenkonten in der DDR und die völlige Gleichbehandlung aller Mitarbeiter der Botschaften, vom Botschafter bis zum Gärtner, als bevorrechtete

541

Person etwa bei der kontrollbefreiten Grenzpassage. Es waren besonders die nicht-diplomatischen Mitarbeiter, das Dienst- und Hauspersonal der Botschaften, die in solche kriminelle Machenschaften involviert waren.

Sicher war diese »Großzügigkeit« der langen außenpolitischen Isolierung der DDR als Folge der Hallstein-Doktrin geschuldet.

Unter Berücksichtigung all dieser Umstände galt es für die HA II, den Schutz ausländischer Botschaften und Korrespondentenbüros und deren Mitarbeiter und bei Erfordernis auch deren Kontrolle und operative Bearbeitung zu organisieren. Das bedurfte einer intensiven Abstimmung und Koordinierung zwischen den zuständigen Diensteinheiten des MfS und eines engen Zusammenwirkens mit den beteiligten anderen staatlichen Organen und gesellschaftlichen Einrichtungen der DDR, speziell dem MfAA, dem MdI, der Zollverwaltung sowie den zuständigen speziellen Versorgungseinrichtungen in der DDR.

Die Analyse der damaligen konkreten politischen Rahmenbedingungen für das Wirken der Geheimdienste aus den »legalen Basen« in der DDR, insbesondere in den 70er und zu Beginn der 80er Jahre, ergab ein widersprüchliches Bild: Einerseits wurden wichtige Schritte in Richtung Entspannung, Koexistenz und Abrüstung unternommen – andererseits gab es enormen politischen, ökonomischen, militärischen und ideologischen Druck der USA und der NATO, vor allem auch der BRD, auf die Staaten des Warschauer Vertrages und des RGW sowie auch gegen einzelne Länder des Staatenbündnisses, darunter die DDR.

Zugleich vertieften sich auch die Widersprüche in den Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern, darunter auch zwischen der DDR und der UdSSR. Es war der Beginn prinzipienloser Kompromisse einzelner sozialistischer Länder und ihrer Politiker gegenüber dem Druck der imperialistischen Hauptländer.

Die komplizierter werdende Situation in der Volkswirtschaft der DDR, die zunehmende Unzufriedenheit breiter Teile der Bevölkerung mit der

Versorgungslage, den Reisemöglichkeiten, der Informationspolitik und auf anderen Gebieten verschärfte die innenpolitische Situation. Das wurde durch die wachsende Entfremdung der SED- und Staatsführung und deren Reduzierung auf das SED-Politbüro und seinen Generalsekretär verstärkt. Gleichzeitig wurde die Politik der SED zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit und einer hohen politischen Stabilität in Staat und Gesellschaft durch eine Überbetonung administrativer und repressiver Mittel und Methoden erkennbar deformiert.

542

Vor diesem internationalen und innerstaatlichen Hintergrund entwickelten sich die Aktivitäten aus »legalen Basen« zu einer bis dahin nicht gekannten Kraft geheimdienstlich gesteuerter Angriffe gegen die DDR. Neben dem konzentrierten Einsatz geworbener Agenten und Spione der Geheimdienststellen in der BRD und Westberlin sowie der immer mehr perfektionierten Fernmelde- und elektronischen Aufklärung, wurden die geheimdienstlichen Möglichkeiten aus den »legalen Basen« zur Informationsbeschaffung und zur gezielten Einflußnahme auf Personen, Handlungen und Prozesse zu wesentlichen Bestandteilen der zunehmenden Versuche einer systematischen Destabilisierung der DDR.

Zur Kontaktarbeit aus »legalen Basen«

Es wurde immer deutlicher, daß die Kontaktarbeit der Diplomaten und Korrespondenten der BRD, der USA, aber auch Großbritanniens, Frankreichs sowie anderer westeuropäischer, vor allem deutschsprachiger Staaten, gegenüber DDR-Bürgern enorm zunahm und dabei die erkannten oder vermuteten Mitarbeiter und Agenten der Geheimdienste in den »legalen Basen« eine regieführende Rolle spielten.

Im Zuge der Kontrolle und Bearbeitung von zwei CIA-Mitarbeitern der Residentur in der USA-Botschaft in der DDR konnten z.B. über 200 stabile Kontakte zu DDR-Bürgern festgestellt werden, wovon ein Teil über ein beachtliches internes Wissen über Vorgänge und Entwicklungen in den einzelnen Bereichen der DDR verfügte, sich aber gleichzeitig ideologisch und bewußtseinsmäßig von der DDR immer mehr entfernte.

Die Analyse der DDR-Kontaktpartner erkannter oder vermuteter Geheimdienstmitarbeiter in »legalen Basen« und der Methoden der Kontaktarbeit, ließ die Spionageabwehr zu dem Schluß kommen, daß sich dahinter eine Doppelstrategie verbarg: die Schaffung und Nutzung von DDR-Kontaktpartnern zur gezielten Informationsabschöpfung aus besonders interessierenden Bereichen bei gleichzeitiger massiver Beeinflussung der DDR-Kontaktpartner im Sinne der Politik, der Wertevorstellungen und der Lebensweise »des Westens« mit entsprechender Anleitung zum Handeln in diesem Sinne.

Für die Realisierung dieser Doppelstrategie bedurfte es sowohl intelligenter, psychologisch, rhetorisch und fachlich geschulter Diplomaten, Korrespondenten/ Journalisten, als auch auskunftsbereiter DDR-Kontaktpartner mit hohem Informationspotential und zunehmender Identifikation mit den westlichen Denk- und Lebensverhältnissen. Beide Seiten existierten, sie mußten nur zusammengeführt werden, es mußten dafür günstige Bedin-

543

gungen geschaffen werden. Die wurden bei zahlreichen offiziellen und inoffiziellen Gelegenheiten wie Empfängen, Informationsveranstaltungen, Vorträgen, Kulturveranstaltungen, Besichtigungen, Besuchen offizieller Persönlichkeiten usw. gefunden.

In dem Maße, wie sich die allgemeine Unsicherheit und vermeintliche Perspektivlosigkeit in der DDR ausbreiteten, erhöhte sich die Kontakttätigkeit der Geheimdienstmitarbeiter in den »legalen Basen«.

An den größeren und kleineren, bis hin zu ganz privaten Zusammenkünften nahmen von DDR-Seite sehr oft Personen aus unterschiedlichen staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen teil, die häufig auch sehr widersprüchliche Positionen zur politischen Lage innerhalb und außerhalb der DDR vertraten.

Bei solchen Zusammenkünften, die zum natürlichen Arbeitsleben von Diplomaten und Korrespondenten gehörten, stellten sich im Hinblick auf die Gesprächsführung aus der Sicht der Spionageabwehr solche sicherheitsrelevante Fragen: Wo waren die Grenzen zwischen außenpolitischen, diplomatischen, journalistischen und geheimdienstlichen Interessen der Mitarbeiter

aus »legalen Basen«? War das für den DDR-Partner durchschaubar? Kannte der offizielle DDR-Kontaktpartner bei solchen Protokollveranstaltungen seine Grenzen beim »Geben« und »Nehmen« von Informationen? Oder waren seine Vertrauensseligkeit, seine Schwatzhaftigkeit und Renomiersucht, seine Unerfahrenheit, sein Unvermögen oder gegebenenfalls auch seine tatsächlichen politischen Absichten ein Sicherheitsrisiko? Oder ging der DDR-Bürger schon mit der Absicht zu einem solchen Treffen, seine negative bis ablehnende Haltung zur SED/DDR kundzutun, Verbündete zu finden, oppositionelle Gruppen bekanntzumachen oder aber auch seine eigene neue Existenz im westlichen Ausland vorzubereiten?

Die Diplomaten, Korrespondenten, Journalisten und Gäste aus dem westlichen Ausland, oft Spezialisten und Kenner auf dem jeweils anstehenden Gesprächsgebiet, nicht selten erkannte oder vermutete Mitarbeiter oder Agenten der Geheimdienste, studierten ihre DDR-Kontaktpartner, forderten Antworten heraus, gingen weiter in die Tiefe und nahmen Einfluß auf die weiteren Denkprozesse. Ihre Informationsausbeute war erfahrungsgemäß sehr groß. Es gab Ansätze zum Nachhaken bei weiteren Gelegenheiten. Der DDR-Kontakt mußte nicht risikvoll angeworben werden, ein möglicher politischer Skandal wurde dadurch vermieden, und außerdem waren die Kosten vergleichsweise gering. Auch die DDR-Kontaktpartner wollten meist gar nicht wissen, ob ihr Gesprächspartner Geheimdienstmitarbeiter war, selbst wenn sie es vermuteten. Sie hatten

544

ein »reines Gewissen«, wer wollte ihnen einen Geheimdienstkontakt nachweisen? Eben unter diesem Aspekt muß beispielsweise der von der HA II eindeutig dokumentierte und über zwölf Jahre feststellbare Kontakt von Pfarrer Rainer Eppelmann, später Minister, Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender der »Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages«, zu mindestens fünf Mitarbeitern der USA-Botschaft in der DDR, darunter zuletzt zum CIA-Mitarbeiter Imre Elmarowitsch Lipping, betrachtet werden. Eichner/Dobbert haben in ihrem Buch ausführlich dazu Stellung genommen und interessante Details geschildert.

Bevorzugte Zielgruppen unter DDR-Bürgern, die zu Veranstaltungen eingeladen wurden, waren offizielle Vertreter der SED- und Staatsführung sowie der Blockparteien, der Massenorganisationen in der Nationalen Front der DDR, Wirtschaftsfunktionäre, Wissenschaftler aus Industrie, Landwirtschaft, Handel, Verkehrswesen, Gesundheitswesen und Umweltschutz, Vertreter der Universitäten, Hochschulen, aus Instituten, der Volksbildung und dem Verlagswesen. Besonderes Interesse bestand hinsichtlich der Teilnahme von Kunst- und Kulturschaffenden, Schriftstellern, Theater- und Filmschaffenden, Vertretern der DDR-Medien sowie von Kirchenvertretern aller Konfessionen und Ebenen. Nicht selten wurden prominente Gäste aus der BRD oder dem westlichen Ausland eingeladen, die ihrerseits aktive Kontaktarbeit leisteten. Manchmal waren sie der eigentliche Anlaß der Zusammenkunft.

Zu Gästen zählten auch nicht selten spezielle Geheimdienstmitarbeiter aus der BRD, häufig aber auch aus der Westberliner USA-Mission.

Die Absicht war nicht zu übersehen, Kontakte nach »Wertigkeit« zu sortieren, wertvolle zu festigen, möglichst zu privatisieren und zu pflegen. Die bei solchen Kontaktgesprächen bei den Diplomaten, Korrespondenten und anderen Vertretern aus »legalen Basen« erkennbaren Informationsinteressen deckten sich weitgehend mit den Aufträgen von BND und den USA-Geheimdiensten an ihre Spione in der DDR.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre konzentrierten sich die Informationsinteressen besonders auf die Situation und Entwicklungstendenzen im Innern der DDR und die Art und Weise der Reaktion und Einflußnahme der Führung der SED/DDR darauf; die Entwicklung der Beziehungen der DDR zur UdSSR und zur BRD; die damals aktuellen Akzente der Außen- und Wirtschaftspolitik der DDR im Rahmen des Warschauer Vertrages und des RGW; die Situation innerhalb der SED- und Staatsführung der DDR, mögliche personelle Veränderungen, Funktionswechsel; die Versorgungssituation in der DDR, das Warenangebot, die Entwicklung der Löhne, Renten, des Wohnungsbaus, des Gesundheitswesens, der Reisemöglichkeiten

545

und die entsprechenden Reaktionen der Bevölkerung bzw. bestimmter Bevölkerungskreise darauf; die Wirkung westlicher Politik und Medien

auf die DDR-Bevölkerung insgesamt sowie differenziert in bestimmten Kreisen und Gruppen; der Zustand und die Situation in der Infrastruktur, hinsichtlich der Energie- und Erdölreserven, die Struktur des Außenhandels und aktuelle Entwicklungen in der Finanzpolitik, insbesondere zur Devisenlage; konkrete Fragen zu militärischen Problemen wurden in solchen Runden selten gestellt, höchstens allgemein zur Militärpolitik der DDR oder bei konkreten Partnern.

Man traf sich in Botschaften oder Korrespondentenbüros, in Wohnungen oder in Veranstaltungsräumen und Freizeiteinrichtungen des »Dienstleistungsamtes für ausländische Vertretungen« (DAV). Als Kontakt- und Kommunikationspunkte entwickelten sich zunehmend die Bibliothek in der USA-Botschaft (besonders Videovorführungen für junge DDR-Bürger) und das Kulturzentrum Frankreichs, Unter den Linden.

Die HA II war gehalten, den Schutz und die Sicherheit solcher Veranstaltungen unbedingt zu gewährleisten. Gleichzeitig galt es, die daran teilnehmenden Personen, vor allem die DDR-Bürger, zu identifizieren und den zuständigen Diensteinheiten des MfS – der Abwehr, der Aufklärung, den Bezirksverwaltungen – Informationen über die Anwesenheit von Personen ihres Verantwortungsbereiches und dabei getroffene Feststellungen zukommen zu lassen. Schließlich konnten nur dort der Charakter des Kontaktes, die Gefahren eines Informationsabflusses und der Einflußempfindlichkeit am sachkundigsten eingeschätzt werden.

Und selbstverständlich wurden auch eigene IM der HA II der anderen Abwehrdiensteinheiten und der HVA zur Feststellung und Identifizierung anwesender DDR-Bürger und Gäste der Diplomaten/ Korrespondenten, zur Kontaktaufnahme mit interessanten Teilnehmern (»Blickfeldarbeit«) und zur eigenen gezielten Informationsabschöpfung eingesetzt. Derartige Feststellungen waren nicht selten der Ausgangspunkt für Bearbeitungsprozesse gegen Verdächtige, aber auch Beginn einer erfolgreichen Kontaktarbeit des MfS.

Zu einigen Erkenntnissen und Aspekten der Tätigkeit von Journalisten und Korrespondenten aus der Sicht der Spionageabwehr
Korrespondent ist ein Status, den man mit der Akkreditierung im Ausland erhält, Journalist ist ein Beruf. Kontakte – ob mit oder ohne geheimdienstlichen Hintergrund – sind Existenzbedingungen für jeden Journalisten. Hinzu kommt ihre spezielle Qualifikation, ihre Fähigkeit zur

546

gründlichen Recherche, ihr in der Regel ausgeprägter analytischer Verstand. Kontaktfreude und die planmäßige sowie aus der aktuellen Situation heraus praktizierte rasche Herstellung von Kontakten und ihre Nutzung als »Informanten« für die journalistische Arbeit zeichnet erfolgreiche Leute auf diesem Gebiet aus.

Diese Fähigkeiten und Kenntnisse prädestinieren Journalisten förmlich zur Geheimdienstarbeit, was von den einschlägigen Diensten seit eh und je auch umfangreich genutzt wird. Die Mittel und Methoden einer journalistischen Recherche und der nachrichtendienstlichen Informationsbeschaffung sind nahezu identisch. Der unter Bundeskanzler Ludwig Erhard im Bundeskanzleramt als Abteilungsleiter III für den BND zuständige Ministerialdirektor Karl Hohmann sah schon 1968 in den Berufsbildern von Journalisten und Geheimdienstlern nahezu Deckungsgleichheit, als er feinsinnig feststellte: »Die Leute machen doch nur dasselbe wie die Journalisten – sie lesen Zeitungen und recherchieren.«³⁰

Schon sehr früh wurde das MfS mit der Allianz Geheimdienste – Journalisten konfrontiert. In einem Prozeß vor dem Obersten Gericht der DDR vom 24. bis 27. Juni 1955 gegen fünf Angeklagte konnte bewiesen werden, daß sich die »Hauptabteilung Politik« mit ihrem damaligen Direktor G. A. Ewing, vor allem die Abteilung »Informationen aus der SBZ« des Senders RIAS in Westberlin aktiv mit Spionage gegen die DDR beschäftigten.³¹

Die deutschen Agentenführer hatten Decknamen und nannten sich »Interviewer«, die geworbenen DDR-Bürger wurden als »Vertrauliche Berichter« (VB) bezeichnet. Aus »innerbetrieblichen vertraulichen Mitteilungen« des Direktors an »Interviewer« waren die Spionageaktivitäten klar erkennbar.

Zwei Beispiele dazu:

»Betr. Bericht Kurt Ritter
Sondershausen

Bezug: Aufträge an HICOG v. 5. 1. 55

Zu o.a. Bezug teilt HICOG mit, daß gegen den Berichter Kurt Ritter vom Rat des Kreises Sondershausen keine Bedenken bestehen. Gegen ihn liegen keine nachteiligen Aussagen vor und er kann deshalb auch auf Objekte der Roten Armee angesetzt werden. Nach Möglichkeit ist eine Zusammenkunft mit MV Müller zu vereinbaren.

Berlin, den 29. 1. 55

Ri/HA

gez. G. A. Ewing

Direktor«

547

HICOG war die Dienststelle des »Hohen Kommissars der USA für Deutschland«, A. Müller war der zuständige Geheimdienstmitarbeiter.

»Hauptabteilung Politik

Verteiler: Interviewer

Gemäß Anordnung HICOG vom 3. 2. 55 wird der CIC-Beauftragte, MV Meissener, künftig jeden Donnerstag und Freitag zur Verfügung stehen.

Es wird gebeten, mit den Berichtern aus der SBZ, die ihm vorgestellt werden sollen, für diese beiden Tage Verabredungen zu treffen.

Berlin, den 5. 2. 55

gez. G. A. Ewing

Direktor«

Der RIAS, der »Rundfunk im amerikanischen Sektor«, nutzte zu dieser Zeit besonders den »RIAS-Suchdienst« und die Sendung »Briefe aus der Zone«. Hörer in der DDR sollten an die in den Sendungen genannten Deckadressen schreiben. Aus diesem Kreis wurden Werbekandidaten für die USA-Geheimdienste in Westberlin rekrutiert.³¹

Ähnliche Aktivitäten, wenngleich etwas gedeckter, unternahmen auch die »Organisation Gehlen« und deren Nachfolger, der BND. Hier war es vor allem die Dienststelle 923 der Abteilung I »Beschaffung«, die Pressesonderverbindungen schuf und führte.

Als dann mit der weltweiten Anerkennung der DDR auch zahlreiche Publikationsorgane der BRD Anträge auf Einrichtung von Büros und Akkreditierung von Korrespondenten stellten, bekam auch die geheimdienstliche Nutzung solcher »legalen Basen« einen völlig neuen und höheren Stellenwert.

Die Journalisten mit den beschriebenen spezifischen Qualifikationen waren »vor Ort«, sie hatten einen Status als »akkreditierte ständige Korrespondenten«, sie hatten ein Büro als Anlauf- und Kommunikationspunkt, und sie bekamen in der DDR großzügige Arbeitsmöglichkeiten geboten. Solche Bedingungen wollten die Geheimdienste nutzen, allen voran der BND. Wer gelegentlich Bedenken wegen der möglichen politischen Brisanz äußerte und der »Wahrung des Berufsethos« das Wort redete, den ließ der BND wissen: »Diese Auffassung mag der eigenen berufsständischen Sicht des Journalisten entsprechen; für den Nachrichtendienst ist kein Gesichtspunkt erkennbar, unter dem er die mögliche Mithilfe eines Journalisten zurückweisen sollte.«³²

Und BND-Präsident Wessel erklärte vor dem Guillaume-Untersuchungsausschuß des Bundestages am 9. Oktober 1974: »Ich halte es für eine legi-

548

time und ehrenvolle Mitarbeit auch von Journalisten, wenn sie dem BND Erkenntnisse vermitteln.«

Der Publizist Manfred Bissinger – heute Chefredakteur der »Woche« – kam bereits 1987 nach umfangreichen Recherchen hinsichtlich der Zusammenarbeit von BND und Medien zu folgender Klassifizierung: »Erste Form:

Der Dienst hatte einzelne Redakteure, vor allem Korrespondenten in den osteuropäischen Staaten, unter Vertrag und zahlte monatlich Gehälter für deren Berichte. Das schwankte je nach Ergiebigkeit des Standorts (Moskau wurde besser bezahlt als Warschau), zwischen 1.000 und 8.000 Mark monatlich.

Die Journalisten hatten Agentennummern und Agentenführer. Letztere gehörten meist zu Tarnfirmen, die der BND für solche Zwecke unterhielt

... Die zweite Form der Zusammenarbeit mit Pullach war die der gelegentlichen Mitarbeit. Der Dienst stand mit Redakteuren oder Reportern in loser Verbindung und vergab Aufträge – selten direkt, meist über die schon erwähnten Tarnfirmen.«³³

Der Publizist Erich Schmidt-Eenboom kommt im Ergebnis umfangreicher

Quellenstudien, darunter auch von Originaldokumenten des BND im Hinblick auf Journalistenkontakte zum BND zu der Einschätzung: »Tatsächlich waren es 230 Pressesonderverbindungen, darunter viele Journalisten von Rang und Namen, und etliche, die zur allerersten Garnitur der bundesrepublikanischen Publizistik zählen.«³⁴

Bezogen auf die Existenz der beiden deutschen Staaten und Westberlin kam hinzu, daß der ideologische Klassenkampf vor allem auch in den Medien beider Seiten ausgetragen wurde.

Unter Medien waren aus der Sicht der DDR unter diesen Umständen und zu dieser Zeit vor allem zu verstehen Funk und Fernsehen der BRD sowie die USA-Sender »Stimme Amerikas«, »Radio Free Europe«, »Radio Liberty« und die britische BBC. Die Fernsehprogramme waren bis auf einen südöstlichen Zipfel, der deshalb »Tal der Ahnungslosen« hieß, überall in der DDR zu empfangen.

Die Printmedien spielten eine untergeordnete Rolle, da nur wenige DDR-Bürger und zumeist berufsbedingt Zugang zu ihnen hatten.

Die DDR-Bevölkerung wurde täglich über Fernseh- und Rundfunkkanäle der BRD »objektiv« zur Lage in der DDR informiert. Die BRD-Medien berichteten nicht *über* die DDR, sondern *für* die DDR, was einen Fernsehkorrespondenten der BRD in der DDR zu der ironischen Bemerkung vom »Klassenfeind im Wohnzimmer der DDR-Bürger« veranlaßte.

Die zumeist einseitige und ungenügende Informationspolitik der SED-Führung provozierte zudem einen Bedarf an »Westnachrichten«: Manche

549

ADN-Meldung verstand ein DDR-Bürger nur, wenn er am Abend zuvor Westfernsehen geschaut hatte. Die SED- und Staatsführung der DDR konnte bis zum Schluß mit der westlichen Publizistik nicht umgehen. Sie reagierte zumeist wenig besonnen und souverän, gab sich beleidigt und hektisch. Natürlich mußten Lügen und Beschimpfungen entschieden zurückgewiesen werden. Aber die Neigung, über jeden hingehaltenen Stock zu springen, war sehr ausgeprägt.

In diesem Klima des Kalten Krieges kamen Fernsehleute von ARD und ZDF, Journalisten aus Rundfunkstationen, von Tageszeitungen und Nachrichtenmagazinen als ständige Korrespondenten in die DDR-Hauptstadt.

Schlagartig nahm auch die Zahl der Reisekorrespondenten aus Westberlin, aus der BRD und anderen westlichen Ländern zu. Betreut wurden sie von der Abteilung Journalistische Beziehungen der Hauptabteilung Presse im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) und durch das »Internationale Pressezentrum« (IPZ).

»Heimliche Betreuerin« der ständig akkreditierten Korrespondenten und der zeitweilig anwesenden Reisekorrespondenten war die Spionageabwehr des MfS, konkret die neu gebildete HA II/13, der die Verantwortung für diesen Personenkreis mit dem bereits erwähnten Befehl 17/74 übertragen wurde. Verständlicherweise standen die Korrespondenten aus der BRD und Westberlin im Mittelpunkt der »Aufmerksamkeit« des MfS, gefolgt von Korrespondenten aus den USA und Großbritannien und »Helfern« aus anderen Ländern. Einige von ihnen waren der HA II bereits aus eigener Erkenntnis, aus den zentralen Speichern des MfS, durch Hinweise der HVA des MfS oder durch Informationen anderer sozialistischer Sicherheitsorgane als überführte oder vermutete Spione/Agenten von Geheimdiensten bekanntgeworden. Bei weiteren konnten bedeutende Verdachtshinweise für eine Geheimdienstverbindung erarbeitet werden. Insgesamt war die konkrete Beweisführung aber recht kompliziert.

Zunächst wurden ständig akkreditierte und Reisekorrespondenten mit der bereits ausführlich beschriebenen Methode der Schaffung und Nutzung von Abschöpf- und Einflußkontakten wirksam.

Darüber hinaus entwickelten sich die Büros von ARD, ZDF, »Spiegel«, »Stern«, »Süddeutsche Zeitung«, »Reuters« zunehmend zu Anlaufstellen »informationshungriger« DDR-Bürger, die in der Regel auch auskunftswillige Kontaktpartner wurden. Viele solcher Kontakte wurden anschließend »privatisiert« und in die Wohnungen der Korrespondenten oder DDR-Bürger verlegt.

550

Die akkreditierten ständigen und die zeitweilig anwesenden Reisekorrespondenten waren angehalten, bei ihrer Tätigkeit und ihrem Aufenthalt

in der DDR die Festlegungen der »Verordnung über die Tätigkeit von Publikationsorganen anderer Staaten und deren Korrespondenten in der DDR« vom 21. Februar 1973 und die dazu 1973 und 1979 erlassenen Durchführungsbestimmungen einzuhalten.³⁵

Die Korrespondenten der BRD und der USA vor allem der elektronischen Medien (Fernsehen, Radio) versuchten permanent, die getroffenen Festlegungen zu unterlaufen. Sie führten illegale Befragungen von DDR-Bürgern durch, maßten sich diplomatische Privilegien und Immunitäten an, in dem sie z. B. Grenzkontrollen verweigerten usw. Andere, meist weniger auffällige Korrespondenten verstießen gegen die Verordnung und Gesetze der DDR, indem sie Geheimdienstaufträge realisierten. Ein Beispiel: Als Vertreter einer Regionalzeitung im Rheinland war in der DDR ein etwa 70jähriger Herr B. akkreditiert. Er bekam die erforderlichen Papiere, mietete ein Postfach im Pressezentrum und eine teure Wohnung in Berlin. Bei der Überprüfung eines Hinweises der HVA aus der Zentrale des BND über dort regelmäßig eingehende Informationen zu speziellen aktuellen politischen Themen aus Berlin, gab es erste Verdachtshinweise auf diesen Korrespondenten. Dieser Journalist reiste nur alle vier bis sechs Wochen in die DDR ein, leerte Postfach und Briefkasten, führte kurze, nichtssagende Gespräche im Pressezentrum und begab sich jedesmal für mehrere Stunden in das Gebäude des Hauptvorstandes der CDU der DDR in Berlin. Sorgfältige Ermittlungen ergaben, daß er dort mit einem ehemaligen hauptamtlichen Mitarbeiter des Parteivorstandes der CDU, der nach seiner Berentung noch tageweise dort beschäftigt war, zusammentraf. Der CDUMitarbeiter hatte Zugang zu allen Staats- und Parteidokumenten, die im Hauptvorstand der CDU zur Verfügung standen, wählte wesentliche Inhalte aus und sprach diese bei den Zusammentreffen auf ein Mini-Tonband, das der Journalist mit sich führte.

Zu einem geeigneten Zeitpunkt erfolgte die konspirative Festnahme beider Partner. Dabei konnten eindeutige Beweise für die BND-Beziehungen gesichert werden. Nach einer politischen Entscheidung von Erich Honecker in Abstimmung mit dem CDU-Vorsitzenden, Gerald Götting, wurde der »Journalist« am Abend des gleichen Tages noch freigelassen und durfte ausreisen. Die Untersuchungen gegen den DDR-Bürger wurden auf »zentrale Entscheidung« kurz darauf eingestellt.

Über den folgerichtigen Entzug der Akkreditierung für diesen »Journalisten« hat es nie einen Protest der Bundesrepublik gegeben.

551

Zahlreiche andere BRD-Journalisten (»Pressesonderverbindungen«), darunter auch IMB der Spionageabwehr und Kundschafter der HVA, erhielten vom BND oder über eine der vielen Tarnfirmen sogenannte *Redaktionsmemoranden*, in denen der jeweils konkrete Informationsbedarf des BND – journalistisch abgedeckt – aufgelistet war.

Durch gezielte Fahndungsmaßnahmen der Abt. M im postalischen Verbindungssystem des BND wurde 1979 ein zunächst unbekannter Briefeschreiber entdeckt, der später als »Selbstanbieter« beim BND und Verräter Winfried B., ein ehemaliger leitender Offizier der Verwaltung Aufklärung des MfNV, identifiziert wurde. Er war Alkoholiker und kriminell geworden, weshalb er bereits 1970 aus der NVA entlassen worden war. Vom BND aber war er dennoch zur Spitzenquelle erklärt und in die persönliche Obhut des damaligen BND-Präsidenten Klaus Kinkel genommen worden. In der späteren westlichen Geheimdienstpublizistik wurde ihm der BND-Deckname »Roter Admiral« gegeben.

Seine Bearbeitung erfolgte bei der HA II im Operativen Vorgang »Bär«. In diesem Zusammenhang wurde bekannt, daß B. und seine Lebensgefährtin über die VR Polen via Schweden in die BRD ausgeschleust werden sollten. Geplant war die Ausschleusung unter maßgeblicher Mitwirkung von Horst H., einem Journalisten aus der Bundesrepublik. H. war bereits jahrelang als sogenannte Reisequelle unter der Abdeckung eines Reisekorrespondenten für die BND-Tarnfirma »Verlag Sport und Mode« in Wiesbaden in der DDR, Polen, Ungarn und der CSSR aktiv und insofern ein erfahrener »Reisender«.

Die Ausschleusung wurde in Kooperation mit den polnischen Sicherheitsorganen unterbunden.

Bei der HA II/13 und den Abt. II der BV wurden eine ganze Reihe akkreditierte

ständige und Reisekorrespondenten, einreisende Journalisten und deren Kontakte in Operativen Vorgängen bearbeitet. Die Beweisführung gestaltete sich oft sehr kompliziert, in manchen Fällen waren aus politischen oder auch operativ-taktischen Erwägungen Sanktionen (in der Regel Ausweisungen) nicht zweckmäßig. In einigen Fällen wurden ständig akkreditierte Korrespondenten der BRD wegen grober Verstöße gegen die Journalistenverordnung – besonders wegen verleumderischer Berichterstattung – im Auftrag der SED-Führung ausgewiesen. 1975 betraf das den »Spiegel«-Korrespondenten Mettke, 1976 den ARD-Korrespondenten Loewe, 1979 den ZDF-Korrespondenten van Loyen. Von 1978 bis 1988 war das »Spiegel«-Büro in der DDR geschlossen. Anderen Redaktionen wurde empfohlen, bestimmte Journalisten erst gar nicht zur Akkreditierung vorzuschla-

552

gen oder zurückzuziehen. Verschiedenen Journalisten wurde die Einreise in die DDR verwehrt. Sie wurden in »Reisesperre« genommen, um damit politische Provokationen vorbeugend zu verhindern.

Einige spezielle Aspekte zu Geheimdienstresidenturen in »legalen Basen«

In fast allen Botschaften in der DDR befanden sich Geheimdienstresidenturen, d. h. Geheimdienstmitarbeiter unter Diplomaten und Mitarbeitern der Botschaft, die als Gruppe unter Leitung eines Residenten jeweils individuell oder arbeitsteilig Spionageaufgaben erfüllten, oder aber auch als einzelne Geheimdienstmitarbeiter oder Sicherheitsoffiziere wirkten. Ihre Aktivitäten wurden maßgeblich von den konkreten politischen Beziehungen ihrer Staaten zur DDR, von der eigenen politischen Interessenlage der Entsendestaaten und der Zugehörigkeit zu Bündnissen bestimmt. Vielfach wurden auch Operationen gegen dritte Staaten, bestimmte Personengruppen oder Objekte auf dem Territorium der DDR geplant oder vorbereitet.

Ein spezielles Problem ergab sich für die HA II aus den Besetzungen der Ständigen Vertretung der BRD durch DDR-Bürger, die damit demonstrativ ihr beabsichtigtes Verlassen der DDR erzwingen wollten. (*Dazu mehr in einem nachfolgenden Beitrag*)

Aus der Sicht der Spionageabwehr ergaben sich hinsichtlich der Existenz von Geheimdienstresidenturen folgende Aufgaben:

- Intensive Kontrolle der erkannten Geheimdienstmitarbeiter in den Botschaften der NATO-Staaten, Aufklärung ihrer Kontaktpartner unter DDR-Bürgern, ausländischen Diplomaten und Korrespondenten als ihre »Stellvertreter« sowie von geheimen Operationen (Werbungen, Treffs u. a.).
- Beobachtung der Geheimdienstoperationen von Mitarbeitern in anderen Botschaften und Klärung, inwiefern damit die Sicherheit oder außenpolitische Interessen der DDR gefährdet werden könnten (beispielsweise durch arabische Terroristen).

- »Anschleusung« von IM an erkannte Geheimdienstmitarbeiter zur Informationsgewinnung über Pläne, Absichten, Mittel und Methoden, sowie zur Vorbereitung und Durchführung von Werbeoperationen oder anderer offensiver Maßnahmen des MfS (zum Beispiel Desinformationsmaßnahmen). Fast alle erkannten Geheimdienstmitarbeiter unterhielten Abschöpfungs- und Einflußkontakte. Mehrheitlich waren sie die Initiatoren und bezogen andere Botschaftsmitarbeiter, Korrespondenten, eingereiste »Gäste« gezielt in ihre Tätigkeit mit ein. Das betraf vor allem Geheimdienstmitarbeiter in

553

den Botschaften der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Österreichs und Italiens.

Spezielle Geheimoperationen im klassischen Sinne, d. h. die Kontaktaufnahme mit, die Werbung von und konspirative Zusammenarbeit mit DDR-Bürgern auf dem Territorium der DDR wurden nur von Geheimdienstmitarbeitern aus der USA-Botschaft in der DDR bekannt. Verschiedentlich gab es Hinweise, daß Geheimdienstmitarbeiter aus Botschaften in der DDR Werbeaktivitäten gegen Mitarbeiter sozialistischer Botschaften (Polen, China) oder anderer Staaten (als »Stellvertreter« auch gegen die DDR) in Westberlin unternahmen. Einige davon wurden in Operativen Vorgängen bearbeitet.

Geheimdienstmitarbeiter aus arabischen, asiatischen und afrikanischen Botschaften warben vielfach unter ihren Landsleuten oder den Bürgern anderer Länder aus diesem Raum, die sich längerfristig in der DDR aufhielten (z. B.

Irak, Syrien, Libyen, PLO) je nach konkreter politischer Interessenlage.
Zu Geheimdienstoperationen der CIA-Residentur in der USA-Botschaft
Wie überall in USA-Botschaften gab es auch in der DDR eine getarnte CIA-Residentur. Sie war – verglichen mit anderen USA-Botschaften – mit vier Mitarbeitern plus administrativem Personal relativ klein. Ihre Aktivitäten konnten allerdings nur im Zusammenhang mit der sehr umfangreichen CIA-Residentur bei der USA-Mission in Westberlin, Clayallee 170-172 richtig beurteilt werden. Es gab ständige persönliche Kontakte, vielfach reisten CIA-Mitarbeiter in die DDR-Hauptstadt ein. Geplante Operationen wurden in Westberlin vorbereitet, wenn möglich auch durchgeführt. Mitte der 80er Jahre konnten durch die HA II auch Mitarbeiter anderer Geheimdienstzweige der USA unter den Botschaftsangehörigen festgestellt werden, die unter anderen Abdeckungen agierten. Das waren u. a. Mitarbeiter der DIA (*Defense Intelligence Agency* – Aufklärungsagentur für Verteidigung), dem zentralen Geheimdienst des Verteidigungsministeriums der USA, und des INR (*Bureau of Intelligence and Research* – Büro für Aufklärung und Forschung), dem Nachrichtendienst des Außenministeriums der USA. Sie waren zunächst als Vertreter ihrer jeweiligen Ministerien bekannt geworden. Durch die gezielten Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen der HA II gegenüber der USA-Botschaft und den Einsatz von IM wurden sie aber eindeutig als Geheimdienstmitarbeiter erkannt, die eigenständige geheimdienstliche Aufgaben durchführten, wie beispielsweise die Aufklärung militärischer Objekte, Kontaktabbahnungen zu DDR-Diplomaten u. a.

554

Die Geheimdienstmitarbeiter, darunter zunehmend auch weibliches Personal, waren hochqualifiziert und bestens – auch nachrichtendienstlich – auf ihren Einsatz in der DDR vorbereitet.

In der Residentur gab es eine gewisse Arbeitsteilung. Die Mehrzahl war für die bereits generell geschilderte Kontaktarbeit und Informationsabschöpfung in den verschiedenen Bereichen zuständig. Einzelne Mitarbeiter realisierten spezielle Aufgaben bei der Steuerung von Spionen oder der Eigenerkundung auf dem Territorium der DDR.

Im Rahmen der operativen Kontrolle der für spezielle Geheimdienstoperationen verantwortlichen CIA-Mitarbeiter konnten einige Aktionen erkannt und dokumentiert werden: Im Juli 1979 versuchte ein CIA-Mitarbeiter, der als 2. Sekretär der USA-Botschaft in der DDR agierte, einen Offizier der Sowjetarmee in Potsdam anzuwerben.

Es fanden Treffs mit Spionen aus der DDR statt, die im Operationsgebiet geworben wurden, vermeintlich zuverlässige Spione der CIA waren und plötzlich langfristig keine Reisemöglichkeiten mehr in das nichtsozialistische Ausland zur Durchführung persönlicher Treffs hatten. Mit denen fanden dann persönliche Treffs statt, wobei die Informationen auf Tonband gesprochen, Spionagehilfsmittel und Geld übergeben wurden und die Auftragserteilung und Instruierung erfolgten. Dabei wurden umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen eingeleitet, z. B. kurzer Sichttreff, genaue Orts- und Zeitfestlegung, Vortäuschen anderer Aktivitäten für diesen Treffzeitraum über Telefon oder bei Gesprächen mit offiziellen Kontaktpartnern oder vermuteten IM des MfS. Trotz Abwesenheit ließ man Licht in der Wohnung brennen sowie Radio oder Fernseher laufen, unternahm längere Absicherungsfahrten zum Treffort, bezog dabei manchmal auch den Ehepartner mit ein, oder parkte den benutzten PKW entfernt vom Treffort, zu dem die Weiterfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln erfolgte.

Im Gegensatz dazu fanden auch minutiös abgestimmte Materialübergabetreffs, sogenannte Momenttreffs, statt, die ebenso umfassend abgesichert wurden. Bei solchen Spionagestützpunkten der CIA in der DDR kam auch gelegentlich die zweiseitige TBK-Verbindung, vornehmlich an Autobahnen oder Fernverkehrsstraßen, zur Anwendung.

Derartige Geheimoperationen fanden auf dem Territorium der DDR nur in solchen Fällen statt, wenn andere Möglichkeiten weggefallen waren und der Spion als absolut zuverlässig von der CIA eingeschätzt wurde. Ab Mitte der 80er Jahre war eine Zunahme bei den Einreisen von CIAMitarbeitern aus der BRD und Westberlin, vor allem aber aus der CIA-Zentrale in den USA feststellbar. Sie wurden als »Analytiker« bezeichnet,

555

werteten vor Ort die beschafften Informationen aus, gaben ganz offensichtlich weitere Arbeitsinstruktionen für die Residentur und nahmen nicht selten auch direkt an Kontaktgesprächen mit DDR-Bürgern teil. Die Geheimdienstmitarbeiter der USA-Botschaft in der DDR waren insgesamt umfangreich und vielfältig tätig. Durch einen hohen personellen, organisatorischen und technischen Aufwand sowie eine gute Zusammenarbeit mit anderen Abwehrdienststeinheiten und der HVA sowie den BV und KD konnten bemerkenswerte Informationen erarbeitet werden. Es wurde dabei aber auch klar, daß die eigentliche Geheimdienstarbeit der Residentur in bzw. von Westberlin aus erfolgte.

Abschließende Bemerkungen

Ende November 2001 lud die Nachfolgerin des Chefs der als »Gauck-Behörde« bekannt gewordenen MfS-Aktenverwaltung, Marianne Birthler, gemeinsam mit dem Berliner »Tagesspiegel«, anlässlich des 10. Jahrestages der Verkündung des sogenannten Stasiunterlagengesetzes, zu einer Diskussion – sicher nicht zufällig – in das ehemalige Staatsratsgebäude der DDR ein.

Es war viel Prominenz aus Politik, Justiz, Wissenschaft und den Medien erschienen.

Als Friedrich Schorlemmer, Bürgerrechtler, Theologe und Sozialdemokrat aus dem ostdeutschen Wittenberg, in dieser Runde die Frage aufwarf und den Vorschlag unterbreitete, doch zum realen Vergleich auch die Akten von BND und Verfassungsschutz offenzulegen, wurde er von Frau Birthler sehr nachhaltig darüber belehrt, daß zwischen Geheimdiensten demokratischer Gesellschaften – also z. B. der BRD – und denen von Diktaturen – also z. B. der DDR – gravierende Unterschiede bestünden.

Welche das konkret sind, blieb unbeantwortet, es wurde aber Klarheit darüber geschaffen, daß »Westakten« tabu bleiben, »Stasiakten« aber prinzipienlos vermarktet werden können, solange dabei nicht kriminelle Machenschaften prominenter Persönlichkeiten der »alten« BRD oder »verdeckte Aktionen« und provokatorische und völkerrechtswidrige Operationen ihrer Geheimdienste öffentlich werden.

Es ist deshalb überhaupt nicht verwunderlich, daß der sonst so ungestüme Aufarbeitungsdrang in der »Abteilung Bildung und Forschung« (BF) der BStU-Behörde bei der Auswertung der MfS-Unterlagen über konkrete Erkenntnisse zur subversiven Tätigkeit westlicher Geheimdienste gegen

556

die DDR und zu Arbeitsergebnissen und -methoden der Spionageabwehr und der Gegenspionage des MfS sichtbar und auftragsgemäß gebremst wurde oder gänzlich erlahmt ist.

Mit der Schilderung der über 40jährigen hinterhältigen Angriffe »demokratischer« Geheimdienste auf die Existenz der DDR und den Frieden und der Offenlegung komplexer Abwehrmaßnahmen des MfS sollten mit der vorliegenden Dokumentation solche »Lücken« geschlossen werden.

Fußnoten

1 Rheinischer Merkur, Köln, 20. Juni 1952.

2 Dienstanweisung Nr. 1/87 des Ministers für Staatssicherheit zur Gewährleistung des komplexen Vorgehens bei der Abwehr geheimdienstlicher Angriffe gegen politische, ökonomische und militärische Bereiche – Spionageabwehr – vom 13. Februar 1987 (BStU, ZA, DSt. 103354).

3 Der Spiegel, 17/2001, S. 184.

4 Weitere Informationen zu den USA-Geheimdiensten, die z. T. ausgewertet wurden, befinden sich in Eichner/Dobbert: Headquartes Germany, edition ost, Berlin, 1997/2001; Schmidt-Eenboom: Nachrichtendienste in Nordamerika, Europa und Japan. Eine Studie des Forschungsinstituts für Friedenspolitik e. V. Weilheim, 1995; Bailey/Kondraschow/Murphy: Die unsichtbare Front. Propyläen, Berlin 1997. Klaus Steiniger: Tops und Flops. Die Geschäfte der US-Geheimdienste. Elefant Press Berlin, 1998

5 Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945. Völkerrechtliche Dokumente Teil 1, Staatsverlag der DDR, Berlin 1980, S. 135.

6 Julius Mader: Die Graue Hand. Eine Abrechnung mit dem Bonner Geheimdienst. Kongreß Verlag, Berlin 1960, S. 54-56.

7 Udo Ulfkotte: Verschlusssache BND, Wilhelm Heyne Verlag, München 1997, S. 135-137.

8 Reinhard Gehlen: Der Dienst. Erinnerungen 1942-1971. Verlag Hase und Köhler, Mainz/Wiesbaden 1971, S. 185.

9 Heinz Felfe: Im Dienst des Gegners, Verlag Rasch und Röhring, Hamburg, 1996, S. 164-165.

10 Entscheidungen des Obersten Gerichtes der DDR, Prozeß gegen Bandelow und 6 andere, 9. November 1954, 1 ZSt (I) 9/54.

11 Aus: Julius Mader: Die Graue Hand. a.a.O., Seite 175ff. Die im Zitat enthaltenen Schreibfehler entsprechen dem bei Bandelow sichergestellten Dokument.

12 Der amerikanische Dschungelkrieg auf deutschem Boden. Hrsg. Nationalrat der Nationalen

Front des demokratischen Deutschlands, Berlin 1954, S. 6.

13 Entscheidungen des Obersten Gerichts der DDR, Prozeß gegen Dr. H. Globke, 23. Juli 1963.

14 Vgl. dazu »Übersicht für den Vergleich des Führungspersonals der Geheimdienste der DDR und der BRD ...«, in: Duell im Dunkeln – Spionage und Gegenspionage im geteilten Deutschland, IK-Korr. Spezial Nr. 3, Berlin 1994, S.26-31. Hrsg. Insider-Komitee zur Aufarbeitung der Geschichte des MfS e. V.

15 Berliner Zeitung, 16. April 1979.

16 Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses – Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz vom 13. August 1968 (BGBl. I 1968, S. 949).

557

17 Erich Schmidt-Eenboom: Schnüffler ohne Nase. Der BND – die unheimliche Macht im Staate, ECON Verlag, Düsseldorf-Wien-New York-Moskau, 2. Auflage 1993, S. 60-62.

18 Ebenda, S. 55.

19 Siehe dazu Helmut Wagner: Schöne Grüße aus Pullach, edition ost, Berlin 2000, S. 119-123.

20 Weitere Informationen zum BND befinden sich u. a. in folgenden Publikationen: Albrecht Charisius/Julius Mader: Nicht länger geheim, Deutscher Militärverlag Berlin 1969; Heinz Felfe: Im Dienst des Gegners – 10 Jahre Moskaus Mann im BND, 1986; Erich Schmidt-Eenboom: Der BND – die unheimliche Macht im Staate, ECON-Verlag, Düsseldorf-Wien-New York-Moskau 1993; Erich Schmidt-Eenboom: Der Schattenkrieger – Klaus Kinkel und der BND, ECON-Verlag, o. J.; Erich Schmidt-Eenboom: Undercover. Der BND und die deutschen Journalisten. Verlag Kiepenheuer und Witsch, Köln 1998. Udo Ulfkotte: Verschlusssache BND, Wilhelm Heyne Verlag, München 1997.

21 Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1950, S. 682.

22 Vgl. § 3 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes vom 27. September 1950. (BGBl., Jahrgang 1959, S. 682).

23 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes (VerfSchÄndG) vom 7. August 1972 (BGBl. Jahrgang 1972, S. 1382. § 3, Ziffer 2).

24 Der Spiegel, Nr. 46/1993.

25 Hansjoachim Tiedge: Der Überläufer, Verlag Das Neue Berlin, Berlin 1998, S. 251.

26 Willi Opitz: 22. April 1956 – Der Spionagetunnel von Alt-Gliencke, in: Geheim, Nr 16/2001, Köln.

27 Befehl Nr. 16/74 des Ministers für Staatssicherheit zur politisch-operativen Sicherung der Vertretungen anderer Staaten, internationaler zwischenstaatlicher Organisationen und bevorrechteter Personen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. August 1974

(BStU, ZA DSt 100802); Befehl Nr. 17/74 des Ministers für Staatssicherheit zur politischoperativen Sicherung der in der Deutschen Demokratischen Republik akkreditierten Publikationsorgane anderer Staaten und deren ständige Korrespondenten sowie von Reisekorrespondenten aus anderen Staaten vom 12. August 1974 (BStU ZA DSt 100802).

28 Dienstanweisung Nr. 1/87 des Ministers für Staatssicherheit zur Gewährleistung des komplexen Vorgehens bei der Abwehr geheimdienstlicher Angriffe gegen politische, ökonomische und militärische Bereiche – Spionageabwehr – vom 13. Februar 1987 (BStU, ZA DSt 103354).

29 Capital, Köln Nr. 8/1968, S. 67f.

30 Capital, Köln 2/1968: Bonn und sein Geheimdienst.

31 Prozeß gegen 5 Angeklagte vor dem Obersten Gericht der DDR, 1 ZSt (I) 5/55.

32 Falko Ritter: Die Geheimen Nachrichtendienste der Bundesrepublik Deutschland, Heidelberg 1989, S. 36.

33 Manfred Bissinger: Bundesnachrichtendienst: Warum so viele Journalisten für den Geheimdienst arbeiten. In: Unheimlich zu Diensten, Göttingen 1987.

34 Erich Schmidt-Eenboom: Undercover. Der BND und die deutschen Journalisten. Verlag Kiepenheuer und Witsch, Köln 1998, S. 16.

35 Verordnung über die Tätigkeit von Publikationsorganen anderer Staaten und deren Korrespondenten in der Deutschen Demokratischen Republik vom 21. Februar 1973. (GBL/DDR I, 1973, Nr. 10).

558